

Bundesarbeits-
gemeinschaft
Umwelt - Energie - Verkehr

Ökologische
Plattform bei der
Partei DIE LINKE.

Beiträge

zur

Umweltpolitik

Konferenz
02.-04.11.2007
Hamburg

DIE LINKE.

klima & energie
macht - arbeit

2/2008

Die Ökologische Plattform hat es übernommen, ausgewählte Beiträge zur Energie- und Klimakonferenz der LINKEN vom November 2007 in Hamburg öffentlich zu machen.

Diese Broschüre umfasst die Thesen zur Konferenz und einen Querschnitt aus den Redebeiträgen, dokumentiert Grundpositionen und enthält einige Pressestimmen zur Konferenz.

Die Redebeiträge sind nach der zeitlichen Abfolge und die publizierten Artikel entsprechend dem Veröffentlichungsdatum angeordnet. Wir danken den aufgeführten Presseorganen für die Möglichkeit, ihre Berichte in die Broschüre aufnehmen zu können.

Die Präsentationen von Dr.-Ing. Gregor Czisch („Wirtschaftlich realisierbare Stromversorgung für Europa und seine Nachbarn zu 100 % aus erneuerbaren Energien“), Hans-Kurt Hill („Die Rolle der Energiekonzerne“) und Mojib Latif („Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)“) konnten in dieser textlich ausgerichteten Publikation nicht berücksichtigt werden.

Diese Dokumente können jedoch ebenso wie die hier veröffentlichten Redebeiträge sowie außerdem Audiomitschnitte der Konferenz (u. a. von Oskar Lafontaine, Gregor Gysi, Dagmar Enkelmann), Hintergrundartikel und Dokumente zum Umfeld der Konferenz in Hamburg (Bürgerschaftswahl 2008) im Internet unter

www.die-linke.de

(http://die-linke.de/politik/themen/energiepolitik/energiekonferenz_hamburg)

bzw.

www.oekologische-plattform.de

(http://www.oekologische-plattform.de/texte/energiewend_klimaenergiemachtarbeit.htm)

eingesehen werden.

Herausgeber:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE.

Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt - Energie - Verkehr

Kleine Alexanderstr. 28

10178 Berlin

oekoplattform@die-linke.de

<http://www.oekologische-plattform.de>

Berlin, Dezember 2008

Inhalt

Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz „Klima & Energie - Macht - Arbeit“ (2. – 4.11.2007 in Hamburg) ...	5
<i>Partei Vorstand DIE LINKE, 31.10.2007</i>	
I. Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung	7
II. Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern	10
III. Klimapolitik ist Menschenrechts- und internationale Strukturpolitik	12
IV. Energiewende mit Friedensdividende	16
Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich	20
<i>Rede von Prof. Dr. Wolfgang Methling, umweltpolitischer Sprecher im Partei Vorstand DIE LINKE</i>	
Zur Leitlinie „Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern“	25
Zur Leitlinie „Klimapolitik ist Menschenrechts- und internationale Strukturpolitik	26
Zur Leitlinie „Energiewende mit Friedensdividende“	27
Ende des fossilen Zeitalters – Ende des kapitalistischen Wachstumsmodells?	29
<i>Rede von Joachim Bischoff, Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“</i>	
1.	29
2.	30
3.	31
4.	32
Klimaschutz von links – Bilanz und Perspektiven parlamentarischer Arbeit	37
<i>Rede von Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE</i>	
Solare Energiewende als Jobmotor?	44
<i>Vortrag im Forum 2 „ARBEIT – Solare Energiewende als Jobmotor?“ von Dr. Judith Dellheim, DIE LINKE</i>	
Nord-Süd-Konflikt und Klimawandel	50
<i>Vortrag im Forum 3 „GERECHTIGKEIT – Energie- und Klimapolitik als Frage transnationaler Gerechtigkeit“ von Marko Ferst, Ökologische Plattform bei DER LINKEN</i>	
Umweltfreundliche Mobilität ermöglichen	54
<i>Vortrag im Forum 4 „MOBILITÄT – Umweltfreundliche Mobilität ermöglichen“ von Dorothee Menzner, MdB, Fraktion DIE LINKE</i>	
1. Tempolimit	54
2. Entfernungspauschale	55
3. Kern der Klima-Debatte	55
4. Globalisierung	56

5. Kapital und Mobilität	57
6. Güterverkehr	58
7. Time is money	58
8. Eisenbahn-Fernverkehr	59
9. Nahverkehr	59
10. Flugverkehr	60
11. Energiewirtschaft	60
12. LINKE nachhaltige Politik	61
Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der Außenpolitik	62
<i>Vortrag im Forum 5 „FRIEDEN – Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der Außenpolitik“ von Monika Knoche, MdB, Fraktion DIE LINKE</i>	
Die Rolle des Militärs bei der Energiesicherung „des Westens“	69
<i>Vortrag im Forum 5 „FRIEDEN – Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der Außenpolitik“ von Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag</i>	
1. USA	69
2. NATO	71
3. Europäische Union (EU)	71
4. Deutschland	73
Militarisierung der Außenpolitik	75
<i>Vortrag im Forum 5 „FRIEDEN – Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der Außenpolitik“ von Gabi Zimmer, MdeP, DIE LINKE</i>	
Militarisierung der Entwicklungspolitik	75
DIE LINKE – Programmatische Positionen, Forderungen und Strategien für Klimaschutz und Energieversorgung	83
<i>Einführungsvortrag auf der Podiumsdiskussion „DIE LINKE – Programmatische Positionen, Forderungen und Strategien für Klimaschutz und Energieversorgung“ von Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende DER LINKEN</i>	
Zur Wachstumsideologie	84
1. Die Brisanz des Klimaschocks ist nicht mehr zu leugnen.	87
2. Klimaschutz ist eine Frage der internationalen Gerechtigkeit.	87
3. Nachhaltiger Klimaschutz stellt in der Parteienlandschaft eine Leerstelle dar.	88
4. Die Transformationskompetenz, welche DIE LINKE im Osten gewinnen konnte, macht sie sensibler für einen Strukturwandel jenseits der alten Aufschwungspropaganda.	89
5. Die Privatisierungswelle ist ein Angriff auf den Klimaschutz.	89
6. Konsequenter Klimaschutz braucht das Primat der Politik und den Einfluss auf Produktionsbedingungen.	90

Ökologische Zeitenwende einleiten	92
<i>Einführungsvortrag auf der Podiumsdiskussion „DIE LINKE – Programmatische Positionen, Forderungen und Strategien für Klimaschutz und Energieversorgung“ von Marko Ferst, Ökologische Plattform bei DER LINKEN</i>	
Es ist unerlässlich, die Systemfrage zu stellen. Sieben Antworten der Linken zur Klima- und Energiepolitik	96
<i>Oskar Lafontaine, MdB, Partei- und Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE. - Freitag, 30.11.2007</i>	
1. Klima- und Energiepolitik sind zwingend Sozial- und Friedenspolitik zugleich.	96
2. Die Linke verbindet globale Energiepolitik mit der globalen sozialen Frage.	97
3. Das Herumfummeln an den Laufzeiten der Atomkraftwerke ist nicht verantwortbar.	98
4. Eine Rekommunalisierung der Energieversorgung ist ein Markenzeichen der Linken.	98
5. Exakte Preisregulierung muss die schamlose Abzocke bei den Verbrauchern beenden.	99
6. Die überregionalen Netze in öffentliche Verantwortung überführen	99
7. Ist dieses Wirtschaftssystem geeignet, unsere Zivilisation zu bewahren?	100
Dezentral gegen den Durchbruch erneuerbarer Energien. Stellungnahme wider den Dezentralismus und für die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien - nicht ganz ohne Polemik	101
<i>Streitschrift von Dr.-Ing. Dipl.-Phys. Gregor Czisch</i>	
Präambel?	101
Dezentrale Strukturen der Energieversorgung und erneuerbare Energien – zwei Seiten einer Münze?	101
Dezentrale Nutzung erneuerbarer Energien effizienter?	105
Großräumige Nutzung erneuerbarer Energien zur bedarfsgerechten Stromerzeugung	106
Dezentral gegen die Offshore-Windenergie	108
Verankerung des Dezentralismus in der politischen Landschaft	110
Mit der Strategie für dezentrale Strukturen der Energieversorgung in die atomare Zukunft?	112
Mit der Strategie der Energieautonomie zurück in eine Zukunft mit Kohlestrom?	114
Handlungsbedarf	115
Konferenz: Linke Energiepolitik	116
<i>junge Welt, 17.10.2007, wop</i>	
Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich	117
<i>Pressekonferenz DIE LINKE, 31.10.2007</i>	

21 Jahre nach dem Hamburger Kessel. Bündnis von LINKEN und Umweltaktivisten	118
<i>Neues Deutschland, 01.11.2007, Birgit Gärtner, Hamburg</i>	
Die Eigentumsfrage stellen	119
<i>Interview mit Eva Bulling-Schröter. - Neues Deutschland, 01.11.2007, S. 14</i>	
Nachdenken über ein unverzichtbares Lebensmittel	121
<i>Kommentar „Energiefragen sind Existenzfragen“ von Wolfgang Methling. – Freitag, 02.11.2007</i>	
„Umweltpolitisch sind wir radikaler als die Grünen“	123
<i>Interview mit Hans-Kurt Hill. – junge Welt, 02.11.2007, S. 2, Fragen: Susanne Götze</i>	
Rotes Herz und grüne Lunge	125
<i>taz, 04.11.2007, Marco Carini</i>	
Schamloser Abzocke der Energiekonzerne Einhalt gebieten	126
<i>Presseerklärung DIE LINKE, 04.11.2007</i>	
Der Strom-Mafia endlich das Handwerk legen	128
<i>Pressemeldung Bundestagsfraktion DIE LINKE, 04.11.2007</i>	
Grünes Profil Chefsache	129
<i>junge Welt, 05.11.2007, S. 4, Susanne Götze</i>	
Kein Sozialismus ohne Ökologie	130
<i>Neues Deutschland, 05.11.2007, S. 2, Susann Witt-Stahl, Michael Sommer</i>	
Radikale Energiewende	131
Konzepte müssen her	131
Fazit – Was hat die Konferenz gebracht?	132
DIE LINKE steht noch am Anfang. Praktische Umsetzung der klimapolitischen Bekenntnisse ist gefordert	133
<i>Interview mit Angelika Zahrt, Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND). - Neues Deutschland, 05.11.2007, Fragen: Susanne Götze</i>	
Koalition handlungsunfähig	134
<i>Pressekonferenz DIE LINKE, 05.11.2007</i>	
Lafontaine: LINKE gegen Privatisierung	135
<i>Neues Deutschland, 06.11.2007, Oertel, Berlin</i>	

Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz „klima & energie – macht – arbeit“ (2. – 4. November 2007 in Hamburg)

Parteivorstand DIE LINKE, 31.10.2007

Energiepolitik ist Klimapolitik. Das scheint gegenwärtig in allen Parteien und bei der Mehrzahl gesellschaftlicher Akteure Konsens zu sein. Abgesehen von einigen Vertretern der Atom- und Kohleindustrie ist die Notwendigkeit einer Energiewende hin zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien bei gleichzeitig sparsamerem und effizienterem Umgang mit den knappen Energieressourcen als eine der wesentlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts allgemein anerkannt.

Klimaschutz wird jedoch oftmals auf Technologiefragen reduziert, wie beispielsweise im Konzept „Ökologische Industriepolitik“ von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Wer wirksamen Klimaschutz will, darf dabei nicht stehen bleiben. Deutlich zur Sprache kommen muss auch, dass mächtige Konzerne die politische Souveränität über die Energiepolitik bedrohen, dass wir unsere Lebensstile kritisch überprüfen müssen und dass die ökologische Frage eng mit der sozialen Frage verwoben ist. Ganz zu schweigen davon, dass eine Militarisierung der Energieressourcensicherung schon lange kein Tabu mehr ist.

Die Linkspartei.PDS hat in der Vergangenheit immer wieder eigene Analysen und Konzepte vorgelegt: Für die Senkung des Primärenergieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung, für den Ausbau erneuerbarer Energien, für einen Prioritätenwechsel der Energieforschung sowie für ein Umsteuern bei der Ökosteuer und beim Emissionshandel. Diese Vorschläge sind unter anderem in dem Beschluss enthalten, den der Parteivorstand am 4. Dezember 2006 unter dem Titel „Energiesicherheit - gerecht und umweltverträglich“ verabschiedet hat.

Anlässlich ihrer ersten gemeinsamen Konferenz skizzieren Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE in diesem Papier Leitlinien linker Energiepolitik. Übergeordnete Ziele sind der schnelle Ausstieg aus der Atomenergienutzung und die weitgehende Überwindung der fossilen Energiewirtschaft bis Mitte dieses Jahrhunderts. Energie- und Klimapolitik muss darüber hinaus mit Fragen sozialer Gerechtigkeit auf nationaler wie globaler Ebene und mit einer aktiven Friedenspolitik verbunden werden sowie bestehende Machtstrukturen hinterfragen. Die Leitlinien in Kürze:

- **Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung**

In der Energiewirtschaft bereichern sich so unverschämt wie in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich Oligopole auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Strom- und Ölkonzerne blockieren den erwünschten Strukturwandel in Richtung erneuerbarer Energien und sparsamerer Energienutzung. Deshalb sollte die Energieversorgung ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Sie muss gemeinwohlorientiert erfolgen. Wir fordern: eine wirksame Energiepreisaufsicht, die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand sowie die Abschöpfung der Extraprofite der Stromversorger an der Strombörse und aus dem Emissionshandel durch eine Sondersteuer. Ziel muss letztendlich eine Rekommunalisierung der Energieversorgung sein (vgl. Kapitel 1).

- **Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern**

Der Klimawandel ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Eine elitäre Umweltpolitik wird scheitern. Eine neue Energiepolitik erfordert ein radikales Umdenken bei den Konsummustern und im persönlichen Verhalten. Sie darf aber nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen, indem Einkommensschwache von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden. Energiearmut von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten ist kein hinnehmbarer Kollateralschaden des Klimaschutzes. Die explodierenden Energiepreise erfordern eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II sowie Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte. Die Ökosteuer, bislang eher eine „Armensteuer“, muss durch eine Ökobonus-Umlage sozial gerecht weiterentwickelt werden (vgl. Kapitel 2).

- **Klimapolitik ist Menschenrechts- und internationale Strukturpolitik**

Der von Menschen gemachte Klimawandel ist ein fundamentaler Eingriff in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte großer Bevölkerungsgruppen. Betroffen sind insbesondere die Armen und Machtlosen. Eine Vorreiterrolle Deutschlands in der internationalen Klimapolitik ist deshalb nur unter zwei Bedingungen glaubwürdig. Erstens muss bis zum UN-Klimagipfel in Bali (Dezember 2007) das 40-%-Minderungsziel bei den Treibhausgasen (bis 2020) verbindlich festgelegt werden. Zweitens bedarf es zusätzlicher Zahlungen in die Fonds zur Unterstützung der Opfer des Klimawandels. Ohne eigene klimapolitische Glaubwürdigkeit durch aktive Umsetzung der Klima-Ziele werden Schwellenländer sich ihrerseits nicht auf internationale Verpflichtungen einlassen. Klimapolitik bedarf zudem einer Neuausrichtung der Handelspolitik und einer radikalen Wende in der Energiefinanzierung durch die multilateralen Banken (vgl. Kapitel 3).

- **Energiewende mit Friedensdividende**

Die zunehmenden Verteilungskämpfe um die schrumpfenden Öl- und Gasreserven sowie die konfliktträchtigen Folgen des Klimawandels machen deutlich: Eine Energiewende - weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung - ist nicht nur der wichtigste Baustein im Kampf gegen die Erderwärmung. Sie ist auch die beste friedenspolitische Investition im 21. Jahrhundert. (vgl. Kapitel 4).

Angesichts des Klimawandels ist das bisherige Wohlstandsmodell der Industriemoderne grundlegend zu überprüfen. Bestehende Wohlstandsgefälle werden sonst durch neue Formen globaler ökologischer Apartheid verstärkt. Zur Eindämmung des Klimawandels sind erhebliche Änderungen in den Produktions- und Konsummustern erforderlich. Dazu bedarf es ressourcensparender Technologien, aber auch einer Änderung von Lebensstilen. Beides kann nicht allein den Märkten überlassen werden. Damit der Wandel nicht zu einer Vertiefung von sozialen Spaltungen führt, ist ein Primat der Politik unabdingbar. Klimaschutz braucht soziale Akzeptanz. Globaler Frieden braucht Klimaschutz.

I. Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung

Energiekonzerne versuchen seit geraumer Zeit, sich ein „grünes“ Image zu verschaffen. EnBW veranstaltet Klima-Kongresse, BP heißt jetzt „Beyond Petroleum“, und das Deutsche Atomforum fährt eine millionenschwere Werbekampagne für AKWs unter dem Titel „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“. Die Energiekartelle wollen sich als Teil der Lösung präsentieren. Die Rekordgewinne der Konzerne bei gleichzeitig explodierenden Energiepreisen, die bestenfalls stagnierenden Klimagasemissionen und die geplanten Kohlekraftwerke machen jedoch deutlich: Eine soziale und ökologische Energiewende muss die überkommene Struktur der Energiewirtschaft aufbrechen und wird nur gegen erheblichen Widerstand der Mineralöl-, Energie- und Automobilkonzerne durchzusetzen sein.

Spritpreise auf Rekordniveau, steigende Stromtarife und erhöhte Heizkosten sind zur zweiten Miete geworden. Während die Reallöhne in Deutschland seit Jahren stagnieren, steigen die Energiepreise in bisher unbekannte Höhen. Entspannung ist vorerst nicht in Sicht, denn Öl und Gas sind ein immer knapper werdendes Gut.

Doch wer genauer hinsieht, stellt fest, dass sich in den Preisen nicht nur die tatsächliche Ressourcenknappheit oder die staatliche Belastung durch Steuern widerspiegelt. Beim momentanen Ölpreis von über 80 US-Dollar je Fass ist etwa ein Viertel des Preises auf Spekulationsgewinne zurückzuführen.

Hinzu kommen die aberwitzigen Profite der Ölkonzerne. Exxon-Mobile, BP, Shell und Total, die gemeinsam den deutschen Markt beherrschen, haben 2006 zusammen einen Gewinn von 100 Milliarden Euro gemacht. Beim Strom bietet sich ein ähnliches Bild. Die vier Konzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW kontrollieren 80 Prozent der Stromerzeugung und sind gleichzeitig Eigentümer der großen Stromnetze. Mit ihrem „Monopol hinter der Steckdose“ manipulieren sie die Preise und erschweren die Einspeisung erneuerbarer Energien. Jährliche Extraprofite der Stromversorger in Milliardenhöhe entstehen außerdem durch ein neues Instrument in der Klimapolitik, den Emissionshandel – und dies mindestens noch bis zum Jahr 2012.

In der Energiewirtschaft tritt so offen wie in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich zu Tage, wie Oligopole sich auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher die Taschen füllen. Die überkommene Struktur behindert zudem den erwünschten Strukturwandel in Richtung regenerativer Energien und damit effektiven Klimaschutz. Ein zukunftsfähiges Energiesystem kann es mit profitorientierten Kartellen nicht geben. Insofern ist der Kampf für eine Energiewende nicht nur klimafreundlich, sondern auch antimonopolistisch. Er fördert regionale Wirtschaftskreisläufe (gerade in strukturschwachen Gebieten) und schafft in erheblichem Umfang neue Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung tut wenig, um die gegenwärtige Situation zu ändern. Im Gegenteil: Mancher Koalitionspolitiker ist den großen Konzernen verpflichtet und schützt die Energiekartelle zulasten der Bürgerinnen und Bürger. So wurde die staatliche Aufsicht über die Strom- und Gaspreise beseitigt und die Voraussetzung für den Bau weiterer kohlebefeuerter Großkraftwerke geschaffen.

Die Bundesregierung handelt auch in Brüssel wie ein Lobbyist der vier großen Stromkonzerne. Die EU-Kommission will die Kartellstruktur des Strommarktes aufbrechen, vor allem durch eine eigentumsrechtliche Trennung der Stromnetze von der Stromerzeugung. Dass die Kommission ihre von nahezu allen EU-Ländern unterstützte Forderung schließlich entschärfte, ist vor allem auf die unverantwortliche Intervention der Bundesregierung zurückzuführen.

Statt die überfällige Trennung von Stromnetzen und Stromerzeugung zu vollziehen, hat sich die Bundesregierung einer fragwürdigen, sogenannten Anreizregulierung verschrieben, die ab Januar 2009 für mehr Kosteneffizienz im Netzbetrieb sorgen soll. Die Anreizregulierung benachteiligt jedoch kleinere Stadtwerke gegenüber großen Netzbetreibern und ist ausschließlich auf Kostenreduzierung zu Lasten von Versorgungsstabilität, Verbraucherfreundlichkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichtet. Sie klammert soziale Faktoren aus, beeinträchtigt die Tarifautonomie und behindert Investitionen zu Gunsten einer zukunftsgerechten Energieversorgung.

Die Einnahmen der Stadtwerke werden sinken, und entsprechend ist mit einem flächendeckenden Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Gefährdet sind dadurch auch kommunale Leistungen der Daseinsvorsorge, die bislang durch den Querverbund aus den Gewinnen der kommunalen Stromversorger finanziert werden. Es droht eine neue Konzentrationswelle, da die Anreizregulierung vielen der rund 800 kleinen Stromversorger das Genick brechen könnte. Gewinner wären einmal mehr die „Großen Vier“ RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW.

DIE LINKE Position

- **Effektive Energiepreisaufsicht (wieder) einführen**

Mit Auslaufen der „Bundestarifordnung Elektrizität“ im Juni 2007 besteht – abgesehen von den Netznutzungsentgelten – keinerlei Preisaufsicht für Strom- und Gastarife. Die Energieversorger haben seitdem willkürliche Preiserhöhungen vorgenommen. Die abgeschaffte Strompreiskontrolle gemäß Bundestarifordnung Elektrizität muss umgehend wieder eingesetzt und entsprechende Regelungen für Gastarife eingeführt werden. Die Preisaufsicht soll auf alle Verbrauchertarife Strom und Gas ausgeweitet werden.

- **Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand**

Das Strom- und das Gasnetz bilden als Infrastruktur für die leitungsgebundene Energieversorgung ein natürliches Monopol. Wettbewerb durch konkurrierende Netze ist weder ökonomisch noch technisch sinnvoll. Auch eine vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung kann den Charakter der Netze als natürliches Monopol nicht auflösen. Es bedarf daher einer direkten gesellschaftlichen Kontrolle der Netze, um Preismissbrauch zu verhindern und eine zukunftsgerechte Ausrichtung der Energieversorgung sicherzustellen. Dieses Ziel ist nur durch eine Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze zu erreichen.

- **Extraprofite der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel abschöpfen**

Bis mindestens 2012 werden die im Rahmen des Emissionshandels vergebenen Emissionsrechte aufgrund von EU-Vorgaben zum größten Teil kostenlos an Stromversorger und energieintensive Industrie vergeben. Durch die Einpreisung dieser Emissionsrechte in den Strompreis kassieren die Stromkonzerne jährliche Extraprofite in Milliardenhöhe auf Kosten privater Haushalte und Unternehmen. Außerdem wird das eigentliche Ziel des Emissionshandels tendenziell ins Gegenteil verkehrt: Statt saubere Energieerzeugung oder emissionsarme Gaskraftwerke voranzutreiben, werden klimaschädliche Koh-

lekraftwerke geplant. DIE LINKE fordert daher eine Sondersteuer („windfall profit tax“), um die ungerechtfertigten und für falsche Zwecke verwendeten Mitnahmegewinne abzuschöpfen.

- **Rekommunalisierung der Energieversorgung**

Die Konzentration im Energiesektor wurde durch die seit 1998 vollzogene Liberalisierung der deutschen Strommärkte verstärkt. Waren die Stadtwerke vorher durch Demarkationsverträge und langfristige Lieferverträge an die großen Energieversorger gebunden, sicherten sich diese ihren Absatz von Strom und Gas nun über Beteiligungen an Regionalversorgern und Stadtwerken. Während privatwirtschaftliche Energiekonzerne auf die Steigerung des Energieverbrauchs und höchstmögliche Renditen zielen, können Stadtwerke im öffentlichen Eigentum eine soziale und ökologische Energiepolitik verwirklichen. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die Realisierung von Energieeinsparungen und eine direkt auf die örtlichen Bedürfnisse abgestimmte Energienutzungsplanung liegen im unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interesse kommunaler Energieversorger. DIE LINKE unterstützt deshalb die Rekommunalisierung von Stadtwerken und die verstärkte Eigenversorgung von Kommunen. Dezentrale Energieversorgung unterstützt den Klimaschutz und schafft Arbeit vor Ort.

II. Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern

In der Debatte um eine zukunftsfähige Energiepolitik geht es meist um den scheinbaren Widerspruch von Ökonomie und Ökologie, den es aufzulösen gelte. Es wird viel von Nachhaltigkeit gesprochen, doch die soziale Frage wird dabei oft außer Acht gelassen. Paradebeispiel dafür ist eines der zentralen Projekte rot-grüner Umweltpolitik: die Ökosteuer. Die steuerliche Belastung durch höhere Energiepreise traf alle, die Entlastung kam aber über niedrigere Sozialversicherungsbeiträge nur Unternehmen und gutbezahlten Beschäftigten zugute, nicht aber GeringverdienerInnen oder den EmpfängerInnen von Sozialhilfe oder ALG II, nicht den Studierenden und den RentnerInnen und Rentnern. „Dies ist keine Ökosteuer, sondern eine Armensteuer“, sagte damals sogar der Vertreter eines Umweltverbandes.

Eine neue Energiepolitik erfordert auch ein radikales Umdenken bei den Konsummustern und im persönlichen Verhalten. Sie darf aber nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen, indem Einkommensschwache von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden. In diesem Sinne sind nicht nur die oligopolistischen Strukturen der fossil-atomaren Energiewirtschaft Ziel unserer Kritik. Wir treten auch einer elitären Umweltpolitik entgegen, die Energiearmut von Arbeitslosen oder pre-

kär Beschäftigten als hinnehmbaren Preis für den Klimaschutz verbucht. Energie- und Klimapolitik darf nicht zu sozialer Ausgrenzung führen.

DIE LINKE Position

- **Arbeitslosengeld II auf 435 Euro erhöhen**

Die gegenwärtigen ALG-II-Sätze verhindern weder Armut, noch sichern sie gesellschaftliche Teilhabe. Die Stromrechnungen sind aus den ALG-II-Regelsätzen zu zahlen. Vielen Privathaushalten wurde nach Auskunft von Schuldnerberatungsstellen und Sozialverbänden der Strom abgestellt, da sie nicht in der Lage waren, die Rechnungen zu begleichen. Der ALG-II-Satz ist nicht zuletzt deshalb auf 435 Euro anzuheben.

- **Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte**

Haushalte mit niedrigem Einkommen geben nach Auskunft des Bundes der Energieverbraucher bereits ein Zehntel ihres Monatseinkommens für Haushaltsenergie aus. Die Energiekostenrechnung entwickelt sich zur zweitgrößten Ausgabeposition einkommensschwacher Haushalte. Für wohngeldberechtigte Haushalte müssen die Heizungs- und Warmwasserkosten erstattungsfähig werden.

- **Stromsozialtarif einführen**

Nicht nur ALG-II-EmpfängerInnen, auch andere einkommensschwache Haushalte leiden unter gestiegenen Strompreisen. Energieversorger müssen daher gesetzlich verpflichtet werden, einen Stromsozialtarif für Privathaushalte mit geringem Einkommen einzuführen.

- **Ökosteuer sozial gerecht fortentwickeln**

Eine Weiterentwicklung der Ökosteuer muss die negativen Umverteilungswirkungen des jetzigen Ökosteuer-Modells korrigieren. Ein Teil des Aufkommens aus der Öko-Steuer könnte beispielsweise für die kontinuierliche Anpassung von staatlichen Transferleistungen an steigende Ökosteuersätze bzw. Energiepreise verwendet werden. Parallel bedarf es einer sozialen flankierung der Strukturumbrüche durch den ökologischen Umbau. Alternativ wäre auch das Modell eines Ökobonus denkbar. Dabei würde das Aufkommen der Ökosteuer am Jahresende gleichmäßig an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben. Nur Menschen mit überdurchschnittlichem Energie- und Ressourcenverbrauch würden „netto“ draufzahlen. Einkommensschwache Bevölkerungsschichten weisen in der Regel einen unterdurchschnittlichen Verbrauch auf, sie werden also von der Ökobonus-Zahlung profitieren.

III. Klimapolitik ist Menschenrechts- und internationale Strukturpolitik

Die Folgen des vom Menschen verursachten Klimawandels werden meist durch abstrakte Zahlen ausgedrückt. Über den erwarteten Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur oder des Meeresspiegels wird berichtet und über die monetär erfassbaren volkswirtschaftlichen Schäden. Dabei gerät oft in Vergessenheit, dass sich hinter diesen Zahlen existenzgefährdende Änderungen für die Lebensbedingungen vieler Menschen verbergen. So treffen erhöhte Temperaturen und das Abschmelzen von Gletschern nicht nur die Wintersport treibende globale Mittelklasse. Für Millionen Menschen geht es um das nackte Überleben.

Betroffen sind insbesondere die Armen und Machtlosen. Denn für die Verwundbarkeit einzelner Regionen und Menschen ist nicht nur die geographische Lage wichtig. Es geht auch um die finanziellen und technischen Kapazitäten der Bevölkerung, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Meterhohe Dammbauten gegen die Fluten des ansteigenden Meeresspiegels könnten sich vielleicht Deutschland und Holland leisten, jedoch kaum Indien oder Bangladesch. Die Begrenzung des Klimawandels ist nicht nur eine Frage der Ökologie. Der Klimawandel ist auch ein Angriff auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte großer Bevölkerungsgruppen – eine Bedrohung, die seit 150 Jahren von den Emissionen in den wohlhabenden Teilen der Welt ausgeht.

Eine Halbierung der globalen Treibhausgasemissionen bis Mitte dieses Jahrhunderts gegenüber 1990 ist notwendig, soll das Schlimmste verhindert werden. Eine Fortschreibung des Kyoto-Protokolls über das Jahr 2012 hinaus muss deutlich anspruchsvollere Ziele umfassen und den Kreis der verpflichteten Länder erweitern. An diesem Punkt wird Verteilungsgerechtigkeit zur notwendigen Bedingung globalen Klimaschutzes. Denn kein Schwellen- oder Entwicklungsland wird sich freiwillig auf die Übernahme von Klimaschutzziele einlassen, wenn die bestehende Ungleichheit in der Nutzung der Atmosphäre dadurch fortgeschrieben würde.

Für viele dieser Länder ist eine Begrenzung ihrer Emissionen zugleich eine Restriktion ihres Entwicklungspotenzials. Sie fürchten, dass sie der Leiter beraubt würden, mit der sie ein ähnlich hohes Wohlstandsniveau wie die Industrieländer erreichen können. Im Zentrum globaler Klimaschutzpolitik müssen daher gerechte und transparente Regeln für die Zuerkennung von Emissionsrechten stehen. Alternativlos ist dabei das Leitbild: Jeder Mensch auf der Erde hat dasselbe Recht an der Nutzung der Atmosphäre. Für die Industrieländer bedeutet dieses Gleichheitsprinzip, dass vor allem sie und sie als erste ihre Emissionen drastisch senken müssen.

Viele Folgen des Klimawandels lassen sich auch bei Umsetzung ambitionierter Ziele nur noch begrenzen, aber nicht mehr gänzlich verhindern. Eine an den Menschenrechten orientierte Klimapolitik impliziert daher nicht nur eine Begrenzung der globalen Emissionen, sondern auch die Unterstützung von Menschen bei der Anpassung ihrer Lebensräume und Lebensstile. Dabei geht es um so unterschiedliche Dinge wie die Erhöhung von Deichen, die Nicht-Besiedelung gefährdeter Gebiete oder die Verbesserung der medizinischen Grundversorgung. Die erforderliche Unterstützung der besonders verwundbaren Menschen und Regionen ist dabei nicht nur ein Akt der internationalen Solidarität, sondern auch der historischen Verantwortung der Industrieländer, die mit ihren Emissionen der letzten 150 Jahre das Problem hervorgebracht haben.

Auf dem anstehenden UN-Klimagipfel in Bali (3. - 14. Dezember 2007) muss die Bundesregierung ihre selbst proklamierte Vorreiterrolle endlich durch konkrete Maßnahmen untermauern. Rhetorische Spielereien in Sonntagsreden haben wir genug gehört. Die Industrieländer müssen ihre klimapolitische Glaubwürdigkeit demonstrieren, bevor sie Forderungen an andere stellen. Die Entwicklungsländer erwarten klare Zusicherungen statt warmer Worte.

Die internationale Klimapolitik allein auf den Kyoto-Verhandlungsprozess zu konzentrieren, wäre aber falsch. Entscheidend sind auch die richtigen Weichenstellungen in der internationalen Strukturpolitik. Solange es profitabler ist, Krabben aus Schottland in Thailand pulen zu lassen, um sie dann in Schottland wieder auf den Markt zu bringen, wird es rasante Zuwachsraten im globalen Güterverkehr geben. Die Kontinente umspannenden Wertschöpfungsketten verursachen ein zunehmendes Güterverkehrsaufkommen und entsprechend steigende CO₂-Emissionen. Zugleich entziehen sich international tätige Konzerne sozialen und ökologischen Standards, indem sie Standorte und ganze Länder gegeneinander ausspielen. Eine Neuausrichtung der Handels- und Finanzmarktpolitik ist daher zentrale Voraussetzung für eine Energiewende auf globaler Ebene. Ohne eine Abkehr vom Paradigma der Liberalisierung wird jedes Kyoto-Folgeabkommen schnell an seine Grenzen stoßen.

Darüber hinaus müssen die multilateralen Banken wie auch die Industriestaaten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern grundlegend ändern, vor allem im Energie- und Rohstoffbereich. Die Weltbank vergibt trotz öffentlichkeitswirksamer Bekenntnisse zur Förderung erneuerbarer Energien nach wie vor nur einen kleinen Teil ihrer Energiekredite für dezentrale erneuerbare Energien und Energieeffizienzprogramme. Ungeachtet ihres eigenen *Extractive Industries Review* von 2004, das ein Auslaufen der Finanzierung von Öl- und Kohlevorhaben bis 2008 vorsah, hat die Weltbank gerade in den beiden letzten Jahren ihre Investitionen in fossile

Energieprojekte enorm gesteigert – die Ausgaben für erneuerbare Energien stagnierten.

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die eigene Exekutivdirektoren bzw. –direktorinnen ins Exekutivdirektorium der Weltbank entsenden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist gegenüber dem deutschen Exekutivdirektor weisungsbefugt und kann so direkt Einfluss auf die Geschäftspolitik der Weltbank nehmen. Diesen Einfluss muss die Bundesregierung dafür nutzen, dass endlich eine konsequente Wende in der Energiefinanzierung eingeleitet wird und eine klimafreundliche Energiepolitik mit einer sinnvollen Entwicklungspolitik verzahnt werden kann.

Doch auch die Förderung erneuerbarer Energien birgt Fallstricke. Die für Deutschland angestrebten Quoten für den Einsatz von Biokraftstoffen würden das Potential der hiesigen Anbauflächen deutlich übersteigen. Sie lassen sich demnach nur erreichen, wenn massiv Biokraftstoffe oder Biomasse importiert werden. In den Ländern des Südens bringt der Produktionsboom bei biogenen Treibstoffen aber schon jetzt gravierende ökologische und soziale Probleme mit sich. Die steuerliche und andere Förderung von biogenen Treibstoffen muss vor diesem Hintergrund überprüft werden. Außerdem muss hinterfragt werden, ob und wie eine Einschränkung des Imports auf solche biogenen Treibstoffe, die umwelt- und sozialverträglich erzeugt werden, zu erreichen ist.

DIE LINKE Position

- **40%-Ziel verbindlich festlegen und durch Sofortprogramm umsetzen**

Deutschland muss sich vor der UN-Klimakonferenz in Bali (Dezember 2007) verbindlich verpflichten, die nationalen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 zu reduzieren. Zugleich muss ein nationales Sofortprogramm für Klimaschutz aus klaren ordnungsrechtlichen Vorgaben (Tempolimit, Verbot von Stand-by-Schaltungen u. a.), Investitionsförderungen (Energiesparfonds u. a.) und verbesserten Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung geschnürt werden. Die auf der Kabinettsklausur in Meseberg beschlossenen Eckpunkte der Bundesregierung reichen bei weitem nicht aus, um das -40-Prozent-Ziel zu erreichen. DIE LINKE hat im April 2007 ein solches Maßnahmenpaket in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 16/5129).

- **Arme und Verwundbare beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützen**

Die bisher zugesagten Zahlungen in die drei UN-Fonds, mit denen die Anpassung von Entwicklungsländern an den Klimawandel unterstützt werden soll, sind vor Bali zu verdoppeln. Auch dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, hätte jedoch symbolische Wirkung. Für die besonders vom Klimawandel gefährdeten Regionen und Menschen muss es darüber hinaus einen erweiterten Finanzierungsrahmen geben. Deutschland sollte die Verhandlungen über ein entsprechendes Abkommen vorantreiben.

- **Radikale Wende der Energiefinanzierung in der Entwicklungszusammenarbeit**

Die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit muss mehr Mittel für die Förderung regenerativer Energien und eines sparsamen Umgangs mit Energie in den Partnerländern bereitstellen. Die Finanzierung beziehungsweise Absicherung von fossilen Energie- und unsinnigen Staudammprojekten muss auslaufen. Wir brauchen eine echte Wende in der Energiefinanzierung durch die Weltbank und andere multilaterale Banken. Deutschland muss seinen Einfluss für die Abkehr von der Finanzierung fossiler Energieprojekte geltend machen. Die Weltbank muss – wie auch der Internationale Währungsfonds – unter das Dach der UNO gestellt werden.

- **Neuausrichtung der Handelspolitik**

Die internationale Wirtschafts- und Handelspolitik muss im Sinne einer fairen, sozialen und ökologischen Entwicklung neu ausgerichtet werden. Die Politik permanenter Liberalisierungen – ob im Rahmen der WTO oder der EU-Handelspolitik – hat für Millionen Menschen verheerende Folgen. Die WTO ist einer grundlegenden Reform zu unterziehen, die Doha-Runde muss endgültig aufgegeben werden. Neue Ansätze für eine Regionalisierung von Wertschöpfungsketten sind zu entwickeln.

- **Neue Energiepartnerschaften: Fair und nachhaltig**

Energiepartnerschaften, die den Handel von Energieträgern mit Perspektiven für eine internationale Sozialpolitik verknüpfen, sind zu unterstützen und zugleich in Richtung einer ökologischen Energiewende weiterzuentwickeln. Beispielhaft ist eine Initiative der ecuadorianischen Regierung. Ecuador will auf eine Erschließung von Öllagerstätten in Regenwaldregionen verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft – insbesondere die Industrieländer – das Land über einen bei der UNO angesiedelten Treuhandfonds dafür teilweise entschädigt.

IV. Energiewende mit Friedensdividende

Der Verteilungskampf um fossile Energieressourcen, insbesondere um den Zugang zu Öl und Gas, hat aufgrund einer stetig steigenden globalen Nachfrage bei gleichzeitig schrumpfenden Vorräten eine neue Qualität erreicht. Schon heute ist eine Militarisierung der Energieaußenpolitik unübersehbar. Die USA führen nicht nur Angriffskriege im ölreichen Nahen und Mittleren Osten, sondern bauen auch in Westafrika ihre militärische Präsenz aus. Auf der Inselrepublik São Tomé und Príncipe im Golf von Guinea plant Washington eine Militärzentrale für die Region. Der Grund des US-Engagements: Bis zu 16 Prozent des von den USA eingeführten Erdöls kommen aus dieser Region, Tendenz steigend.

Energiefragen werden immer mehr zum Gegenstand internationaler Konflikte. Die aktuelle Eiszeit zwischen Washington und Ankara geht nicht zuletzt auf eine verstärkte Kooperation zwischen der Türkei und dem Iran im Gassektor zurück, und der erneute Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine wurde gerade erst beigelegt. Der neuerdings entbrannte Wettlauf um die Territorialrechte am Nordpol zwischen Kanada, Dänemark, Russland und den USA ist ein weiteres Beispiel. Die vermuteten Ressourcen wecken so große Begehrlichkeiten, dass einige Anrainerstaaten bereits ihre Marineverbände in der Region aufrüsten.

Auch Deutschland schließt militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung nicht aus. Schon 1992 erklärten die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr den „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen [...] zum vitalen Sicherheitsinteresse“ Deutschlands. Auch das 2006 veröffentlichte „Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ enthält die Aussage, dass die Energieversorgung notfalls durch den Einsatz der Bundeswehr zu gewährleisten sei.

Der Kampf um preisgünstige Rohstoffe führt zu merkwürdigen, teilweise grotesken Konstellationen in der Außenpolitik. Rohstoffreiche Diktaturen werden hofiert, Staaten mit ergiebigen Öl- und Gasvorkommen erhalten weit mehr Entwicklungshilfe als wirklich bedürftige Länder. Wenn das allein nicht reicht, wird der Druck auf rohstoffreiche Länder erhöht, damit sie ihre Märkte für Investoren aus den EU-Ländern öffnen. So soll beispielsweise die im Juni 2007 vorgestellte „Strategie für eine neue Partnerschaft der EU mit Zentralasien“ angeblich „Good Governance“ in der Region fördern, in Wahrheit dient sie jedoch vor allem der verstärkten Energiezusammenarbeit.

In einem Geflecht aus multilateralen, regionalen und bilateralen Investitionsabkommen werden den Unternehmen der Industrieländer häufig umfangrei-

che Klagerechte gegen politische Entscheidungen der Gastländer eingeräumt. Ebenso häufig werden die Rechte der in den Gastländern lebenden Menschen von diesen Abkommen eingeschränkt. Die Entwicklungsperspektive der Rohstoffländer bleibt, ebenso wie die Menschenrechtssituation, häufig unberücksichtigt.

Der Klimawandel fügt diesen Konfliktkonstellationen neue hinzu. Ohne ein entschiedenes Gegensteuern wird er bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern. Daraus könnten Gewalt und Destabilisierung entstehen. Die Sicherheit wäre – national wie international – in einem bisher unbekanntem Ausmaß bedroht. Bestehende „Umweltkrisen“ wie Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation werden verschärft, Landnutzungskonflikte verstärkt und zusätzliche Migrationsbewegungen ausgelöst, wie derzeit im Süd-Sudan. In anderen Regionen, vor allem in Asien, werden durch den steigenden Meeresspiegel neue Konflikte entstehen. Sollte sich eine konsequente globale Energiewende nicht durchsetzen und die Erderwärmung weiter drastisch ansteigen, könnte im Extremfall sogar der Amazonasregenwald austrocknen und der asiatische Monsun ausbleiben. Dies hätte unkalkulierbare Auswirkungen auf ganze Kontinente. Nationale und internationale Verteilungskonflikte würden den Zerfall ohnehin fragiler Staaten beschleunigen.

Aus all diesen Gründen ist die Energiewende – weg von Öl und Kohle, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung – nicht nur der wichtigste Baustein im Kampf gegen die Erderwärmung. Der Wandel des Energiesystems ist auch eine friedenspolitische Investition. Die von einschlägigen Interessengruppen vorangetriebene Renaissance der Kernenergie, die weltweit zum Bau neuer Atomkraftwerke führen soll, darf hierbei keine Rolle spielen. Die dabei entstehenden Proliferationsrisiken sind sicherheitspolitischer Irrsinn, will man die Verbreitung von Atomwaffen tatsächlich eindämmen.

Zur Gewährleistung einer ausreichenden fossilen Energieversorgung für die Übergangszeit müssen internationale Institutionen und Verfahren entwickelt werden, um die Verteilung knapper werdender Ressourcen konfliktfreier und gerechter zu regeln und der Militarisierung auf diesem Gebiet entschieden entgegenzutreten.

DIE LINKE Position

- **Energiewende statt Krieg um Rohstoffe**

Die weiterhin bestehende Fixierung der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf fossile Energieträger wird imperiale Tendenzen in der Außenpolitik verstärken. Zu befürchten ist, dass dieser Prozess wachsenden Einfluss auf die Europäi-

sche Sicherheits- und Verteidigungspolitik nehmen wird, die sich bereits in den letzten Jahren militarisiert hat. Dieser Entwicklung ist entgegenzutreten: Von Europa darf kein „Krieg um Rohstoffe“ ausgehen.

- **Friedensdividende bei Klimaschutz beachten**

Öffentliche Gelder zur Friedenssicherung sind besser angelegt in Forschung und Förderung erneuerbarer Energien und eines geringeren Energieverbrauchs als im Verteidigungshaushalt. Schwerpunkte sollten dabei regional verfügbare erneuerbare Energieträger sein. Insbesondere bei der „Bioenergie“ ist darauf zu achten, dass sie nachhaltig und ohne negative Folgen für die Nahrungsmittelproduktion erzeugt wird und keine (sub)tropischen Wälder dafür zerstört werden.

- **Soziale und ökologische Entwicklung statt liberalisierter Rohstoffmärkte**

Auch die „friedliche“ Ausbeutung der Rohstoffe in Entwicklungsländern führt oft zu erheblichen sozialen und ökologischen Problemen und behindert eine eigenständige Entwicklung. Insbesondere die Investitionsschutzabkommen, die politische und soziale Rechte zugunsten der Profite der Privatwirtschaft beschneiden, spielen eine fatale Rolle. Hier bedarf es eines Moratoriums bezüglich aller Vereinbarungen internationaler Organisationen oder der Industrieländer (OECD, WTO, NAFTA, EU), die eine weitere Liberalisierung und Deregulierung zur Forcierung von Direktinvestitionen beinhalten.

- **Länderübergreifende Solarenergieprojekte als Beitrag zum Frieden**

Länderübergreifende Projekte zur gemeinsamen Nutzung regenerativer Energieträger können einen wertvollen Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung in Konfliktregionen leisten. Entsprechende Pilotprojekte wären beispielsweise im Mittelmeerraum (Israel/Palästina) mit Unterstützung der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln.

Parlamentarische Aktivitäten – Auswahl

- „Keine Weltbankkredite für Atomtechnologie“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2006, Drucksache 16/1961.
- „Energiepreiskontrolle sicherstellen“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 5. September 2006.
- Drucksache 16/2505.
- „Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 21. September 2006, Drucksache 16/2678.

- „Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Privathaushalte ermöglichen“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 8. Oktober 2006, Drucksache 16/3351.
- „Klares Signal für die „Kyoto II“-Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Nairobi setzen!“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 8. Oktober 2006, Drucksache 16/3026.
- „Trendwende beim Klimaschutz im Verkehr - nachhaltige Mobilität für alle ermöglichen“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 28. Februar 2007, Drucksache 16/4416.
- „Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen“, Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 25. April 2007, Drucksache 16/5129.
- „Steigerungen der Energiekosten – Auswirkungen auf die Realeinkommen von SGB-II- und SGB-XII-Beziehenden“, Antwort auf Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 22. März 2007, Drucksache 16/4785.
- „Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -bezieher ohne Strom“, Antwort auf Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 8. Mai 2007, Drucksache 16/5224.

Sonstige Dokumente

- „Energiesicherheit - gerecht und umweltverträglich“, Beschluss des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS vom 4. Dezember 2006.
- „Für soziale und umweltgerechte Energiepreise“, Broschüre der Bundestagsfraktion DIE LINKE.
- Tourismuspolitische Leitbilder. REISEN FÜR ALLE. Für sozial gerechten, barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismus.

Weitere Informationen unter <http://www.linksfraktion.de/energie>

<http://die-linke.de/politik/themen/energiepolitik>.

Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich

Rede von Prof. Dr. Wolfgang Methling, umweltpolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

das Thema der Konferenz beschäftigt die Gesellschaft. Mit diesem Thema beschäftigen sich Medien, Regierungen und Parteien, auch die LINKEN. Als die Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt-Energie-Verkehr, damals noch der Linkspartei.PDS, im Herbst 2006 über die Durchführung einer solchen Konferenz diskutierte, war bereits eine mehrere Jahre währende umfangreiche Diskussion über linke Positionen zur Energie- und Klimaschutzpolitik vorausgegangen. Der Parteivorstand hat dann im Dezember 2006 einen Beschluss gefasst, der neben unseren inhaltlichen Standpunkten auch die Durchführung dieser Konferenz zum Inhalt hatte. Seit dem sind wir, Energie- und Umweltpolitiker aus der Linkspartei.PDS und WASG (Gilbert Siegler, Robert Krause), an die Vorbereitung dieser Konferenz gegangen. Das Thema „Klima & Energie – Macht – Arbeit“ ist dabei bewusst mehrdeutig gewählt. Es soll ausdrücken, dass Klimaschutz Arbeit macht, es drückt aus, dass eine fortschrittliche Klimaschutz- und Energiepolitik Arbeitsplätze und damit die Zukunft für viele Generationen sichert. Und das Thema drückt nicht zuletzt aus, dass es dabei um Machtfragen geht.

Am Beispiel der Klimaschutz- und Energiepolitik kann und soll demonstriert werden, was Nachhaltigkeit bedeutet: Nämlich die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf Kosten, sondern im Einklang mit sozialen, kulturellen und ökologischen Erfordernissen zu sichern. Es ist ein Demonstrationsfeld für nachhaltige Entwicklung und Glaubwürdigkeit der Politik, auch unserer Politik.

Und ich kann bereits jetzt sagen, dass mit der Konferenz nicht der Endpunkt der Positionsbestimmung der LINKEN erreicht sein wird, genauso wenig fangen wir bei Null an. Einige wichtige Bereiche, wie z. B. für und wider von biogenen Kraftstoffen, für und wider von Energiepflanzenproduktion und anderes mehr werden wir morgen und übermorgen wohl nur streifen.

Mit anderen Worten: Es bleibt auch nach dem Sonntag noch genug zu diskutieren, abzuwägen, mit konkreten Vorschlägen zu untersetzen. Es ist nicht zufällig, dass das Klimathema die Diskussion in der Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien beherrscht. Es ist nicht nur fünf vor zwölf, sondern zwei vor zwölf.

Klimaschutz umfasst viele Bereiche:

- Da geht es um den Erhalt der Wälder und anderen Vegetation, weil diese natürliche CO₂-Schlucker sind,
- da geht es darum, die Bodenversiegelung nicht unbegrenzt weiter zu treiben,
- da geht es um die Reduzierung des LKW- und PKW-Verkehrs, darum, Mobilität umweltgerecht zu sichern,
- und da geht es um den Ausstieg aus der Energieerzeugung auf der Basis fossiler Rohstoffe, weil dabei der CO₂-Ausstoß am größten ist.

Ich möchte mich heute auf den letztgenannten Punkt beschränken und von der klimabedeutsamen Erzeugung von und Versorgung mit Elektroenergie und Wärme einen Bogen schlagen zur Gerechtigkeit, zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Unsere politischen Positionen haben wir aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, Empfehlungen und Zukunftsstrategien abgeleitet.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dabei geht es um weit mehr als die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen.

In den Mittelpunkt rücken zunehmend,

- wie sich das Energiesystem auf das Klima und die Umwelt auswirkt,
- welche Folgen die knapper werdenden fossilen Rohstoffe auf die Friedenspolitik und eine gerechte Weltordnung haben,
- wie verhindert werden kann, dass steigende Energiepreise Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zusätzlich belasten,
- wer auf der anderen Seite an monopolistischen Strukturen verdient – wer also die Macht hat und wie er sie gebraucht,
- welche Arbeitsplätze zukunftsfähig sind und welche nicht.

Energiefragen sind längst nicht mehr allein im nationalen und europäischen Rahmen lösbar, und wie die eben aufgeworfenen Fragen zeigen: Es ist nötig, die verschiedenen Facetten von Energiepolitik zusammen zu betrachten – angefangen von der Steigerung der Energieeffizienz und dem sparsamsten Umgang mit Energie, um den Verbrauch deutlich senken zu können, über den forcierten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien bis zum Finden neuer technologischer und technischer Lösungen sowie Gerechtigkeitsfragen bei dem sicheren Zugriff auf Energieressourcen.

Die Notwendigkeit einer Energiewende hin zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien wird als Herausforderung des 21. Jahrhunderts allgemein anerkannt.

Klimaschutz wird jedoch oftmals auf Technologiefragen reduziert, wie beispielsweise im Konzept „Ökologische Industriepolitik“ von Bundesumweltmi-

nister Sigmar Gabriel (SPD). Wer wirksamen Klimaschutz will, darf dabei nicht stehen bleiben. Deutlich zur Sprache kommen muss auch, dass mächtige Konzerne die politische Souveränität der Politik über die Energieversorgung bedrohen, dass wir unsere Lebensstile kritisch überprüfen müssen und dass die ökologische Frage eng mit der sozialen Frage verwoben ist. Ganz zu schweigen davon, dass eine Militarisierung der Energieressourcensicherung schon lange kein Tabu mehr ist. Und es muss der gesellschaftliche Diskurs über Grenzen und ein neues Verständnis von Wachstum geführt werden.

Die Linke hat sich daher vorgenommen, das politische Leitbild der „Energiesicherheit für alle“, welches die relevanten Politikbereiche miteinander verzahnt, zu entwickeln.

- Sichere Energieversorgung heißt, den Anforderungen des Klimaschutzes zu entsprechen.
- Sichere Energieversorgung muss auch technisch beherrschbar sein und darf im Falle des Versagens nicht zu katastrophalen Folgen führen.
- Sichere Energieversorgung erreichen wir nicht, wenn Energieressourcen mit ökonomischem und militärischem Druck oder gar Kriegen für die westlichen Industrieländer beschafft und die Anliegen der Entwicklungsländer ignoriert werden.
- Sichere Energieversorgung muss auch für einkommensarme Bevölkerungsteile erreichbar sein.
- Sichere Energieversorgung im eben beschriebenen Sinne eröffnet Arbeitsfelder, die Zukunft haben.

Zusammengefasst heißt das:

Energiefragen sind elementare Gerechtigkeitsfragen. Denn Energie ist ein unverzichtbares Lebensmittel, zu dem alle gleichen Zugang haben müssen, mit dem aber zugleich effizient und sparsam umzugehen ist.

Energiesicherheit, gerecht und umweltverträglich zu gewährleisten, bedeutet:

1. Sichere Erzeugung von Energie erfordert den generellen Vorrang für erneuerbare Energien bei Investitionen und Genehmigungen, damit der Abschied von Klimakillern und Atommüllproduktion schnellstmöglich erfolgen kann.
2. Sichere Verfügbarkeit von Rohstoffen zur Energieerzeugung, was besagt: Weniger fossile Energierohstoffe (Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran) importieren und verbrauchen durch Energieeinsparung, Effizienzerhöhung sowie Nutzung regenerierbarer Quellen bei Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten.
3. Sicherer Transport und sichere Verteilung von Energie heißt: leistungsfähige Netze in öffentlicher Hand mit diskriminierungsfreiem Zugang für alle

Energieproduzenten und -verteiler sowie interaktive Stromnetze, die kleine dezentrale Produktionseinheiten gegenüber Großeinheiten stärken.

4. Sichere Versorgung von Privathaushalten und Unternehmen erfordert: geringe Störanfälligkeit von Produktion und Netz, stärkere Dezentralität des Systems bei gleichzeitigem Ausbau der grenzüberschreitenden Netze für einen sinnvollen internationalen Stromaustausch.
5. Gerechter Zugang zu Energie setzt voraus: Der Zugang zu Strom, Wärme und umweltfreundlicher Mobilität muss sozialverträglich und bezahlbar bleiben.
6. Sichere globale Energieversorgung setzt den gerechten Zugang zur Energie, die Verwirklichung des gleichen Rechts der Entwicklungsländer voraus. Von den Industriestaaten erfordert das auch die zielgerichtete Unterstützung des Ausbaus angepasster Technologien zur regenerativen Energieversorgung in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die größten Gegner einer solchen Politik der „Energiesicherheit für alle“ sitzen:

Erstens in den Zentralen der monopolartigen Energie- und Mineralölkonzernen, deren Zweck und Ziel die Erlangung größtmöglichen Profits sind.

Gegner einer Energiewende sitzen **zweitens** in nationalen Regierungen, die zentrale Zukunftsentscheidungen eben diesen Konzernzentralen überlassen, statt aktiv in eine nachhaltige Industriepolitik und europäische Energiepartnerschaft zu steuern. Klimaschutz spielt in der deutschen Regierungspolitik eine große Rolle. Umweltminister Gabriel ist offenbar ein starker Minister, und er hat bis zu einem gewissen Grade die Unterstützung der Kanzlerin. Im ständigen Streit liegt er allerdings mit Wirtschaftsminister Glos.

Der größte Kritikpunkt ist ein grundsätzlicher:

Angesichts der völlig unumstrittenen Folgen des Klimawandels sind die Maßnahmen, die die Bundesregierung beschlossen hat – und das sind ja einige (energetische Sanierungsprogramme für Altbauten, Ausbau der EE, Verabschiedung eines Wärme-EEG, Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz u. a.) – bei weitem nicht ausreichend. Und einige stehen den eigenen Zielen direkt entgegen - Bau von Kohlekraftwerken.

Drittens sind einflussreiche internationale Institutionen (IWF, NATO) Widersacher einer zukunftsfähigen Energiepolitik. Sie helfen vor allem dabei, dass die reichen entwickelten Industrieländer den vorrangigen Zugriff auf die weltweiten Ressourcen behalten. Sie verschärfen somit Krisen, statt globale Herausforderungen zu bewältigen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

von unserer Forderung: „**Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung**“ sind wir noch meilenweit entfernt. (siehe Thesenpapier „Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich“)

In Deutschland wird das mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeleitete energiepolitische Umsteuern von den großen Energiekonzernen bekämpft. Sie tricksen beim Atomausstieg, setzen weiterhin vor allem auf Kohle und Gas und verstärken damit die Importabhängigkeiten. Weil sie Eigentümer der Übertragungsnetze sind, ist die Bundesrepublik trotz Bundesnetzagentur vom diskriminierungsfreien Zugang für jeden Stromproduzenten weit entfernt. Vorangetrieben werden immer noch technologische Großprojekte, die die Konzentration wirtschaftlicher Macht fördern und den Arbeitsplatzabbau forcieren. Gleichzeitig sind seit der Einführung des EEG sämtliche Prognosen über den Zuwachs von Windturbinen, Solaranlagen und der Nutzung von Biomasse übertroffen worden. Dieser positive Trend lässt sich politisch weiter beschleunigen. Er schützt nicht nur das Klima, er fördert auch kleinere dezentrale Produktionseinheiten und Produzenten, stärkt politische Regulierung statt politischen Einfluss (Lobbyismus) wirtschaftlicher Machtzentralen. Und: Während in der traditionellen Energieerzeugung und bei den großen Konzernen Arbeitsplätze verloren gehen, entstehen in der Branche der erneuerbaren Energien jährlich über 10 000 neue. Allerdings muss man darauf achten, dass es auch gut bezahlte Arbeitsplätze sind.

Der Abschied von den Klimakillern ist also mehr als Umweltschutz. Er bietet Chancen für neue Arbeitsplätze, für wirtschaftliche Entwicklung, für den Abbau politischer Macht in Konzernzentralen und damit auch für weniger Erpressbarkeit der Politik. Die Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien und kleinere, dezentrale Produktionseinheiten schafft auch neue technische Grundlagen für die Energieversorgung von Unternehmen und kann regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Große Kraftwerkseinheiten und auf sie zugeschnittene Netze und Regeltechnik fördern zentralistische Strukturen, schwächen aber die Position von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie von Kommunen.

Kleinere Einheiten und flexible intelligente Infrastruktur

- verringern die Störanfälligkeit,
- schränken die Wirkung terroristischer Anschläge ein,
- fördern lokale politische Gestaltung.

Die Linke sieht in den erneuerbaren Energien und ihrer vorrangig dezentralen Struktur sowohl sicherheitspolitische als auch demokratische Chancen. Mit der wachsenden Zahl von lokalen Stromerzeugern – jeder Hausbesitzer kann

theoretisch zum Wärme- und Stromproduzenten werden – und verringertem wirtschaftlichen Einfluss der Energieriesen wachsen die Möglichkeiten, die Energieversorgung wieder in den Bereich der demokratisch legitimierten kommunalen Daseinsvorsorge zurückzuholen.

Zusammengefasst fordern wir deshalb:

- Einführung einer effektiven Energiepreisaufsicht,
- Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand,
- Abschöpfung der Extraprofite der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel,
- Rekommunalisierung der Energieversorgung,
- dezentrale Energieversorgung.

Zur Leitlinie „Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern“

In der Debatte um eine zukunftsfähige Energiepolitik geht es meist um den scheinbaren Widerspruch von Ökonomie und Ökologie, den es aufzulösen gelte. Es wird viel von Nachhaltigkeit gesprochen, doch die soziale Frage wird dabei oft außer Acht gelassen. Nun gehöre ich nicht zu denjenigen, die erwarten, dass Wärme und Strom kostenfrei zu haben sein müssten. Das wäre sogar falsch! Aber sie müssen bezahlbar bleiben, ansonsten wird es zunehmend ein Privileg für Besserverdienende – darüber verfügen zu können.

Auch wenn wir davon überzeugt sind, dass eine neue Energiepolitik ein radikales Umdenken beim Konsum und im persönlichen Verhalten erfordert, dürfen Einkommensschwache nicht von bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden. Wir bekämpfen also nicht nur die Monopolstrukturen der fossil-atomaren Energiewirtschaft. Wir treten auch einer elitären Umweltpolitik entgegen, die Energiearmut von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten als hinnehmbaren Preis für den Klimaschutz verbucht. Energie- und Klimapolitik darf nicht zu sozialer Ausgrenzung führen.

Die Linke gehörte bislang zu den wenigen Kräften in der Politik, die konsequent dem Missbrauch umweltökonomischer Instrumente, wie Ökosteuer und Emissionshandel, entgegengetreten sind. Diese müssen stringent am umweltpolitischen Ziel ausgerichtet sein und dürfen nicht durch die Hintertür zu Sondergewinnen von Unternehmen zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher führen. So haben die milliardenschweren Extraprofite der Energieversorger im Rahmen des Emissionshandelsystems dieses nachhaltig diskreditiert.

Nicht zuletzt zählt zu einer verantwortlichen Preispolitik auch, den Einfluss kommunaler Versorger und mit ihnen die Einbindung der Tarifgestaltung in die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stärken.

Deshalb gehören auch an diese Stelle unsere Forderungen:

- Arbeitslosengeld II auf 435 Euro erhöhen,
- Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte,
- Stromsozialtarif einführen,
- Ökosteuer sozial gerecht fortentwickeln.

Zur Leitlinie „Klimapolitik ist Menschenrechts- und internationale Strukturpolitik“

Es liegt völlig klar auf der Hand, dass Klimawandel und Ressourcenknappheit einen Politikwechsel erfordern. Die erhöhten Temperaturen und das Abschmelzen von Gletschern treffen nicht nur die Wintersport treibende globale Mittelklasse. Für Millionen Menschen geht es um das nackte Überleben. Betroffen sind insbesondere die Armen und Machtlosen. Denn für die Verwundbarkeit einzelner Regionen und Menschen ist nicht nur die geographische Lage wichtig. Es geht darum, ob und wie sich Länder und Bevölkerung an die Folgen des Klimawandels anzupassen vermögen.

Die Begrenzung des Klimawandels ist nicht nur eine Frage der Ökologie. Der Klimawandel ist auch ein Angriff auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte großer Bevölkerungsgruppen – eine Bedrohung, die seit 150 Jahren von den Emissionen in den wohlhabenden Teilen der Welt ausgeht.

Dabei wachsen der weltweite Energiebedarf und insbesondere die Nachfrage nach fossilen Energieträgern, wie Öl und Gas, weiter rasant. Schwellenländer wie China und Indien mit ihren hohen industriellen Wachstumsraten stehen heute stellvertretend für den ansteigenden globalen Ressourcenverbrauch. Aber immer noch liegen der US-amerikanische Energiekonsum je Kopf um das Siebenfache und der europäische um das Dreieinhalbfache höher als der chinesische. Der CO₂-Ausstoß je Einwohner ist in den USA derzeit fünfmal, in Deutschland immer noch dreimal so groß wie in China. Ressourcenknappheit und Klimawandel werden durch eine „aufholende Entwicklung“ von Staaten wie Brasilien, China, Indien oder Südafrika beschleunigt. Sie alle streben einen Lebensstandard nach Vorbild der Industriestaaten an. Wollen wir das den Menschen in diesen Ländern verwehren?

Der Zeitpunkt der maximalen Ölförderung (peak oil) liegt nach den meisten wissenschaftlichen Prognosen im Zeitraum um 2020; manche sehen ihn bereits jetzt erreicht.

Ein weiterer und dramatischer Anstieg der Preise für Öl und Gas ist bei knapper werdenden Vorräten vorprogrammiert.

Bleibe der Rückgriff auf die noch länger reichenden Ressourcen der **Kohle als Brennstoff** - dabei ist aber der CO₂-Ausstoß am größten, der wiederum beschleunigt die Erderwärmung.

Atomenergienutzung ist unverantwortlich riskant im Betrieb und bei der Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Ohnehin sind auch die Kernbrennstoffe in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht. Die technische Realisierbarkeit der Kernfusion ist nicht absehbar.

Um die globale Erwärmung auf zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, muss der Ausstoß von Klimagasen bis 2050 halbiert werden. Das bedeutet für die Industrieländer 80 Prozent weniger Emissionen - eine gewaltige politische und technologische Herausforderung, bei der Deutschland eine bedeutende Rolle zukommt.

Sonntagsreden haben wir genug gehört. Die Industrieländer müssen ihre klimapolitische Glaubwürdigkeit demonstrieren, bevor sie Forderungen an andere stellen. Die Entwicklungsländer erwarten klare Zusicherungen statt warmer Worte.

Zur Leitlinie „Energiewende mit Friedensdividende“

Der Verteilungskampf um fossile Energieressourcen, insbesondere um den Zugang zu Öl und Gas, hat aufgrund einer stetig steigenden globalen Nachfrage bei gleichzeitig schrumpfenden Vorräten eine neue Qualität erreicht. Schon heute ist eine Militarisierung der Energieaußenpolitik unübersehbar. Die USA führen nicht nur Angriffskriege im ölreichen Nahen und Mittleren Osten, sondern bauen auch in Westafrika ihre militärische Präsenz aus.

Auch Deutschland schließt militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung nicht aus. Schon 1992 erklärten die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr den „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen [...] zum vitalen Sicherheitsinteresse“ Deutschlands. Auch das 2006 veröffentlichte „Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ enthält die Aussage, dass die Energieversorgung notfalls durch den Einsatz der Bundeswehr zu gewährleisten sei. Es versteht sich von selbst, dass wir dieses Herangehen immer und überall bekämpfen. Energiewende statt Krieg um Rohstoffe, lautet unsere Leitidee!

Länderübergreifende Projekte zur gemeinsamen Nutzung regenerativer Energieträger könnten einen wertvollen Beitrag zu einer friedlichen Entwick-

lung in Konfliktregionen leisten. Entsprechende Pilotprojekte wären beispielsweise im Mittelmeerraum (Israel/Palästina) mit Unterstützung der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln bzw. zu intensivieren.

Angesichts des Klimawandels ist das bisherige Wohlstandsmodell der Industriemoderne grundlegend zu überprüfen. Wir brauchen ressourcensparende Technologien, aber auch eine Änderung von Lebensstilen. Beides kann nicht allein den Märkten überlassen werden.

Damit der Wandel nicht zu einer Vertiefung von sozialen Spaltungen führt, ist ein Primat der Politik unabdingbar, national und international.

Klimaschutz braucht soziale Akzeptanz!

Globaler Frieden braucht Klimaschutz!

Vor fast drei Jahren habe ich für Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland die These aufgestellt: 100 % erneuerbare Energien für die Strom- und Wärmeerzeugung im Jahre 2050. Diese anspruchsvolle Devise ist machbar, wenn der politische Wille vorhanden ist. In Mecklenburg-Vorpommern waren wir auf einem guten Weg dahin. Erreichbar wäre das Ziel in Deutschland und weit darüber hinaus. Man muss es nur wollen! DIE LINKE will es!

Ende des fossilen Zeitalters - Ende des kapitalistischen Wachstumsmodells?

Rede von Joachim Bischoff, Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“

1.

Der Rohölpreis hat einen neuen Rekordstand erreicht: Der Preis für ein Barrel streifte erstmals die 100-Dollar-Grenze. Seit Jahresbeginn hat der Preis um 50 Prozent zugelegt. Hauptverantwortlich für den Preissprung ist laut Experten die heikle geopolitische Lage – vor allem die anhaltende Krise zwischen der Türkei und den Kurden im Nordirak. Keine Frage: Fossile Energieträger unterliegen in der Preisbildung nicht nur der kapitalistischen Tauschwert- und Verwertungslogik, sondern reagieren auch auf politisch-militärische Spannungen. In dem Maße, wie Öl und Erdgas zur knappen Ware werden, weil die Kapitalakkumulation ohne fossile Energieträger nicht vorstellbar und Alternativen der Energieversorgung viel zu gering entwickelt worden sind, beeinflussen faktische oder drohende Konflikte deren Preisentwicklung.

Allerdings: Der eigentliche ökonomische Hintergrund der aktuellen Preisexplosion ist die chronische Knappheitskonstellation. Nach Berechnungen der Informationsstelle des US-Energieministeriums wurden im dritten Quartal 2007 85,6 Mio. Barrel pro Tag nachgefragt – dem steht ein Angebot von 84,5 Mio. Barrel gegenüber. Die Differenz beträgt also mehr als eine Million Barrel. Zwar hat das Erdölkartell OPEC in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Fördermenge um 500 000 Barrel angekündigt, aber diese Ausweitung reicht nicht aus, um die Nachfrage zu decken. Die Öl-Versorgung bleibt angespannt, und politisch-militärische Verschiebungen in Förderregionen oder in wichtigen Transportstationen treiben den Preis weiter nach oben. Grundsätzlich wäre durch eine Erhöhung der Fördermengen das Schließen der Angebotslücke noch möglich; aber anders als in den 1970er Jahren haben wir es nicht mit einer politisch motivierten Angebotsverknappung durch das OPEC-Kartell zu tun, sondern die ökonomische Konstellation verweist auf den in naher Zukunft erreichten Höhepunkt der Ölförderung überhaupt.

Die Begründung für die hohen Öl- und Gaspreise mit drohenden militärischen Konflikten ist mithin extrem einseitig, weil im Prinzip von keinem Beobachter bestritten wird, dass wir seit Jahrzehnten in einer Konstellation der Verknappung des Ölangebots bei gleichzeitiger Ausweitung der globalen Nachfrage sind. Insofern sprechen die Terminkontrakte eine deutliche Sprache: Den weit in die Zukunft reichenden Lieferverpflichtungen (Futures) zufolge gibt es bis

2015 keine Chance, dass der Durchschnittspreis pro Barrel unter 70 Dollar fällt.

2.

Mit der globalen Motorisierung ist der Verbrauch des Erdöls ungeheuer gesteigert worden. Die Überschreitung des Höhepunkts der Ölförderung – Peak Oil – markiert das Ende des fossilen Energiesystems. Weltweit wird der Zeitraum, für den die gesicherten Öl- und Erdgasvorräte bei der derzeitigen Verbrauchsstruktur noch reichen, gegenwärtig mit etwa 40 Jahren taxiert. Die Erdölreserven in den USA könnten noch etwa 20 bis 30 Jahre reichen. Das kann, muss aber nicht stimmen. So hat es seit dem ersten Ölpreis-Schocks in den 1970er Jahren vielerlei Maßnahmen gegeben, um den Verbrauch von Öl und Energie zu drosseln. In Europa beispielsweise ist der Ölverbrauch pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts seither um 30 bis 40 Prozent gesunken – das gilt sowohl für die privaten Haushalte als auch für die Industrie. In der weltgrößten Volkswirtschaft, den USA, waren die Einsparmaßnahmen allerdings weit weniger deutlich.

Auf die aus der Beschränktheit der energetischen Ressourcen sich ergebenden Grenzen für das Wirtschaftswachstum hat der Club of Rome bereits in einem Bericht 1972 aufmerksam gemacht. Sicherlich war die These von der Begrenztheit der Ressourcen damals schlecht begründet, aber von einer Trendwende im Ressourcenverbrauch kann keine Rede sein. Weltweit erkennt man trotz gesteigerter Anstrengungen in vielen Teilen der Welt keine Entwicklung, die auf ein mögliches erdölfreies Wirtschaftswachstum hindeutet.

Dabei unterstreichen die destruktiven Folgen des fossilen Energiesystems für die gesamten Lebensbedingungen die Notwendigkeit eines Kurswechsels. Die in den fossilen Ressourcen gespeicherte Energie wird durch technologische Systeme in Arbeitsenergie umgewandelt. Mit deren Hilfe wird eine breite Palette von Gebrauchswerten erzeugt, die zur Befriedigung von individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen nachgefragt werden. Zugleich werden Verbrennungsprodukte miterzeugt, und diese Emissionen haben die ökologischen Systeme in den zurückliegenden Jahrzehnten massiv beschädigt. Die die gesellschaftlichen Debatten prägenden Themen resultieren aus diesen destruktiven Folgen des fossilen Energiesystems: Treibhauseffekt, Klimawandel, Zerstörung der tropischen Regenwälder, Verlust an Biodiversität etc. Allerdings machen auch hier Ökologen wie Davis darauf aufmerksam, dass die Feuersbrünste im Mittelmeerraum oder in Kalifornien, die Dammbürche in New Orleans etc. selten in den Zusammenhang des fossilen Energiesystems eingeordnet werden.

In den gegenwärtig im Zentrum der Öffentlichkeit stehenden Umweltabkommen, insbesondere dem auf die Bekämpfung der Erderwärmung und die Beeinflussung des Weltklimas zielenden Koyoto-Protokoll, wird die Strategie der Reduktion des Ressourcenverbrauchs, der Erhöhung der Energieeffizienz und vor allem der Verminderung schädlicher Emissionen verfolgt. Dies sind zweifellos wichtige Ansätze.

Gleichwohl müssten angesichts der gegenwärtig erkennbaren Begrenztheit der fossilen Energieressourcen und der grundsätzlich fortbestehenden Emissionsbelastungen die Anstrengungen zu einem Übergang in einen qualitativ veränderten Mix von Energieträgern vorangetrieben werden. Damit sind wir beim Kern des Problems: Es gibt eine enge Verzahnung der kapitalistischen Produktionsweise mit dem Einsatz fossiler Energieträger, die nicht im Selbstlauf aufbrechen wird.

3.

Die Dynamik der Kapitalakkumulation im zurückliegenden 20. Jahrhundert basierte auf der beständig technologisch verbesserten Ausnutzung des Einsatzes fossiler Energieträger. Die industrielle Produktion mit der darauf aufbauenden Dienstleistungs- und Wissensökonomie gründet auf einem unerreicht hohen Energieverbrauch infolge der Entdeckung und Nutzung preiswerten Erdöls.

Die fossilen Energieträger bieten eine Reihe von natürlichen Vorteilen für die Expansion und Beschleunigung ökonomischer Prozesse. Fossile Energieträger weisen Eigenschaften auf, mit denen die Dezentralität der Produktion bei gleichzeitiger Vernetzung enorm gesteigert und zugleich die individuelle Mobilität entwickelt werden kann.

Drei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Erstens: Der Einsatz von fossiler Energie erlaubt eine massive Konzentration von Zentralisierung ökonomischer Prozesse. Die der kapitalistischen Produktionsweise immanente Tendenz zur Steigerung der Produktivität schlägt sich daher in einer krassen Verteilung von Produktionszentren und Verdichtung von Lebensräumen nieder. Es bildet sich national wie international eine einseitige Verteilung der Bevölkerung auf städtische Ballungssysteme und ländliche Räume heraus. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte lebt seit Beginn des 21. Jahrhunderts die Mehrheit der Bevölkerung in urbanen Zonen – der größte und schnell wachsende Teil in Slums.

Zweitens: Die Kehrseite dieser gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist die Ausweitung des Transports. Der weltweite Transport beruht zu 97 % auf Erdöl

(Benzin, Diesel, Kerosin) oder Erdgas. 95 % der globalen Handelsströme werden von dieselangetriebenen Fracht- und Containerschiffen auf den Weltmeeren bewältigt. Zwar sind Ersatzstoffe vorhanden, allerdings sind sie im Vergleich zu Erdöl mit ungleich höheren Kosten und Aufwendungen verbunden und noch nicht in ausreichenden Mengen verfügbar.

Drittens: Ohne Öl kein Auto, und ohne Auto nicht die Art von Mobilität, die das 20. Jahrhundert und den Beginn des 21. Jahrhunderts prägt. Die weltweite Motorisierung durch das Automobil und die Individualisierung der Mobilität sind der Höhepunkt dieser Kongruenz von kapitalistischer Produktionsweise und dem Verbrauch fossiler Energie. Im letzten Jahrzehnt ist der Verbrauch von fossiler Energie beim Automobil reduziert und sind die Emissionen begrenzt worden. Gleichwohl ist die anhaltende Expansion des Automobilverkehrs eine wichtige Komponente beim Energieverbrauch und der Belastung durch Emissionen.

Vor kurzem hat das Umweltdepartement der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme – UNEP) einen Bericht zum Stand der globalen Umweltrends bis 2050 (GEO 4) veröffentlicht. Wenig überraschend wird dort ein dramatisches Bild der weltweiten Umweltzerstörung gezeichnet. Demnach sterben jedes Jahr Millionen von Menschen, weil sie verdrecktes Wasser trinken oder schmutzige Luft einatmen. Die Welt stehe am Abgrund. Die Geschwindigkeit, mit der die Menschheit die Ressourcen der Erde während der letzten 20 Jahre verbraucht hat, stelle das „Überleben der Menschheit“ infrage. Weltweit seien mehr als 60 Prozent aller Ökosysteme geschädigt und übernutzt. „Wir stehen vor einer Situation, die eskaliert“, warnte UNEP-Chef Achim Steiner. „Das Gleichgewicht kann nicht länger gehalten werden. In einigen Erdteilen ist es sogar schon zerstört“.

Werden die absehbare Erschöpfung der fossilen Energie und die gravierenden Folgeprobleme die entscheidenden Impulse für den Ausstieg aus dem fossilen Energieregime und den Umstieg in einen anderen Energiemix auslösen?

4.

Eine weitreichende Verhaltensänderung der Mehrheit der Bevölkerung ist so unwahrscheinlich wie die Erwartung, dieses System und die entsprechende Lebensweise würden kollabieren. Mit Sicherheit wird die Folge des Mix von fossiler Energieknappheit und Umweltkatastrophen eine Vertiefung der sozialen Ungleichheit sein.

Vor allem die Bevölkerung der dritten Welt leidet schon jetzt unter der Fehlentwicklung der Energie- und Klimapolitik. Wenn die Bewohner in den kapita-

listischen Hauptländern ihre Klimaanlage einschalten oder mit ihrem Auto durch Städte und Landschaften brausen, hat dies nach Angaben des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP) Folgen für die Lebensbedingungen der Landbevölkerung in Bangladesch, der Bauern in Äthiopien und der Slumbewohner in Haiti. Vom Klimawandel, der laut UNDP mehr Dürren, Überschwemmungen und Stürme mit sich bringt, seien vorerst vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern betroffen, erklärt die Organisation. Von 2000 bis 2004 seien 262 Mio. Menschen Klimakatastrophen ausgesetzt gewesen, 98 Prozent der Betroffenen lebten in armen Ländern. Der Klimawandel untergrabe die internationalen Bemühungen bei der Armutsbekämpfung, schreibt das UNDP in seinem jüngsten Bericht.

Die gegenseitige Abhängigkeit bringt laut der UNO-Organisation die moralische Verpflichtung mit sich, von einer Energiepolitik wegzukommen, die anderen Menschen oder künftigen Generationen schadet. Treibhausgase, die wir 2008 in die Atmosphäre schickten, würden bis 2108 oder darüber hinaus dort verbleiben. Mit 15 Prozent der Weltbevölkerung sind heute die reichsten Länder für fast die Hälfte der CO₂-Abgase verantwortlich. Das UNDP ruft die Industriestaaten auf, sich zu verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 im Vergleich zu 1990 um 80 Prozent zu senken. Eine Senkung von 20 bis 30 Prozent müsse bereits bis 2020 erfolgen. Die meisten OECD-Länder wären schon jetzt in der Lage, den Anteil erneuerbarer Energie an der Stromerzeugung auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

Sicherlich: Die kapitalistische Industriegesellschaft müsste strukturell verändert werden, wenn die erforderliche Energie nicht mehr bereitgestellt werden kann. Zurecht formuliert Altvater: „Am Ende des fossilistischen Kapitalismus kann nur ein erneuerbares Energieregime weiterhelfen. Das ist nur möglich, wenn ihm die soziale Formation des Kapitalismus angepasst wird.“ Das Wirtschaftswachstum beruhte seit der industriellen Revolution entscheidend auf der leichten und billigen Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern, doch deren Bestände sind endlich und werden knapp.

Um einer gravierenden ökonomischen Strukturkrise zu entgehen, müsste der notwendige Bedarf an Rohöl für zusätzliches Wachstum jährlich um mehrere Prozentpunkte abnehmen, um der prognostizierten Abnahme der weltweiten Ölförderung zu entsprechen. Wenn die fossilen Energieträger zur Neige gehen und Atomkraft keine sinnvolle Alternative sein kann – welche Energien stehen dann zur Verfügung? Die erneuerbaren Energieträger können und müssen die fossilen ersetzen. Aber die erneuerbaren Energieträger lassen kein vergleichbares Zeit- und Raumregime wie die fossilen zu, d. h. der Übergang in ein verändertes Energieregime muss mit einem Umbau der Produktions- und Lebensweise verbunden sein, was schon einen wichtigen Hinweis liefert, weshalb an der bisherigen Kongruenz von Kapitalakkumulation

und Energieregime festgehalten wird. Wir können nicht einfach die Energieträger auswechseln und ansonsten alles beim alten belassen.

In der Abwehr gegenüber diesen notwendigen Veränderungen greifen die kapitalistischen Hauptländer zu der Sisyphos-Strategie, mit einem höheren Wirtschaftswachstum mindestens für eine Linderung der Probleme zu sorgen. Es hält sich der Mythos, durch Wachstum ließen sich die drückenden Probleme einer Volkswirtschaft lösen. „Wachstum ist gut für die Armen“, proklamiert die Weltbank mit Blick auf das Millenniumsziel, die Armut weltweit bis 2010 zu halbieren. „Wachstum ist gut für die Beschäftigung“, heißt es auch bei uns immer wieder. Das kann so sein, muss aber nicht. Denn, ob Investitionen überhaupt getätigt werden, hängt vom Vergleich der Renditen ab, die auf den internationalen Finanzmärkten zu verdienen sind, von der realen „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ bzw. der Profitrate des investierten Kapitals. Unter diesen Umständen gehen hohe Zinssätze und Renditen sehr häufig zu Lasten realer Investitionen. Und selbst wenn die getätigt werden, dienen sie angesichts des Wettbewerbsdrucks auf den internationalen Warenmärkten in der Regel eher der Rationalisierung und führen zum Verlust von Arbeitsplätzen. Dennoch wird ein gesteigertes Wachstum zum allgemeinen gesellschaftspolitischen Ziel erklärt.

Es ist m. E. unbestreitbar, dass die Chancen für einen Beschäftigungsanstieg in einer dynamisch wachsenden Ökonomie größer sind als in einer stagnierenden oder gar schrumpfenden. Deshalb wird auch im linken politischen Spektrum eine Wachstumsstrategie selten in Frage gestellt. Konkret: Bei der gegenwärtigen Ausrichtung der bundesrepublikanischen Wirtschaft auf den Export und die faktische Schwäche der Binnenwirtschaft würde von einer begrenzten Umschichtung von Kaufkraft von den Vermögenden zu den kärglichen Regelsätzen nach Arbeitslosengeld II – Anhebung des ALG II auf 435 oder 500 Euro – unzweifelhaft deutliche Wachstumsimpulse auf die Binnenökonomie ausgehen. Eine Politik der Nachfragesteigerung durch erhöhte Arbeitseinkommen und entsprechende Sozialausgaben ist zweifellos geeignet, das Wachstum des BIP auszuweiten. Es gibt in den kapitalistischen Hauptländern, aber auch an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems, Wachstumsspielräume – und insofern bleibt eine Strategie zur Steigerung der Massenkaukraft aktuell.

Daraus folgt m. E., dass die politische Linke für eine Doppelstrategie eintreten sollte. Es kann auf Stimulierung des Wachstums durch mehr Nachfrage gesetzt werden, so lange und so weit die genannten Spielräume gegeben sind, und soweit es möglich ist, diese durch eine aktive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf nationaler und mehr und mehr – auf europäischer und globaler Ebene auszuweiten. Zugleich müssen konkrete Schritte eingeleitet werden für jene Zeit, in der Wachstum die Manie des fossilen Zeitalters ge-

wesen sein wird und der Vergangenheit angehört. D. h. parallel zu einer Förderung des Wachstums und zur Nutzung der politischen Spielräume, die eine wachsende Ökonomie bietet, kommt es bereits heute darauf an, eine „Strategie jenseits des Wachstums“ zu entwickeln, die sich auf die erneuerbaren Energieträger stützt. Denn wir stehen an der Grenze zwischen dem noch-fossilen Wachstumszeitalter und dem post-fossilen Zeitalter der erneuerbaren Energien, auf das wir uns ernsthaft vorbereiten müssen.

Aus den negativen Folgewirkungen des fossilen Energiesystems folgt häufig der Kurzschluss „Wir leben über unseren Verhältnissen“ und die politische Schlussfolgerung einer Verzichtsstrategie. Unser gesellschaftspolitisches Problem ist die tief sitzende Verankerung dieser Deutung im Alltagsverstand eines Großteils der Bevölkerung. „Nullwachstum und Verzicht klingen in den Ohren vieler gut. Es klingt wie ‚stationäre Gesellschaft‘, wie ‚Kreislaufwirtschaft ohne fortgesetzte Ausbeutung der Natur‘ oder wie die Idylle des sprichwörtlichen ‚stillen Dorfteichs‘ - klammheimliche Freude über den Zwang zur Enthaltbarkeit nicht ausgeschlossen. Nichts von alledem ist realistisch. Ein marktwirtschaftliches System ohne Wachstum und Entwicklung ist wie ein Fahrrad im Stand: extrem labil und unfallgefährdet. Nur rasche Fortbewegung kann eine von unternehmerischen Entscheidungen getragene Wirtschaftsordnung stabilisieren.“ (Flassbeck)

Wir wollen keine solche Instabilität und Unfallgefährdung und treten folglich dafür ein, die unternehmergetragene, regulierte Marktwirtschaft in eine nicht-kapitalistische Ökonomie weiterzuentwickeln. D. h.: Wenn man aus der energiepolitischen Fehlentwicklung und der unfallträchtigen Ökonomie heraus will, muss man eine leistungsfähige Wirtschaft etablieren, die die technologischen Anforderungen zum Umbau des Energiesystems und der Infrastruktur bewältigen kann. Dies ist im Rahmen der Dominanz der Shareholder-Value-Orientierung, also des Vorrangs für Vermögens- und Eigentumstitel, nicht zu machen.

Eine vernünftige Zukunft ist nur durch einen Politikwechsel zu verwirklichen, der eine aktive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausgehend von den realen kapitalistischen Strukturen mehrheitsfähig macht: Es gilt, die bisherigen Ursachen für eine stagnierende, absturzgefährdete Ökonomie zu beseitigen und in dieser Arbeits- und Lebensweise mit großen technologischen Anstrengungen den Übergang zu einem neuen Energiesystem durchzusetzen.

Kapitalistische Marktwirtschaften produzieren soziale Ungleichheit. Im sozial regulierten Kapitalismus der Nachkriegsperiode war diese Ungleichheit auf ein weithin akzeptiertes Maß reduziert worden. Doch in den zurückliegenden Jahrzehnten ist dieser Ausgleichs- und Regulierungsmodus zerstört worden. Der Anteil der Lohnarbeit am Volkseinkommen sinkt, und die Auseinandersetzung um den Mindestlohn belegt, in welchem hohem Umfang mittlerweile

keine existenzsichernden Löhne mehr gezahlt werden.

Was weniger im Fokus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit steht, ist, dass unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus auch die allgemeinen Produktions- und Lebensbedingungen – also die Infrastruktur des gesamten Raumes – zunehmend prekär werden. Brückenzusammenbrüche, geborstene Dämme, marode Schienennetze u. a. sind der konkrete Ausdruck dieser Fehlentwicklung. Für die USA wird das Defizit bei der Erhaltung der Infrastruktur für die nächsten fünf Jahre auf 1,6 Billionen US-Dollar taxiert. Die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur sowie die öffentlichen Dienste haben nicht nur die Aufgabe, eine flächendeckende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sicherzustellen, sondern auch einen sozialen oder regionalen Ausgleich zu schaffen.

Bis in die 1970er Jahre hinein wurden die Strukturen der öffentlichen Güter und ihrer Produktion nicht in Frage gestellt. Anschließend setzt eine Tendenz zur fortschreitenden Privatisierung ein. Diese Transformation erstreckt sich sowohl auf die allgemeinen Bedingungen der Produktion, als auch auf die Institutionen sozialer Sicherung (Rente, Krankenversicherung etc.) sowie auf Kerninstitutionen des Staates. Wir werden solange keine wesentlichen Fortschritte in Richtung eines neuen Energiemix und einer anderen Produktions- und Lebensweise erreichen können, solange wir die Gestaltung dieser Bereiche selbst der Kapitalverwertung übertragen. Mit anderen Worten: Deutliche Fortschritte in Richtung regenerativer Energien müssen in eine Erneuerung und Modernisierung der gesellschaftlichen Infrastruktur eingebunden sein. Die mächtige Phalanx aus Big Business und Finanzmarkt-Akteuren widersetzt sich nicht nur einer neuartigen Vollbeschäftigungs- und Arbeitszeitpolitik, sondern zugleich werden das fossile Energiesystem und der Verfall der gesellschaftlichen Infrastruktur in Kauf genommen.

Schon Keynes warnte zurecht: „Wenn die kapitalistische Gesellschaft eine gleichmäßigere Einkommensverteilung verweigert ..., dann wird am Ende eine andauernde Tendenz in Richtung Unterbeschäftigung von Ressourcen diese Form der Gesellschaft schwächen und zerstören.“ Die Schlussfolgerung ist m. E. eindeutig: Nach der Rekonstruktion und mit der Herausbildung einer Vollbeschäftigungskonstellation gilt es, in die Verteilungsverhältnisse einzugreifen, den Übergang in einen neuen Energiemix durchzusetzen und durch Arbeitszeitverkürzung, die Ausweitung sozial-kultureller Dienste und die Förderung eines „sinnvollen“ Konsums den Übergang in eine andere Ökonomie zu organisieren.

Klimaschutz von links - Bilanz und Perspektiven parlamentarischer Arbeit

Rede von Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE

Liebe Freunde und Freundinnen, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

Ich will versuchen, einen Überblick darüber zu geben, welche Schwerpunkte die Linksfraktion im Bundestag im Klimaschutz und der Energiepolitik sieht.

Vorwegschicken möchte ich, was gestern Abend bereits im Mittelpunkt stand. Linke Klimapolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegentritt. Eine neue Energiearmut für die ohnehin von der Agenda 2010 Gebeutelten ist auf keinen Fall hinnehmbar.

Ebenso wenig hinnehmbar ist allerdings, eine konsequente Klimapolitik zu verschieben oder zu blockieren. Etwa wegen vermeintlich gefährdeter Arbeitsplätze, Strukturbrüche oder vielleicht sogar mit dem Hinweis auf den Kapitalismus, mit dessen Überwindung sich die meisten Umweltprobleme irgendwie quasi von selbst erledigen würden.

Erstens wäre das kompletter Unsinn, und zweitens haben wir ein Zeitproblem. Bis 2050 müssen wir hierzulande um 80 Prozent runter mit den Treibhausgas-Emissionen. Drittens - und das ist die gute Nachricht - hat eine fortschrittliche Energiepolitik weg von Atom, Öl und Kohle und hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien einen erheblichen Kollateral-Nutzen. Sie geht Hand in Hand mit Zielen, die die Linken ohnehin verfolgen.

Eine solche Politik ist Klimaschutzpolitik, das liegt auf der Hand. Sie ist aber gleichzeitig auch Friedenspolitik, weil sie den Verteilungskonflikten um die rasant schwindenden fossilen Ressourcen entgegen wirkt. Und sie ist Sozialpolitik. Weil sie die Energieversorgung von den ständig steigenden Preisen für Kohle, Öl, Gas und Uran abkoppeln kann. Am Donnerstag erreichte das Barrel Öl übrigens den absoluten Rekordpreis von 94 Dollar. Das Fass war damit fünfmal so teuer wie 1990.

Nicht zuletzt ist eine Politik für erneuerbare Energien und eine Rekommunalisierung der Stromversorgung im Kern antimonopolistisch. „Mehr Ökostrom gleich mehr Demokratie“, die Gleichung stimmt zwar nicht immer. Im Gegensatz zu den vielen Firmen der Ökostrombranche hat RWE nämlich einen Betriebsrat. Aber Bürgerstrominitiativen wie die Elektrizitätswerke Schönau zei-

gen, wo es lang gehen kann. Zudem schafft eine Energiewende deutlich mehr Arbeitsplätze, als sie kostet.

Es spricht also alles für eine mutige Politik zum Schutz der Erdatmosphäre. Doch im Bundestag ist es momentan gar nicht so einfach, sich als Klimaschützerin zu präsentieren. Da ist nämlich ein rabiater Wettbewerb ausgebrochen. Alle wollen den kleinen Eisbären vorm Ersaufen retten. Ganz vorne, an der Spitze der neuen Umweltbewegung, eilt die Bundeskanzlerin von Konferenz zu Konferenz. Hier in Hamburg hat es anscheinend auch Ole von Beust gepackt. Er hat ein Buch gelesen, hörte ich. Das von Al Gore. Vielleicht wird es deshalb in Hamburg bald mehr Radwege geben. Dann kommen die Vatzenfall-Experten später umweltfreundlich zu ihrem künftigen Arbeitsplatz - dem vom Bürgermeister protegierten neuen Steinkohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg.

Als eines der größten Kohlekraftwerke Europas würde es nach Fertigstellung im Jahr 2012 rund 40 Prozent mehr CO₂ ausstoßen, als die ganze Stadt bislang. Ähnlich im Bundestag: Von der CSU bis zur FDP - die Erde zu retten gehört mittlerweile zum guten Ton. Jedenfalls zwischen den Sekt-Terminen am Porsche-Stand auf der IAA oder zur Grundsteinlegung neuer Kraftwerksblöcke.

Nun, nicht alles ist Show. Auch hier sollten wir uns nichts vormachen. Der letzte Bericht des Weltklimarates hat der Umweltpolitik in allen Parteien einen enormen Schub gegeben, nicht zuletzt bei den LINKEN. Deshalb möchte ich trennen, nach dem was tatsächlich in Bewegung gekommen ist, und dem, was meiner Meinung nach weiterhin auf Eis liegt. Sei es, weil es Blockaden in der Koalition gibt, oder auch darum, weil es sich nur schwer in die Profit-Logik dieses Systems einbinden lässt.

Die Ziele der Bundesregierung sehen erst einmal gar nicht so schlecht aus. Deutschland will seine Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent mindern. Bundesumweltminister Gabriel räumt zwar selbst ein, dass mit dem kürzlich in Meseberg verabschiedeten Klimapaket nur rund 36 Prozent zu schaffen sind. Aber auch das wäre ja schon revolutionär. Es würde weit über das hinausgehen, was sich seinerzeit Rotgrün auf die Fahnen schrieb.

Umweltverbände und Wissenschaftler sind allerdings weitaus skeptischer: Schließlich wurde an vielen wichtigen Stellschrauben nicht oder nur wenig gedreht. Offensichtlich hatte insbesondere Wirtschaftsminister Glos wenig Ambitionen, sich mit Stromkonzernen, Hauseigentümern und Automobilherstellern ernsthaft anzulegen.

Ein paar Beispiele:

Vom Umweltministerium war ursprünglich vorgesehen, einen Ersatz der irrwitzig stromfressenden Nachtspeicheröfen vorzuschreiben. Das sollte mit klar festgelegten Fristen und finanzieller Unterstützung geschehen. Bravo. Doch das Wirtschaftsministerium hat später jede Menge Befreiungs- und Härtefallregeln in das Klimapakete hineinverhandelt und zudem die Fristen im Unklaren gelassen. Vor allem aber soll nun erst einmal eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft geprüft werden, Nachtspeicheröfen gegen Wärmepumpen auszutauschen. Es ist damit unklar, wann der ökologische und ökonomische Unfug beendet wird. Vielleicht deshalb, weil Nachtspeicheröfen den Energieversorgern ihr geliebtes Geschäft mit dem Nachtstrom sichern?

Was den Ausbau regenerativer Energien angeht, so ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz - bekannt als EEG - im Strombereich eine Erfolgsstory. In wenigen Jahren stieg durch die sicheren Einspeisevergütungen der Anteil von Ökostrom auf fast 12 Prozent. Das EEG soll weiter geführt werden, damit 2020 jede fünfte Kilowattstunde Strom aus Wind, Wasser, Biomasse oder Sonne produziert wird.

Zu begrüßen ist ebenfalls, dass bis zum Jahr 2020 der Anteil regenerativer Quellen an der Wärmeerzeugung von heute 6 auf 14 Prozent wachsen soll. Ob das geplante „Wärme-EEG“ dies leisten wird, ist allerdings fraglich. Denn es enthält zahlreiche Ausnahmen, die es durchlöchern.

Zurückgerudert wurde bei den Mindesteffizienzstandards für stromverbrauchende Produkte. Das Ganze soll nun lediglich auf EU-Ebene angestrebt werden.

Im Gebäudebereich besteht die Gefahr, dass Mieter in schlecht isolierten Wohnungen künftig noch mehr draufzahlen, während manche Hauseigentümer im Nichtstun verharren. Die Bundesregierung will hier die Heizkostenabrechnungen stärker verbrauchsabhängig machen. Ob die Mieter aber im Gegenzug notfalls die Heizkostenrechnung kürzen können, soll erst einmal „geprüft“ werden. Dies wäre aber notwendig, etwa wenn sich Vermieter weigern, stromfressende Nachtspeicheröfen oder antike Heizsysteme auszutauschen.

Und: Wer sämtliche Maßnahmen des Klimaschutzpaketes unter Finanzierungsvorbehalt stellt, muss sich nicht wundern, wenn das Ganze nur als Ankündigungsfeuerwerk wahrgenommen wird. Völlig fehlt, wie es ab 2012 mit dem Emissionshandel weitergehen soll. Da die Kohlemeiler Deutschlands größte CO₂-Schleudern sind, hätte dazu etwas im Programm stehen müssen.

Das möchte ich ein wenig genauer erklären. Auch deshalb, weil ein nicht unerheblicher Teil der Strompreiserhöhungen in den letzten zwei Jahren dem Emissionshandel geschuldet ist. Hier wird deutlich, wie Klimapolitik auf Druck der Wirtschaft von den Herrschenden diskreditiert wird. Die Idee geht so: Für den Kraftwerksbereich und für große Industrieanlagen soll der Emissions-

handel das Hauptinstrument im Klimaschutz sein. Die Anlagenbetreiber bekommen eine begrenzte Anzahl an Emissionsrechten, sogenannte handelbare Emissionszertifikate. Wer mehr ausstößt muss am Markt zukaufen, wer weniger ausstößt, kann die Dinger gewinnbringend verkaufen.

Klimaschutzinvestitionen werden so belohnt und dreckige Anlagen bestraft. Zudem soll das Ganze - bei gleicher CO₂-Einsparung - für die Wirtschaft billiger werden, als wenn starre Emissionsobergrenzen für jede Anlage festgelegt würden. Soweit die charmante Idee. In der hässlichen Praxis jedoch wurden in Europa und Deutschland seit dem Start des Systems im Jahr 2005 deutlich mehr Emissionsrechte ausgegeben, als überhaupt Kohlendioxid ausgestoßen wurde. Wenn aber die Obergrenze, also das klimapolitische Ziel, nicht stimmt, dann ist das gesamte Instrument ein Witz.

Diese Politik wollte Deutschland bis 2012 weiterführen. Nur auf Intervention der Europäischen Kommission hin hat die Bundesregierung schließlich die Emissions-Obergrenze für die nächste Handelsperiode abgesenkt. Die Anlagen müssen nun jährlich im Schnitt wenigstens 1,5 Prozent Kohlendioxid einsparen. Auch das ist keine Revolution. Vor allem aber kommt es weiterhin zu massiven Verteilungsproblemen.

Wie Ihr vielleicht wisst, tun die Unternehmen so, als ob sie den Marktpreis für die Emissionsrechte tatsächlich bezahlt haben. Dabei wurden sie ihnen vom Staat geschenkt. Der Strompreis steigt, Extragewinne bei den Stromkonzernen in Milliardenhöhe sind die Folge.

Der Strompreis würde natürlich genauso steigen, wenn die Emissionsrechte vom Staat verkauft oder versteigert würden. Der Preisanstieg an sich ist auch nicht unsere Kritik. Die Umwelt soll ja tatsächlich ihren Preis haben. Was wir aber verurteilen ist, wenn die Umweltpreise zu Konzerprofiten werden, anstatt in die Staatskasse zu fließen! Dem Bundesetat gehen durch die kostenlose Vergabe bis 2012 jährlich rund sieben Milliarden Euro verloren. Das sind Einnahmen, die die Bundesregierung - wenn sie sie hätte - dafür verwenden könnte, ärmeren Haushalten Heiz- und Stromkostenzuschüsse zu zahlen. Also Mittel, die einen Spielraum zur sozialen Abfederung des ökologischen Umbaus schaffen würden.

Wenn ich diese Rechnung im Bundestag aufmache, erklären mir die Vertreter der Koalition immer, die EU habe doch vorgeschrieben, die Rechte zu verschenken. Dazu sind zwei Dinge zu sagen:

Erstens hat die Bundesregierung erheblich daran mitgewirkt, dass die EU-Emissionshandelsrichtlinie so aussieht, wie sie gegenwärtig ist.

Zweitens gab und gibt es von der Bundesregierung keinerlei Bemühungen, in irgendeiner Weise die Extraprofite der Stromkonzerne aus dem Emissions-

handel abzuschöpfen, etwa durch eine Extragewinn-Steuer. Und das ist der Skandal: Noch bis 2012 werden mehr als 90 Prozent der Emissionsrechte an die Konzerne verschenkt.

Die LINKE ist im Bundestag leider die einzige Partei, die nicht nur für eine 100-prozentige Versteigerung gekämpft hat, sondern auch dafür, die zwischenzeitlich anfallenden Extraprofite über eine Extrasteuer einzuziehen. Doch nicht einmal die Grünen ziehen da mit.

Durch die Zusatzgewinne wird der Emissionshandel im Übrigen auch seiner ökologischen Lenkungswirkung beraubt. Ein Grund dafür, dass hierzulande zeitweise rund 40 neue Kohlekraftwerke in Planung waren und größtenteils noch sind. Werden sie tatsächlich gebaut, laufen sie erst einmal 40 bis 50 Jahre. Unsere Klimaschutzziele können wir dann vergessen.

Ohnehin wurden in der Bundesrepublik zwei Drittel der CO₂-Einsparungen in den ersten drei Jahren nach der Wende erzielt. Wir wissen alle, warum - der Osteffekt. Danach ist nicht mehr viel passiert. Und es wird vielleicht nicht mehr viel passieren, denn mit im Zusammenhang mit dem Emissionshandel gibt es noch eine weitere offene Flanke für den deutschen Klimaschutz.

Dabei geht es um den sogenannten CDM-Mechanismus. Danach kann ein Unternehmen eines Industrielandes durch Klimaschutzprojekte in einem Entwicklungsland Emissionsgutschriften erwerben. Die Rechte kann es sich zu Hause auf die eigene Klimaschutzverpflichtungen anrechnen lassen. Bei gleichem Beitrag zum globalen Klimaschutz wäre das Ganze für alle Beteiligten preiswerter, sagen die Befürworter. Schließlich stünden im Süden viele uneffiziente Anlagen, die man mit geringem Aufwand modernisieren oder ersetzen könnte. Und dem Weltklima sei es egal, wo das CO₂ eingespart werde.

In der Praxis ist RWE beispielsweise dabei, 22 Wasserkraftwerke in China zu bauen, die alte Kohlekraftwerke ablösen sollen. Dafür bekommt der Konzern dann über Jahrzehnte von den Vereinten Nationen Zertifikate über die Höhe der dadurch eingesparten CO₂-Emissionen. RWE wird diese Gutschriften in Deutschland vielleicht dafür nutzen, den zusätzlichen CO₂-Ausstoß des gigantischen neuen Braunkohle-Kraftwerks Neurath in NRW abzurechnen. Rund 30 Millionen Tonnen soll das Ding nach Fertigstellung im Jahre 2010 jährlich in die Luft blasen. Das entspricht fast dem jährlichen CO₂-Ausstoß Neuseelands!

Nun stellen sich gerade in China einige Fragen nach der sozialen und ökologischen Verträglichkeit weiterer Wasserkraftwerke. Das eigentliche Problem bei CDM ist jedoch, dass es bei einer erheblichen Anzahl von Projekten - ich meine jetzt nicht RWE - offensichtlich zu massivem Betrug kommt.

Es werden insbesondere in Indien und China Emissionsminderungen abgerechnet, die in dem Umfang gar nicht erfolgen. Ein Expertenhearing unserer Fraktion im September hat in Deutschland erstmalig das Ausmaß solcher Manipulationen öffentlich gemacht. Rund ein Drittel bis die Hälfte der CDM-Projekte in Asien produzieren solche faulen Gutschriften!

Warum habe ich das jetzt so ausführlich erklärt?

Deutschland will bis 2012 jährlich nicht weniger als 90 Millionen Tonnen über Klimaschutzprojekte im Ausland im Emissionshandel zulassen. Bis dahin haben die emissionshandelspflichtigen Anlagen aber nur Einsparverpflichtungen von rund 30 Millionen Tonnen. Sind also nur ein Drittel der eingeführten CDM-Zertifikate faul, so ist der Beitrag des deutschen Emissionshandelssektors zum globalen Klimaschutz gleich Null!

Aus diesem Grund hat sich die LINKE dafür ausgesprochen, auf UN-Ebene die Anerkennung von CDM-Projekten zu stoppen. Der Stopp soll solange gelten, bis bei der Zertifizierung der Projekte Manipulationen ausgeschlossen sind. Neben dem Emissionshandel gibt es noch ein anders Zauberwort in der Klimadebatte. Und auch hier ist etwas faul. Das Zauberwort heißt CCS - Carbon Capture and Storage. Kraftwerksemissionen sollen abgeschieden, verflüssigt und unterirdisch verpresst werden. Die Stromversorger versprechen hier das Blaue vom Himmel. Fest steht aber, dass die Abscheidungs-Technik - wenn es sie überhaupt geben wird - frühestens 2020 zur Verfügung stehen wird. Dann ist aber bereits ein Drittel des Kraftwerksparks erneuert worden.

Ferner weiß bis heute niemand, ob wir uns mit dem verflüssigten CO₂ nicht ein neues und gigantisches Endlagerproblem unter die Schuhsohlen pressen. Es sind ja über die Jahre Milliarden Tonnen, die da in Salzwasserschichten und Kavernen verschwinden sollen. Zudem wird der ganze Spuk extrem teuer. Warum, so frage ich, nutzen wir nicht die Gelder und bauen dafür lieber einen internationalen Stromverbund für erneuerbare Energien? Warum forschen wir nicht mit den Milliarden, um die Effizienz bei der Nutzung von Biomasse zu erhöhen oder den öffentlichen Verkehr auszubauen?

Ich denke, dass wir uns von Scheinlösungen verabschieden müssen. Dazu gehört neben dem Technologieverprechen CCS, welches nur die Tür für die Kohleverstromung offen halten soll, auch die Forderung nach längeren Laufzeiten für AKWs. Atomkraftwerke sind nicht nur unverantwortlich im Betrieb und bei der ungelösten Endlagerfrage. Auch die Uran-Vorräte gehen in rund 50 Jahren zur Neige.

Wie im Stromsektor sollten wir uns auch im Verkehr keinen Bären aufbinden lassen. Beim Tempolimit wird laviert, die Bahn wird privatisiert. Nun soll sogenannter Biosprit die Autogesellschaft grün anstreichen. Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2020 den Anteil der aus Pflanzen gewonnenen

Kraftstoffe von gegenwärtig gut sechs auf 20 Prozent anzuheben. Diese hohe Quote würde dann aber das Potential der hiesigen Anbauflächen weit übersteigen. Agrartreibstoffe müssten massiv importiert werden. Doch schon jetzt werden infolge des Biospritbooms Regenwälder in Borneo oder am Amazonas abgeholzt.

Ich bin der Meinung: Die Mobilitäts-Probleme in Deutschland müssen auch in Deutschland gelöst werden. Und nicht zulasten der letzten Tropenwälder und auf dem Rücken der dort lebenden Menschen.

Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Gäste,

gestern wurden ausführlich unserer Forderung erläutert, die Stromnetze zu verstaatlichen und wenn möglich, die Energieversorgung zu rekommunalisieren. Darum möchte ich jetzt nichts dazu ausführen. Klar ist aber, dass Strukturen her müssen, die eine radikale Energiewende befördern und nicht behindern.

Viele Vorschläge der Fraktion dafür findet Ihr zusammengefasst in unseren ausliegenden Anträgen zum Nationalen Klimaschutzprogramm und zum Netzeigentum. In dem Antrag fordern wir unter anderem, dass unbefristete Betriebsgenehmigungen für neue Kondensationskraftwerke nur dann erteilt werden, wenn diese nicht mehr CO₂ ausstoßen, als momentan ein Gaskraftwerk. Ansonsten ist die Betriebsgenehmigung auf maximal zehn Jahre zu begrenzen. Sie kann verlängert werden, wenn Techniken nachgerüstet werden, die zur Erfüllung des Gas-Standards führen. Spannend wäre dann, ob sich RWE und Vattenfall wirklich noch so sicher wären, dass die Abscheidung und Verpressung von Kraftwerksemissionen sicher funktioniert und bezahlbar ist. Mit unserem Vorschlag preisen wir also quasi dieses Risiko in die Kohle mit ein. Quasi Marktwirtschaft pur, das sollte sogar der FDP gefallen. Tut es aber nicht.

Es wäre schön, wenn wir uns in den AGs heute über diesen und andere Vorschläge streiten könnten. Unstrittig sollte nur eins sein: Die LINKE wird sich künftig deutlich mehr in die Umweltpolitik einmischen als bisher. In Parlamenten, in Verbänden und natürlich vor Ort. Dabei gleichermaßen das soziale und ökologische Profil zu schärfen, ist eine spannende Herausforderung. Dafür wünsche ich uns nicht nur Mut, Grips und Ungeduld, sondern ab und zu auch mal einen ruhigen Blick für das, was es zu bewahren gilt.

Eine wunderbare natürliche Umwelt.

Solare Energiewende als Jobmotor?

Vortrag im Forum 2 „ARBEIT – Solare Energiewende als Jobmotor?“ von Dr. Judith Dellheim, DIE LINKE

Schon die Überschrift weist auf Probleme hin – zumindest auf drei:

1. „Jobs“ müssen weder existenzsichernd sein, noch attraktiv, schon gar nicht sinnvoll und daher insbesondere persönlichkeitsfördernd und gesundheitsverträglich.
2. Begibt man sich nicht etwa in eine Falle, wenn man auf das „Totschlagargument Arbeitsplätze“ springt? Denn wäre die solare Energiewende nicht auch notwendig, wenn sie eben kein „Jobmotor“ wäre?
3. Selbstverständlich interessiert Menschen unter sozialem Druck, inwiefern die Einsicht in die Notwendigkeit für sie mit sozialer Sicherheit und mit dem Erhalt bzw. Gewinn an Lebensqualität hier und heute verknüpft sein kann. Dazu gehört die Prognose zur Entwicklung von Arbeitsplätzen. Aber zum einen gehört zur Lebensqualität (viel) mehr. Zum anderen hilft Menschen in den Looser-Regionen der Hinweis auf Berechnungen zum Zuzug an Arbeitsplätzen auf der Bundesebene gar wenig.

Ich warne daher vor der Suche nach einfachen Lösungen für komplizierte Probleme und vor einem „Spiel“ mit Zahlen, im Sinne von Berechnungen ohne regionale Grundlage. Anders gesagt: Die Prognosen müssen regional gestützt sein und sehr verschiedene beschäftigungswirksame Maßnahmen berücksichtigen.

Zugleich möchte ich die zentrale These aufstellen, dass die Herausforderung für moderne Linke darin besteht, **den Einstieg in die demokratisch und solidarisch zu realisierende solare Energiewende mit Engagement für andere Produktions- und Lebensweisen zu verbinden – insbesondere für die politische und wirtschaftliche Dezentralisierung, für eine demokratische öffentliche Investitionspolitik, die sich an beschäftigungspolitischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen orientiert. Es geht damit zugleich um Kämpfe gegen jene Tendenzen, die die Gesellschaft und die Natur zerstören - für die gesellschaftspolitische Umwertung von gesellschaftlich notwendiger bzw. gesellschaftlich nützlicher Arbeit, für Schritte hin zu einer Vollbeschäftigung neuer Art. Es geht um das politische Ringen für einen demokratischen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft, der wesentlich ein Umbau des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist.**

Es geht hier also nicht (einfach) um eine „solare Energiewende als Jobmotor“, sondern um die solare Energiewende im Kontext mit gesellschaftlichen Veränderungen, die vor allem Armut und soziale Ausgrenzung – und damit Arbeitslosigkeit -, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Kriege und Militarisierung, Repressionen und schwindende demokratische Handlungsmöglichkeiten überwinden.

Es geht also um eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation.

Ich bin mir sehr wohl des Widerspruchs bewusst, dass sofort machbare Lösungen erwartet werden. Aber wenn diese der Einstieg in eine andere gesellschaftliche Entwicklung sein sollen, muss ich schon sagen, worin das „Andere“ bestehen soll.

In unserem „Diskussionsangebot zur solaren Energiewende als Herzstück des sozialökologischen Umbaus“¹ ist „sozialökologischer Umbau“ wie folgt definiert:

„Sozialökologischer Umbau beschreibt einen reflexiven, fortwährenden Such- und Transformationsprozess, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Strukturen so verändert werden, dass die sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessert werden. Zugleich verändern die Menschen ihre Lebensweisen, insbesondere ihr wirtschaftliches Handeln, so dass ihre natürlichen Lebensbedingungen und die ökologische Mitwelt (Biosphäre) bewahrt werden, gesunden und gesund bleiben.“

Damit gehen Umbrüche in den Wechselverhältnissen von Wirtschaft und Gesellschaft einher, von Gesellschaft und Natur, der Individuen untereinander – auch und insbesondere in ihren pluralen Geschlechterverhältnissen, der Individuen zu ihren Körpern und zur Natur. Dabei erfahren die handelnden Akteure, ihr Denken, ihr Instrumentarium und ihr Agieren, ihr Politikverständnis und ihre Politikkonzepte tiefgreifende Wandlungen. Die Produktions-, Reproduktions- und Regulierungsweisen der Gesellschaft werden bei Anerkennung der Reproduktionserfordernisse der Biosphäre und gesunder menschlicher Individuen so umgebaut, dass die einzelnen Menschen schrittweise selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können.

Grundbedingung für den erfolgreichen Einstieg und Fortschritt des sozialökologischen Umbaus ist die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, wobei sich die Anforderungen an kritische Wissenschaft verändern.“

¹ Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der LINKEN, Beiträge zur Wirtschaftspolitik 2007, Demokratische und solidarische Energiewende – Herzstück des sozialökologischen Umbaus, Berlin.

Bei diesem Verständnis von „sozialökologischem Umbau“ erweist sich die bereits erwähnte gesellschaftspolitische Umbewertung von gesellschaftlich notwendiger bzw. nützlicher Arbeit als eine zentrale Frage.

Gesellschaftlich notwendige oder gesellschaftlich nützliche Arbeit ist Arbeit zur Reproduktion aller Gesellschaftsmitglieder, die zunehmend selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können sollen. Diese Arbeit muss demokratisch organisiert sein, die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Gesellschaftsmitglieder erhalten und verbessern.

Dieses Herangehen widerspricht dem Mainstream und setzt zugleich bei ihm an, denn auch der Mainstream reflektiert zunehmend die Notwendigkeit zu Veränderungen. Er zwingt dazu, dass – wenn schon erneuerbare Energien oder solare Energiewende – diese mit mehr Jobs in Folge von „Globalisierungsgewinnen“ verbunden werden sollen.

Und so gehen die sogenannten „ökologischen Modernisierungsszenarien“, die erneuerbare Energien mit Beschäftigungszuwächsen verknüpfen, vom Erhalt bzw. der Zunahme deutscher Anteile an den Weltmärkten aus. Sie akzeptieren oder unterstützen, was in der öffentlichen Debatte mit „den Herausforderungen der Globalisierung entsprechen“ gemeint ist.

Linke Kritik und alternative Konzepte für einen demokratischen Einstieg in den wirtschaftlichen Strukturwandel, der mit einer solaren Energiewende verknüpft ist, müssen selbstverständlich ebenfalls der Tatsache Rechnung tragen, dass die deutsche Volkswirtschaft stark exportorientiert ist. Das ist klar, denn es geht um eine Transformation im Unterschied zur Revolution. Da müssen sich Linke sehr wohl „einen Kopf“ um weltmarktfähige energie- und ressourcensparende und umweltschonende Technologien machen.

Linke Kritik und Konzepte müssen aber zugleich mindestens vier weiteren Tatsachen Rechnung tragen:

1. Wenn es Globalisierungsgewinner geben soll, dann muss es auch Globalisierungsverlierer geben. Und das bedeutet unter den Bedingungen konkreter globaler Konkurrenz Zuspitzung statt Linderung und Lösung sozialer und globaler Probleme. - Die regierungsoffiziell bis 2020 modellierten möglichen 300 000 (bis 2030 dann 330 000) zusätzlichen Jobs im Bereich erneuerbarer Energien setzen auf eine Steigerung der deutschen Anteile an den Weltmärkten für Maschinen, Ausrüstungen und Technologien.²
2. Die Verteidigung und Eroberung von Weltmarktanteilen bedeuten Produktionskonzentration. Damit wachsen erneut regionale Disparitäten, schwin-

² Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), 2006, Erneuerbare Energie. Arbeitsplatzeffekte. Wirkungen des Ausbaus erneuerbarer Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt. Kurz- und Langfassung, Berlin.

den regionale Entwicklungspotenziale und damit Möglichkeiten für sinnvolle Arbeitsplätze in Regionen. - Ich verweise darauf, dass Minister Gabriel die KMU-Struktur als Hemmnis für die „Internationalisierung“ im Hightechbereich beklagt. Die dezentrale Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien aber müssen mit der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen verbunden sein.

3. Wer Globalisierungsgewinner bleiben will, kann nicht die solare Energiewende mit der gebotenen Konsequenz angehen, wozu – hier kurz angemerkt - insbesondere eine entschiedene Wende in der Außen- und Entwicklungspolitik gehört. Ich zitiere unsere Regierenden: „Energie aus regenerativen Quellen und eine emissionsreduzierte, effizienzgesteigerte konventionelle Kraftwerkstechnologie sind die Bausteine der globalen Märkte der Zukunft.“ Und so sagt Minister Gabriels Memorandum, dass im Energiemix des Jahres 2020 weiterhin die fossilen Rohstoffe mehr als 50 Prozent zur Energieerzeugung beitragen werden. Daraus ergibt sich ein jährliches Marktwachstum von 5 - 10 Prozent in der Kraftwerkstechnik. Prozentual soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromerzeugung bis 2030 leicht zunehmen und auf 19 Prozent steigen. In absoluten Zahlen wäre das eine Steigerung um ca. 60 Prozent. – Wäre es nicht so traurig, könnte man darüber lachen.³
4. Dass die Anlage großer Plantagen zur Produktion von Biosprit und ein entsprechender Import zumindest in den Exportländern Arbeitsplätze, Sozialstrukturen und Umwelt zerstören, liegt auf der Hand. Dass damit Exporte zur Bezahlung und insgesamt große Verkehrsströme und erneute Umweltbelastungen verbunden sein müssen, ebenfalls. Dabei schwinden insgesamt auch im eigenen Land die Nettobeschäftigungseffekte aus der Anwendung erneuerbarer Energien.

Ergo: Arbeit für „Globalisierungsgewinne“ statt Menschen kann – entsprechend der obigen Definition – letztendlich nicht gesellschaftlich nützlich sein. Sozialökologischer Umbau mit dem Herzstück demokratisch und solidarisch zu realisierende solare Energiewende kann sich nicht an „Herausforderungen der Globalisierung“ orientieren.

Gabriels Memorandum sagt: „Wie wir leben werden und wie die Qualität des Lebens sein wird, wird davon abhängen, ob wir es schaffen, die Märkte der Zukunft umweltverträglich auszugestalten und in eine ‚dritte industrielle Revolution‘ zu investieren.“ (S. 10)

³ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), 2006, Ökologische Industriepolitik, Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung, Berlin, 13 – 14.

Er hätte ja Recht, würde er vor allem lokale und regionale Märkte meinen. Das wäre auch die Voraussetzung dafür, dass die Stoff- und Energieumsätze und damit der Verkehr drastisch reduziert werden können.

Ich werbe also – und stütze mich dabei auf Modellprojekte in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen, auf lateinamerikanische und afrikanische Szenarios und auf alternative globale Programme – für ein Herangehen, das zugleich lokale und regionale Beschäftigungs- und Entwicklungspotenziale erschließt und gegen vier zerstörerische Tendenzen vorgeht:

1. Krieg/militärische Konflikte und Militarisierung,
2. Armut, soziale Ausgrenzung – insbesondere Arbeitslosigkeit -, wachsende soziale Spaltungen,
3. Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, des Klimas, der Ökosysteme, Artensterben,
4. schwindende demokratische Gestaltungsmöglichkeiten, Entdemokratisierung und (wachsende) Repressionen.

Ich meine, dass dieses Vorgehen die gesellschaftspolitische Umbewertung von gesellschaftlich nützlicher Arbeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Befriedigung der Bedürfnisse vor allem der lokalen und regionalen Bevölkerung zu einem zentralen Inhalt hat. Dazu gehören zwangsläufig die Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien und eine eher dezentralisierte Wirtschaftsentwicklung.

Konkreter:

1. Dass die Konversion und Deeskalierung – insbesondere von Ressourcenkonflikten - mehr Arbeitsplätze – insbesondere in der Forschung, Demontage und Entsorgung von Waffen, im Konfliktmanagement und in der Prävention erfordern als die jeweiligen Gegenteile, ist seit den Tagen des Rüstungswettlaufes zwischen „den beiden Weltsystemen“ hinlänglich bekannt. Auch, dass die Überwindung von Ressourcenkonflikten mit der Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energie verbunden ist. – Ebenso, dass der Abriss von Kraft- und Chemiewerken durchaus mit beschäftigungswirksamer Folgenbewältigung und mit neuen Entwicklungen einhergehen kann.
2. Dass zum Kampf gegen Armut und soziale Spaltungen sowohl die Umverteilung von Einkommen, Ressourcen und Arbeit – u. a. durch Arbeitszeitverkürzung bei gestaffeltem Einkommensausgleich - gehört, ist ebenfalls seit langem bekannt. UN-Programme zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit und EU-Programme zur Förderung strukturschwacher Regionen bei Stärkung sozialer Kohäsion haben überzeugend nachgewiesen, dass die gezielte dezentrale Erschließung und Nutzung erneuerbarer

Energien sozial integrierende Nachfrage nach Arbeit und Einkommen schaffen helfen können.

3. Dass erneuerbare Energien nicht per se gut sind, liegt angesichts erbrachter Erfahrungen auf der Hand – siehe die entsprechenden Großprojekte wie Plantagen und Wasserkraftwerke. Aber es liegt auch auf der Hand, dass die Bekämpfung der globalen Erwärmung, von Artensterben und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ohne arbeitsintensive Energieeinsparung und dezentrale Erschließung erneuerbarer Energien chancenlos ist. Und dass die Gesundung bereits zerstörter Natur enorm viel Arbeit erfordert.
4. Die gesellschaftspolitische Umbewertung von gesellschaftlich nützlicher Arbeit gelingt nicht ohne Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, denn sie setzt z. B. voraus, dass heute sozial Ausgegrenzte gehört werden, wenn sie sagen, was sie brauchen. Die Umbewertung geht einher mit der Mehrung von öffentlichem Eigentum, mit Konversion, mit der Erschließung neuer Beschäftigungsfelder, mit der Dezentralisierung und Regionalisierung von Produktion und gesellschaftlichem Leben, mit Arbeitszeitverkürzung, mit sinnvoller öffentlich geförderter Beschäftigung und mit einer die zuvor genannten Wege unterstützenden Arbeitsmarktpolitik. Das sind Schritte hin zu einer Vollbeschäftigung neuer Art. Sie sind nicht möglich ohne die konsequente Einsparung des Energie- und Ressourcenverbrauchs, der Erhöhung der Energieeffizienz und den konsequenten Übergang zur vorrangigen Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien.

Der Beginn dieser Entwicklung ist – wie Beispiele zeigen – sofort möglich, denn sofort können

- öffentliche Gebäude und Einrichtungen zu Orten von Energieeinsparung und sinnvoller Energieanwendung werden,
- Programme zur Sanierung des Gebäudebestandes erweitert und neu aufgelegt werden,
- Geschwindigkeitsbegrenzungen und Grenzwerte für große Energieverbraucher festgelegt werden,
- Aus- statt Stand-by-Schaltungen zur Anwendung kommen,
- die Aufforstung und die Sanierung devastierter Flächen begonnen werden,
- öffentliche Investitionen, Subventionen, Förderungen anders eingesetzt werden, insbesondere für die Entwicklung von Regionen,
- beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzungen realisiert werden,
- der Einstieg in Konversion und eine andere Entwicklungspolitik beginnen,
- die Prinzipien des Wachstums- und Stabilitätspaktes für die Einsparung von Energie, die Reduzierung von klimaschädigenden Gasen und den Abbau von Arbeitsplätzen zur Anwendung kommen.

Nord-Süd-Konflikt und Klimawandel

Vortrag im Forum 3 „GERECHTIGKEIT - Energie- und Klimapolitik als Frage transnationaler Gerechtigkeit“ von Marko Ferst, Ökologische Plattform bei DER LINKEN

Diejenigen, die am wenigsten Treibhausgase verursacht haben, werden die Folgen als erste und am härtesten zu spüren bekommen, und sie können sich am wenigsten davor schützen. Viele Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika werden besonders betroffen sein. Dort weiten sich extreme Unwetter viel schneller zu Katastrophen aus. Gleichwohl dürften die Folgen sehr unterschiedlich ausfallen in den einzelnen Weltregionen. Z. B. sind nicht nur etliche Pazifikinseln durch einen Meeresspiegelanstieg bedroht, in Bangladesch müssten bei einem Meter Anstieg des Ozeans 70 Millionen Menschen umgesiedelt werden, die Reisproduktion dort würde sich halbieren.

Laut WHO sterben schon heute jährlich 150 000 Menschen an den Folgen des Klimawandels. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in Trockengebieten, ein Viertel der bewohnten Erdoberfläche ist von Verwüstung bedroht. Eine ungebremschte globale Erwärmung trifft in zahlreichen armen Staaten auf eine bereits sehr fragile soziale Situation. Schon um 2000 herum registrierte man jährlich 25 Millionen Umweltflüchtlinge. Diese Ströme werden gewaltig anschwellen, wenn sich die verschiedenen Klimaauswirkungen potenzieren. Besonders in den Transit- und Zielländern solcher Fluchtbewegungen steigt die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Auch aus anderen Gründen bestehende Krisensituationen könnten sich aufschaukeln.

Während wir im Norden darüber reden, wie wir zu einer vollständigen solaren Energiewende gelangen können und mit einem Bruchteil der heutigen Ressourcen auskommen, stellen sich in vielen armen Ländern die Herausforderungen viel existenzieller dar. Ein Drittel der Menschheit lebt ohne elektrischen Strom. Ein Anschluss an zentrale Energienetze ist oft nicht in Sicht. Dezentrale Versorgung auf der Basis erneuerbarer Energien wäre oft die einzig sinnvolle Chance. Punktuell in kleinem Ausmaß sind entsprechende Programme auch gefördert worden, wie in Marokko oder Indien. Dies wäre eine der zentralen Aufgaben einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien auf UN-Ebene. Die Linke unterstützt den Aufbau einer solchen Einrichtung. Zugleich müssen Institutionen wie die Weltbank dazu veranlasst werden, die finanzielle Förderung der fossilen Energieerzeugung einzustellen. Einstweilen kann aber auch eine internationale Bank für erneuerbare Energien und Energieeffizienz hilfreich sein. Gerade die Idee der Kleinkredite für Familien dürfte auch in diesem Bereich höchst wirksam sein, wenn damit be-

rufliche Möglichkeiten verknüpft sind.

Solange die Regierungen der Industrieländer eine Perspektive anstreben, die auf ein „starkes Wirtschaftswachstum“ setzt und man mit einem globalen Energiebedarf rechnet, der bis 2030 noch einmal um 60 % steigen würde, wird am Ende der Untergang der heutigen Zivilisation stehen. Diese Steigerungswünsche sind nachzulesen im Kommuniqué des Gleneagler G8-Gipfels zu „Klimawandel, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung“.

Eine Milliarde Menschen lebt weltweit in Slums. Ein Fünftel der Erdbevölkerung hat weniger als einen Dollar am Tag zur Verfügung. Häufig bringen auch normale Beschäftigungsverhältnisse nicht genug ein. Fast drei Milliarden Menschen verdienen zu wenig, um über zwei Dollar Einkommen am Tag zu kommen. Eine exportorientierte Landwirtschaft gefährdet allzu oft die regionale Selbstversorgung und an anderer Stelle unterminieren hoch subventionierte Lebensmittel aus den reichen Industriestaaten den Lebensunterhalt der Bauern im Süden. Durch die stetig zunehmende Ölknappheit werden in Zukunft immer mehr Felder zu Treibstofflieferanten. Unterernährung für den Mobilitätswahn der reicheren Bevölkerungsteile wird die Folge sein.

Eine ökologische und gerechte Perspektive bedeutet, dass zuerst die eigene Versorgung sichergestellt wird, bevor man darüber hinaus Handel treibt. Doch neoliberale Strukturanpassung, Schuldenabbau im Sinne von IWF und Weltbank führen in aller Regel zur Zerstörung sinnvoller regionaler Wirtschaftskreisläufe. Gelöst werden muss das Problem der Überschuldung der Entwicklungsländer. 2006 waren 3,2 Billionen US-Dollar aufgelaufen. Ohne Schuldenerlass gibt es keine sinnvollen Perspektiven. Dieser muss freilich so geschehen, dass danach nicht neue Schulden aufgenommen werden für militärische Aufrüstung oder Spielräume entstehen, die durch schlechte Regierungsführung zu Geldflüssen führen, die in korrupten Strukturen enden. Insofern sollten Erlasse schon an Maßnahmen für Bildung, soziale und ökologische Bedingungen geknüpft werden. Entwicklungszusammenarbeit, die auf eine nachholende Entwicklung zielt und nur die Modelle der Industriestaaten zum Vorbild nimmt, ist keine wirkliche Lösung mehr. Gleichwohl setzt sich die LINKE für eine Erhöhung der Mittel auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts ein, wofür eine sinnvolle Verwendung gestritten werden muss. In dem Zusammenhang ist ein schweres Manko anzusprechen. Wir hatten in der PDS eine Zeit lang die AG Internationalismus. Höchste Zeit, dass sich eine analoge AG der Süd-Nord-Thematik wieder annimmt.

Es wäre völlig vermessen, wollte man den ärmsten Ländern eine Steigerung ihrer Klimagasemissionen völlig verwehren. Jeder Deutsche stößt im Jahr 12 Tonnen der verschiedenen Klimagase aus. Zudem haben die Industriestaaten eine gigantische ökologische Schuldenlast aufgebaut, wenn man die Emissionen der Vergangenheit mit einbezieht. Die reichen Staaten müssen

dabei unterstützen, dass künftig Technologien und Produkte Vorrang bekommen, die eine ressourcenleichte Wirtschaftsweise ermöglichen. Die Fehlentwicklungen in den reichen Industrieländern dürften nicht nachvollzogen werden. Das setzt voraus, dass in den Industrieländern konsequent umgesteuert wird. China produziert derzeit jährlich 2,6 Millionen PKW. Würde in Europa und Deutschland auf eine ökoeffiziente und bezahlbare Bahn gesetzt, statt dass man eine Strecke nach der anderen stillgelegt, kämen vielleicht auch Schwellenländer auf die Idee, andere Prioritäten zu setzen.

Verantwortung übernehmen müssen die armen Länder jedoch beim Bevölkerungswachstum. Viele Entwicklungsländer haben höchste Wachstumsraten. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stieg die Erdbevölkerung um jährlich 78 Millionen Menschen. Das zukünftige Bevölkerungswachstum hängt unmittelbar mit dem Bildungsgrad der Frauen zusammen. Zugleich spielen Rentensysteme zur Absicherung des Alters eine wichtige Rolle, auch kulturelle Faktoren. Die Familien sollten zu erschwinglichen Preisen oder kostenfrei Verhütungsmittel erhalten können.

Es kann nicht darum gehen, den chinesischen Politikstil der Ein-Kind-Politik zu kopieren, der oft genug auch von schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet war. Aber es macht einen gravierenden Unterschied, ob 2050 acht oder elf Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Auch viele Diskussionen in Deutschland sind grotesk. Im Kontext der ökologischen Begrenzungskrise ist es eher ein Gewinn, wenn in Deutschland 2050 nur noch 70 oder 65 Millionen Menschen leben. Selbstverständlich muss sich die Gesellschaft den Problemen der vorübergehenden Überalterung stellen.

Erinnert sei an den einst viertgrößten See der Erde. Ab einem bestimmten Zeitpunkt war er nicht mehr zu retten, obwohl noch Fische zu fangen waren. Heute beeinträchtigt das ausgewehrte Salz des Aralsees über Hunderte von Kilometern landwirtschaftliche Flächen, viele Bewohner flüchteten aus der Region. Mit anderen Rahmenbedingungen wiederholen wir dieses Experiment im globalen Maßstab. Zunächst wird es Menschen treffen in Afrika wegen der besonderen klimatischen Empfindlichkeit und geringen Ressourcen, darauf zu reagieren. Verschwinden die Himalajagletscher, sind mehr als eine Milliarde Menschen durch fehlendes Trinkwasser bedroht. Trocknen die Amazonaswälder aus, die noch nicht abgeholzt worden sind, wird eine gigantische Kohlenstoffsenke vernichtet.

In den letzten 15 Jahren verschwand eine Regenwaldfläche dreimal so groß wie Deutschland. Bisher ist nicht erkennbar, dass die Weltgemeinschaft ernsthaft diesen Aderlass stoppt oder deutlich verlangsamt. Mit dem rasanten Verschwinden der Regenwälder und immer mehr durch den Klimawandel ausgebleichten Korallenriffe verlieren wir die beiden artenreichsten Refugien des Planeten und damit die „Kinderstuben“ der Evolution. Prof. Wolfgang En-

gelhart errechnete allein anhand der Vernichtungsrate des Regenwaldes bei angenommen 10 Millionen Arten insgesamt eine tägliche Aussterberate von 370 Tier- und Pflanzenarten.

Zahlreiche Faktoren verdecken im Augenblick noch das ganze Ausmaß der Klimaerwärmung. Derzeit nehmen die Ozeane rund ein Drittel des anthropogenen Kohlendioxids auf. Bei wärmeren Ozeanen sinkt die Aufnahmekapazität und im Extrem kann es sogar zu einer Abgabe an die Atmosphäre kommen. Gigantische Mengen Methaneis im Permafrost und an den Festlandsockeln der Ozeane hätten das Potenzial, die Erde in einen Wüstenplaneten zu verwandeln. Schmilzt der Eispanzer auf Grönland im neuen Treibhausklima, fällt unter Umständen der Nordatlantikstrom aus. Insgesamt besteht die Gefahr, dass die verhältnismäßig ausgeglichenen Klimaabläufe der letzten 10 000 Jahre in ein wechselhafteres Klimageschehen umschlagen mit vielen unkalkulierbaren Abläufen. Wenn ganze Klimazonen sich in Rekordzeit verrücken, bleiben viele Tier- und Pflanzenarten auf der Strecke. Im Klimawandel summieren sich Zersiedlung, Entwaldung und andere ökologische Schäden zu einer völlig neuen Größenordnung.

Besonders in Afrika und Südasien leiden Menschen an Mangelernährung, weltweit fast 850 Millionen Menschen. Seit 1950 hat das Bevölkerungswachstum zu einer Halbierung der weltweit verfügbaren Ackerfläche geführt. 40 Prozent aller Lebensmittel kommen aus Trockengebieten. Mit den zu erwartenden Klimaveränderungen werden alle Regionen unbewohnbar, die sich nicht selbst mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser versorgen können. Die Logik des globalen Freihandels stellt in diesem Kontext die größtmögliche Fehlentwicklung dar. Schon heute hat ein Sechstel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, über 50 Länder leiden unter großer Wasserknappheit. Über drei Millionen Menschen sterben jährlich durch verunreinigtes Wasser und damit verbundene Krankheiten.

Es ist völlig klar, die globale Temperatur wird deutlich über die 2-Grad-Grenze steigen, selbst wenn es gelänge, sofort drastische Reduktionen in den Industrieländern durchzusetzen. Sie müssen sich jedoch aus den Umwelträumen armer Länder zurückziehen und können nicht noch zusätzlich riesige Flächen beanspruchen für die Fleischproduktion, pflanzliche Rohstoffe und Pflanzentreibstoffe. Das ganze Entwicklungsmodell des Nordens steht grundsätzlich in Frage. Er müsste seine industriellen Stoffströme um den Faktor 10 reduzieren. Passiert dies nicht freiwillig, werden Wirtschaftskrisen diese Aufgabe viel radikaler umsetzen. Für viele Regionen des Südens ist deutlich erkennbar: Nehmen die Klimaveränderungen immer mehr Form an, wird hier eine große Menschheitstragödie apokalyptische Ausmaße annehmen. Im fortgeschrittenen Stadium wird selbst Schadensbegrenzung kaum noch möglich sein.

Umweltfreundliche Mobilität ermöglichen

*Vortrag im Forum 4 „MOBILITÄT – Umweltfreundliche Mobilität ermöglichen“
von Dorothee Menzner, MdB, Fraktion DIE LINKE*

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,
von Jane Fonda, der amerikanischen Schauspielerin und Friedensaktivistin, stammt der bekannte Satz: „Wir gehen mit dieser Welt um, als hätten wir noch eine zweite im Kofferraum.“ Um Jane Fondas Vergleich aufzunehmen: Wenn schon keinen Kofferraum, dann sollte DIE LINKE das Weltklima wenigstens mit im Gepäck haben!

Ich werde mehrere Aspekte ansprechen: Zuerst Tempolimit und Pendlerpauschale, dann Klima, Globalisierung, Kapital und Verkehr. Im Einzelnen folgen die Fragen des Güterverkehrs, des Fern- und Nahverkehrs und des Flugverkehrs. Dabei gehe ich auch auf Verkehrsinvestitionen, auf das Zeit-Geld-Problem und auf die Energiewirtschaft ein.

1. Tempolimit

Der SPD-Parteitag hat beschlossen, sich für ein Tempolimit 130 auf Autobahnen stark zu machen. Begründet wird dieser wichtige und richtige Schritt von der SPD vor allem als „schneller und unbürokratischer Weg zum Klimaschutz“. – Immerhin: Die CDU mault. Aber der SPD-Umweltminister Gabriel hat sich beeilt, nachzulegen: Er meint, mit einem Tempolimit auf Autobahnen könnten pro Jahr lediglich zweieinhalb Millionen Tonnen CO₂ gespart werden – doch notwendig sei etwa das Hundertfache – nämlich 270 Millionen! Interessant ist diese Haarspalterei der Regierungskoalition, weil DIE LINKE einen solchen Antrag schon längst in den Bundestag eingebracht hatte. Der aber wurde vor wenigen Wochen im Bundesparlament abgelehnt –mit den Stimmen der SPD!

Dies zeigt: Dynamik in der Debatte ist wieder gefragt, obwohl die menschengemachte Klimaerwärmung als Thema keinesfalls neu ist. Die Menschen im Lande erwarten von uns Lösungen, die Wirkungen erzielen, die kurzfristig umsetzbar sind und die den Status der unteren Einkommensklassen nicht noch mehr verschlechtern. – DIE LINKE täte gut daran, in dieser Debatte mehr als bisher das Wort zu ergreifen. Mehr noch: Wir müssen die Meinungsführerschaft auch im Ökologie-Bereich übernehmen, wie wir es im sozialen Bereich bereits erreicht haben.

2. Entfernungspauschale

Genossinnen und Genossen, ich möchte aktuell sein. Deshalb ein paar Worte zur Pendlerpauschale. Da haben wir es mit einem Klassiker zu tun. Viele, die denken, sie haben da was von, haben nämlich viel weniger, als andere, die mehr Geld verdienen.

Bei der Pendlerpauschale geht es darum, Steuern als Werbungskosten erstattet zu bekommen. Wer beispielsweise täglich hundert Kilometer zur Arbeit fährt, darf 100 x 30 Cent, also 30 Euro pro Tag, absetzen. Bei 200 Arbeitstagen im Jahr sind das immerhin 6 000 Euro. Auf vier, fünf Jahre wären es 24 000 bis 30 000 Euro. Die kann aber nur voll geltend machen, wer nach Ehegatten-Splitting und Abzug von Kinderfreibeträgen noch 6 000 Euro Steuern im Jahr bezahlt! Und wer weniger Steuern bezahlt hat? – Pustebucke!

Da kommt noch etwas hinzu: Das Kapital hat längst einen Weg erfunden, damit all dieses Geld nicht bei den Steuerzahlern bleibt. Viele, die sich auf Arbeitsstellen bewerben, werden den Trick schon kennen. Er heißt: „Firmenwagen wird gestellt.“ Mancher freut sich, doch andere wundern sich! Das Stellen eines Dienstwagens gilt als sogenannte Lohn-Ersatzleistung. Deshalb müssen die Anschaffungskosten eines Dienstautos Monat für Monat mit einem Prozent des Neupreises vom Lohn abgezogen werden – plus Sozialversicherung und Lohnsteuer! Auf diese Weise landen monatlich über 400 Euro beim Arbeitgeber, der damit letztlich diesen Obulus nur an die Autowirtschaft durchreicht.

Es sind nicht wenige, die es betrifft: Die Hälfte aller neu zugelassenen Pkw sind inzwischen schon solche „Dienstwagen“. Und was tut DIE LINKE? – Wir sind dabei, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Statt einer Pauschale zum Absetzen von der Steuer könnte es bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze mit der Steuerrückzahlung eine Pendlerzulage geben. – DIE LINKE arbeitet noch daran.

3. Kern der Klima-Debatte

Zurück zu unserm Workshop. In der Ankündigung heißt es, hierzulande sei der Verkehr zu einem Drittel am gesamten CO₂-Ausstoß beteiligt. Bevor ich zu den Ursachen, zu unseren Zielen und zu den politischen Schritten komme, möchte ich kurz an den Kern der Klimadebatte erinnern: Der Welt-Klimarat der Vereinten Nationen (IPCC) – er wurde kürzlich mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – hat die dramatische Entwicklung erneut ins öffentliche Bewusstsein gebracht: Elf der letzten zwölf Jahre gehören zu den wärmsten überhaupt, seitdem 1850 die Wetteraufzeichnung begann. Seit Beginn der

Industrialisierung ist die weltweite Durchschnitts-Temperatur um fast ein Grad Celsius gestiegen.

Die schon jetzt drohenden Folgen dieser Entwicklung muss ich euch nicht im Detail schildern:

- Die Ozeane steigen,
- bei Wirbelstürmen, Überschwemmungen und Dürren
- nehmen Heftigkeit und Häufigkeit zu.
- die Nordwestpassage ist offen!

Wir gehen in den Berliner Zoo, um den Publikumsliebbling Knut zu bewundern. Aber in der Arktis schmilzt seiner Verwandtschaft das Eis unter dem Pelz weg. In den Alpen schmilzt das Gletscher-Eis. Bei den Flüssen erleben wir eine gravierende Veränderung der Pegelstände. Die Binnenschifffahrt stellt sich auf dauerhaft sinkende Pegel im Sommer ein und auf hohe Pegelstände in der kälteren Jahreshälfte. Ich spreche hier mit Bedacht nicht von Winter! Denn der war vor einigen Jahren so mild, dass wir schon Mitte Februar plus 20 Grad Celsius hatten und kurzärmelig in Garten-Cafes sitzen konnten.

Kurzärmelig heißt aber nicht kurzsichtig! Der SPIEGEL schrieb kürzlich, dass vor allem das Wachstum der Wirtschaft in China und Indien zu einem rapiden Anstieg der CO₂-Belastung beitragen würde. Doch den Leserinnen und Lesern wurde dabei vorenthalten, dass in Deutschland nur etwas mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung leben. Die aber leisten sich nahezu vier Prozent der klimaschädlichen Emissionen! Anders ausgedrückt: Hierzulande produziert jeder viermal soviel Treibhausgas wie ein Mensch in China oder elfmal soviel wie einer in Indien. – Wir müssen unsere Hausaufgaben schon selber machen, Genossinnen und Genossen!

4. Globalisierung

Nach den in der EU vereinbarten Klimaschutz-Zielen soll der Treibhaus-Gas-Ausstoß in Deutschland bis 2012 im Vergleich zu 1990 um 21 Prozent sinken. Trotzdem aber ist der Bereich Verkehr nach wie vor von verbindlichen Zielen freigestellt. Und dass, obwohl der Bereich Verkehr heute sogar fünf Prozent mehr CO₂ als 1990 in die Luft pustet! Die Zunahme des Personen- und Güterverkehrs weltweit hängt unmittelbar mit dem technischen und konsumtiven Fortschritt zusammen. Internationalisierung und Globalisierung bei Arbeitsteilung und Handel bringen Güter und Menschen rund um den Globus in Bewegung. Diese weltweite Entwicklung begann quasi mit Columbus, vor 500 Jahren. Sie erhielt im letzten Jahrhundert kräftigen Auftrieb – durch neue Antriebstechnik, neue Sensortechnik und die junge Datentechnik. Letztere machte erst in den letzten zehn Jahren das Zusammenspiel aller drei Berei-

che möglich. Nämlich: Bewegungen mit der nötigen Präzision weltweit zu lenken. Damit bewirkt die Globalisierung mehr Bewegung. Das Mehr an Bewegung wiederum verstärkt die Globalisierung. Betrachten wir die Bewegung genauer, dann stellen wir zweierlei fest: Erstens: Es sind täglich mehr Menschen und mehr Güter, die von A nach B befördert werden wollen. Und zweitens: Die Entfernungen zwischen A und B werden drastisch länger.

Für uns LINKE kann das Mehr an Bewegung – bezogen auf Menschen und auf Güter – nur heißen:

- bei der Antriebstechnik den Verbrauch der fossilen und gefährlichen Brennstoffe rapide abzusenken,
- bei den Transporttechniken auf Bahn und Binnenschiff zu setzen,
- beim Organisieren von Transporten auf das Vermeiden von Wegen und, wenn schon, denn schon, auf möglichst kurze Wege zwischen A und B zu setzen!

Wir LINKE führen dabei keine Verbotsdiskussion. Doch Beschränkung kann es da geben, wo sie Besserung möglich macht, ohne gravierende Nachteile zu bringen. Genossinnen und Genossen: Hierin liegt die tiefe Symbolik des Tempolimits von 130 Kilometer pro Stunde auf Bundesautobahnen!

5. Kapital und Mobilität

Genossinnen und Genossen,

ohne die Betrachtung des real existierenden Kapitalismus kann der Energie- und Ressourcen-Verbrauch überhaupt nicht verringert werden! Diese Überzeugung unterscheidet uns von anderen. Alle anderen Parteien glauben noch an das freie Spiel der Kräfte. Sie verkennen die Macht des Geldes und sie neigen dazu, ihre sachpolitischen Schritte mit sozialer Ausgrenzung zu begleiten.

Für die LINKE dagegen ist aktive Umweltpolitik keine soziale Einbahnstraße. Sie ist wirklich nachhaltig, denn sie setzt die Leitlinie der Konferenz von Rio konsequent fort. Sie ist sozial, sie ist ökonomisch und sie ist ökologisch! Mobilität ist ein Grundrecht, das allen Menschen zusteht – unabhängig von Einkommen, Vermögen und Wohnort. Mobilität ist notwendig, um einer Erwerbsarbeit nachzugehen und um selbstbestimmt kulturelle Angebote und Freizeitmöglichkeiten wahrzunehmen. Verantwortungsvolle Mobilitätspolitik muss die Sorgen und Bedürfnisse der ökonomisch Schwachen, der Hartz-4- und Rentenempfänger, der Jugendlichen und Lernenden, in die Praxis mit einfließen lassen. Ebenso die Sorgen der kleinen und mittleren Unternehmen, die auch heute noch die meisten Arbeitsplätze des Landes tragen!

6. Güterverkehr

Die existierende Schieflage der weltweiten Logistik lässt sich eindrucksvoll verdeutlichen: Eine Flasche Wein aus Chile gelangt zu einem günstigeren Preis nach Hamburg als ein Riesling aus Württemberg nach Berlin. Der anhaltende Boom des Überseeverkehrs macht diese Fehlentwicklung mit zu geringen Kosten möglich. Die aktuelle Güter-Verkehrsprognose für Deutschland geht von einer weiteren Verdopplung der Transportleistung – dem Produkt aus transportiertem Gewicht und zurückgelegter Strecke – bis 2050 aus. Doch schauen wir nicht eine Generation voraus, sondern eine Generation zurück, so hat sich die jährlich transportierte Gütermenge seit 1970 mehr als verfünffacht.

Heute werden über zwei Drittel der gesamten Transportleistung per Lkw auf der Straße gefahren. Bahn und Binnenschiff leisten das übrige Drittel. Und vor 35 Jahren? – Da war es genau umgekehrt: Ein Drittel Lkw und zwei Drittel bei Bahn und Schiff!

Bei der Umweltbilanz im Güterverkehr kann die Schiene nur gewinnen. Vergleichsweise schneidet der Lkw dreimal und das Flugzeug siebenmal schädlicher ab. Das Binnenschiff liegt hinter der Bahn auf dem zweiten Platz. Es hat aber wesentlich weniger Ausbaupotential als der Schienengüterverkehr. Heute haben wir den Trend zu mehr Gütern auf der Schiene. Viele, die Güter transportieren, haben es längst erkannt: Hundert Container in einem Rutsch, sozusagen in einem Zug zu befördern, kommt weitaus billiger, als 100 Laster auf die Autobahnen zu jagen, die bekanntlich an argen Verstopfungsproblemen leiden. Das einzige, was die verladende Wirtschaft noch abhält, die Schiene stärker zu nutzen, ist die DB-Holding! Die Bahn kommt nicht hinterher, weil Bahnchef Mehdorn dort den Kurs Börsenbahn ausgerufen hat.

DIE LINKE ist – gemeinsam mit anderen – dabei, hier endlich die Weiche umzulegen. Dann erst kann die rund eine Milliarde Euro, die der Bahnchef für sein Global-Playing Jahr für Jahr von den Einnahmen seiner Tochterunternehmen abzwackt – und beleiht! – wieder voll in die Strecken fließen und in viel mehr Güterwagen der DB-Güterbahn Railion!

7. Time is money

Wir müssen im Personenverkehr eine Wende schaffen. Wir leben in einer Gesellschaft, die von jedem Einzelnen Mobilität erfordert und erwartet. Mobilität aber ist in den vergangenen Jahren wesentlich teurer geworden. Das be-

trifft die Energiepreise genauso wie die Nutzungspreise im Nah- und Fernverkehr. Außerdem ist bekanntlich auch Zeit Geld. Und Verfügbarkeit und Schnelligkeit sind zusätzlich von entscheidender Bedeutung. Schauen wir uns die Prioritäten der letzten Regierungen an, so kann es nicht verwundern, dass 61 Prozent aller Inlandswege per Pkw zurückgelegt werden – meistens allein im Auto, und sogar 70 Prozent der Arbeitswege! Die Steuergelder für den Neu- und Ausbau aller Straßen, also für die Bundesfernstraßen, die Landesstraßen, die Kreis- und Gemeindestraßen, fließen auf Rekordniveau. Mit diesen Ausgaben steigen die Instandhaltungskosten.

Doch mit den neuen Straßen steigt auch das Verkehrsaufkommen auf diesen. Laut Umweltbundesamt fühlen sich bereits 62 Prozent der Bevölkerung vom Straßenlärm belästigt. – Tendenz steigend!

8. Eisenbahn-Fernverkehr

Was tut die Bahn eigentlich gegen den zunehmenden Verkehr? – Nichts! Im Gegenteil – sie strich vor Jahren den Interregio aus den Fahrplänen. Und jetzt wird auch der Intercity peu á peu gestrichen. Meine Eltern konnten früher mit dem Interregio vom hessischen Bensheim ohne Umsteigen nach Celle fahren. Heute müssen Sie in Frankfurt und Hannover umsteigen. Dies empfinden nicht nur die älteren Reisenden als Tortur. Da ist es kein Trost, mit dem ICE zwischen Frankfurt und Hannover 30 bis 40 Minuten einzusparen.

Alle, die weniger Auto fahren wollen, sind die Leidtragenden, wenn die Bahnprivatisierung Großinvestoren Geld bringen soll. Deshalb das Streichkonzert im Fernverkehr der vergangenen Jahre. Aber der Bund hat mit dem Artikel 87e einen Grundgesetz-Auftrag, Fernverkehrsleistungen sicherzustellen – auch in die größeren Städte, die in den etwas abgelegenen Winkeln dieses Landes liegen.

9. Nahverkehr

Abseits der Ballungsgebiete leiden auch Bahn und Bus. Unter Sparzwängen verschwinden Bahn- bzw. Busanbindungen zunehmend aus kleineren Ortschaften und Städten. Großmärkte für Lebensmittel, Hausrat, Elektronik und Möbel zwingen Menschen faktisch zur Autonutzung. Auf der Strecke bleiben Bahn und Bus. Doch nur wenn diese gut ausgelastet sind, können sie zur Minderung der Treibhausgase beitragen. DIE LINKE fordert daher:

- Ausbau des ÖPNV und des Regionalverkehrs,
- attraktive, preiswerte und umfassende öffentliche Verkehrsangebote, auch für sozial Schwache,

- Wiederherstellung von integrierten Stadtstrukturen, die Wohnen, Arbeit und Freizeit ohne weite Wege möglich machen.

Daran arbeiten schon viele LINKE in den Landtagen, in den Kreis- und Gemeinderäten.

Dafür sage ich Danke.

Helfen wir mit, dass es in Niedersachsen, in Hessen und in Hamburg demnächst noch viel, viel mehr werden!

10. Flugverkehr

Auch international hat die Bahn das größte Potential für klimaschonende Mobilität. Da frage ich mich, weshalb mancher es sich traut, bei einem einzigen Flug nach Südeuropa ungefähr soviel Schadstoff zu produzieren, wie jemand, der mit dem Auto ein halbes Jahr lang zur Arbeit fährt. Da dürfen LINKE zumindest keine Gelegenheit auslassen, den moralischen Zeigefinger zu heben! Zumal es politisch wohl nicht so schnell möglich sein wird, EU-weit eine Kerosin-Steuer einzuführen. – Das darf uns aber auch nicht davon abhalten, diese stetig zu fordern!

Das Fliegen wird fatalerweise auch noch subventioniert. Regional-Flughäfen – Beispiel Frankfurt Hahn – und Billigflüge, die verkehrspolitisch sinnlos sind, werden mit Millionen-Zuschüssen gefördert. Das müssen die LINKEN in den Ländern auf die Tabu-Liste setzen! Was in Europa schnellstens wieder her muss, ist ein grenzüberschreitendes Fernzug-Angebot. Wir brauchen wieder vernünftige Bahnpreise in die Nachbarländer!

Wenn ich im Rechner auf der Homepage der Deutschen-Bahn-Holding „Berlin—Rom“ eingebe und zur Antwort kriege: „Unbekannter Auslandstarif“, dann muss da wohl schnellstens einiges passieren! – Ich halte fest: Bahnen unter Renditedruck fahren falsch! Die Bahnprivatisierung zu verhindern ist für alle LINKEN Pflicht. Die Bahnen richtig in Fahrt zu bringen, ist die Kür!

11. Energiewirtschaft

Die volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung muss im Verkehrswesen wieder die Oberhand gewinnen. Einseitige, markt- und rein betriebswirtschaftliche Rendite-Rechnungen für wenige sind von gestern! All das bereits Gesagte sollte uns von Effizienzsteigerungen nicht abhalten, die durch technischen Fortschritt erreicht werden können. Forschung für neue Antriebskonzepte verdient das Ja der LINKEN. Ein klares Nein dagegen vonseiten der LINKEN

für den fragwürdigen Rohstoff-Frevel, der mit Mais und Weizen oder gar mit Plantagen-Palmen aus tropischen Monokulturen getrieben wird. Biogene Rohstoffe sind allenfalls dann eine Alternative zu fossilen Brennstoffen, wenn brachliegende Flächen in unseren Breiten für den Anbau genutzt werden.

12. LINKE nachhaltige Politik

Abschließend bleibt festzuhalten: Verkehrspolitik braucht dringend eine Klima-Strategie. Der CO₂-Ausstoß muss deutlich gesenkt werden. Hier muss DIE LINKE verbindliche Vorgaben erarbeiten. Dem dient diese energiepolitische Konferenz! Im Zentrum der Verkehrsentwicklung müssen stehen:

- individuelle Teilhabe für alle,
- Energie-Effizienz und
- Ressourcen-Schonung.

Auf das Spiel der freien Kräfte zu setzen, ist ein Spiel auf Kosten der Umwelt und der Zukunft der Menschheit. Es zeugt von ideologischer Verblendung, wenn die Mobilität der Warenströme vor der von Menschen steht und wenn vermeintliche Wirtschaftlichkeit vor sozialem Nutzen und Klimaschutz rangiert. In Zeiten des Klimawandels hängen die sozialen und die ökologischen Fragen mehr denn je zusammen. Nicht zum ersten Mal – jetzt aber mit mehr Drive! – kommen beide Bewegungen nun in der LINKEN wieder zusammen. Nur mit linker Verkehrspolitik wird eine umweltschonende Mobilität möglich sein, die modern, effizient, für jede und jeden bezahlbar ist, und die auch unserem Planeten Erde nutzt!

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde.

Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der Außenpolitik

Vortrag im Forum 5 „FRIEDEN – Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der Außenpolitik“ von Monika Knoche, MdB, Fraktion DIE LINKE

Der Hunger nach Öl und Gas wächst. Die Weltwirtschaft beruht auf einer schier unersättlichen Gier nach endlichen Ressourcen und einer fatalen Wachstumsfixierung, die die ökologischen Kosten ausblendet. Kaum ein anderes Thema hat derzeit höhere Konjunktur, als die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen durch den Klimawandel. Doch die Dramatik des globalen Phänomens wird gemeinhin verkürzt problematisiert und auf seine die Umwelt zerstörenden Auswirkungen beschränkt.

Die Frage von Krieg und Frieden bleibt in der öffentlichen Debatte außen vor. Dabei ist der Zusammenhang zwischen der Militarisierung der Außenpolitik und der weltweit weiter steigenden Abhängigkeit von fossilen Energien offensichtlich. Selbstverständlich stehen nicht alle derzeitigen Konflikte und Krisen im Zusammenhang mit dem Wettlauf um fossile Energieträger. Aber wenn man sich auf einer Weltkarte die Pipeline-Verläufe und Transportrouten, die Ölfelder und Offshore-Fördergebiete ansieht, trägt dies doch in vielen Fällen zu einem besseren Verständnis zahlreicher Konflikte bei.

Ich möchte Ihnen einige Punkte nennen, denen DIE LINKE besondere Aufmerksamkeit widmet: Wenn man sich mit dem kommenden Ende des fossilen Zeitalters beschäftigt, muss man zuerst festhalten: Entscheidend ist nicht, wann kein Öl mehr zur Verfügung steht, sondern wann es für den Alltagsgebrauch unbezahlbar wird. Wie aber reagiert die herrschende Politik darauf? Sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung nennen eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Versorgung mit Energie als gleichberechtigte Ziele ihrer Energiepolitik.

Jedoch ist die Verknappung des Erdölangebots eine Gefährdung für die Versorgungssicherheit und führt zu immer weiter steigenden Preisen. Das „Ende des billigen Öls“ ist seinerseits eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der importabhängigen Industrienationen. Damit sind zwei der drei von der EU und Deutschland anvisierten Ziele der Energiepolitik unmittelbar bedroht. Alleine, dass der EU-Reformvertrag auf diese entscheidenden Probleme nicht mit einer umfassenden Strategie für eine nachhaltig-regenerative Energiewende reagiert hat, ist schon Grund genug, ihn als gescheitert zu betrachten. Die drängenden ökologischen, sozialen und ökonomischen Fragen, die sich aus der totalen Abhängigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes vom fossilen Ressourcenmarkt ergeben, finden in der derzeitigen EU-Politik keine Antwort.

Im Gegenteil: In Deutschland sind Rohstoffinteressen mittlerweile als Legitimation für Bundeswehreinsätze und als Leitlinien für Außen- und Entwicklungspolitik weit nach oben gerückt. Eine garantierte Energiesicherheit kann und darf aber niemals mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden. Deutschland hat die Sicherstellung der Energielieferungen bisher internationalen Konzernen überlassen. Diese stecken heute in einer Krise, weil sich weltweit eine Nationalisierung der fossilen Energieinfrastruktur vollzieht. Die Bundesregierung wäre gut beraten, die Frage der ökologisch nachhaltigen Energiesicherheit zur nationalen Daseinsvorsorge zu erklären und diese Zukunftsfrage nicht den Energiekonzernen zu überlassen. Die Situation auf dem weltweiten Rohstoffmarkt hat sich radikal verändert, die Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung mit fossilen Rohstoffen ist bedroht.

Das zeigt sich erstens an der anziehenden Weltkonjunktur, der nachholenden Entwicklung einiger Schwellenländer sowie einem immer größeren Erdölbedarf der herkömmlichen Hauptkonsumenten. Es werden gleichzeitig aber immer weniger neue Quellen erschlossen, und die vorhandenen Reserven erschöpfen sich schnell.

Die Bertelsmann-Stiftung schreibt dazu:

„Die wachsende Nachfrage wird entweder auf Kosten der heutigen Anteile anderer Staaten oder gar nicht gedeckt werden. In beiden Fällen sind Spannungen und Konflikte vorprogrammiert.“

Zweitens: Die verbleibenden weltweiten Öl- und Gasreserven konzentrieren sich zunehmend auf politisch instabile und konfliktträchtige Regionen. Die Vorkommen in den USA und der Nordsee etwa gehen zur Neige. Heute liegen die weltweit größten Reserven an konventionellem Öl in Saudi-Arabien, Iran, Russland, Irak und Venezuela. Militärische Konflikte, Anschläge auf Pipelines und Förderanlagen, aber auch Naturkatastrophen, können Auswirkungen auf die globale Versorgungssituation haben.

Die fossile Infrastruktur ist hochsensibel: Alleine die Straße von Hormuz ist für die internationalen Tankerrouten von so großer Bedeutung, dass eine Behinderung dieser Passage empfindliche Folgen für den globalen Ölmarkt hätte.

Drittens: Staatliche Ölkonzerne steigen immer häufiger durch den Abschluss bilateraler Verträge direkt in die Exploration in anderen Staaten ein und sichern sich so den exklusiven Zugriff auf die benötigten Rohstoffe wie z. B. China im Sudan. Die auf diesem Weg gehandelten Rohstoffe entfallen somit für den Handel auf dem freien Markt. Das erschwert die Diversifizierungsbestrebungen der Konsumentenländer.

Diese Entwicklung führt dazu, dass die internationalen Ölkonzerne den Bedarf der westlichen Industriestaaten in Zukunft nicht mehr gewährleisten können. Der globale Trend zur Nationalisierung in den Förderländern hemmt zudem die Investitionen, u. a. weil Staatskonzerne an Knappheitspreisen zusätzlich verdienen. Es zeigt sich also, dass innerhalb der Markt- und Wettbewerbslogik Hindernisse zur Sicherstellung des Energiebedarfes entstanden sind.

Um die bis 2030 prognostizierte Steigerung des Energieverbrauchs von 85 Prozent gewährleisten zu können, rechnet die internationale Energieagentur mit nötigen Investitionen von unvorstellbaren 3,9 Billionen Dollar im Gas- und 4,3 Billionen Dollar im Erdölbereich. Eine unlösbare Aufgabe. Auch aus dieser Beobachtung heraus entsteht die Forderung, die gewaltigen Investitionen umzuleiten, um ökologische Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit gewährleisten zu können.

Der Übergang vom fossilen Zeitalter zu einem nachhaltig-regenerativen Energiesystem rüttelt gewaltig an den Grundfesten der heutigen Weltwirtschaftsordnung. Das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr“ aus dem Jahr 2006 hat sich dem Thema „Energiesicherheit“ angenommen. Es erklärt die Sicherheit der Energieversorgung zum strategischen Interesse der Bundesrepublik. Die Bundeswehr soll demnach nicht mehr ausschließlich für die Landesverteidigung im weitesten Sinne zuständig sein, sondern notfalls auch zur Sicherung der Rohstoffimporte.

Ich zitiere aus dem Weißbuch:

„ Wie viele andere Länder ist Deutschland in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig [...].

Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung. [...] Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen.“

Ganz neu ist diese Ausrichtung allerdings nicht: Bereits die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 beschreiben die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“ als eine Aufgabe der Bundeswehr. Mit der Umdeutung und Transformation der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ und den Auslandseinsätzen im Kongo, Afghanistan, Usbekistan, im Sudan, am Horn von Afrika und in Äthiopien, Eritrea und Georgien sind aber heute erst die Voraussetzungen für eine auch militärische Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen gegeben.

Die Prioritätenverschiebung von der Landesverteidigung hin zur Wohlstandsverteidigung hat mit der einst defensiven Ausrichtung der Bundeswehr nichts mehr zu tun. Welch gefährliche Dimension die Diskussion um die Neuausrichtung der NATO zur militärischen Sicherung von Rohstoffinteressen bereits erreicht hat, zeigen einige Beispiele: In den USA ist man nicht abgeneigt, der NATO eine bedeutende Rolle zu übertragen, sollten die weltweiten Energieströme absichtlich unterbrochen werden.

Der Vorsitzende des US-Senatsausschusses für Außenpolitik, Senator Lugar, forderte im Vorfeld des NATO-Gipfels 2006, etwaige Unterbrechungen von Energielieferungen mit einem militärischen Angriff gleichzusetzen und den Bündnisfall ausrufen. Konkret richteten sich seine Drohungen an den Iran.

Auch warnte er vor einer drohenden Diktatur der „Energiesupermächte“. Zahlreiche Mitgliedsstaaten der Nato sind der Ansicht, dass aus ihr ein „Global-Player“ mit weltweiten Partnern werden muss. Wir sind der Ansicht: Als wichtiges NATO-Land muss Deutschland entschieden gegen eine solche energie-strategische Ausrichtung des Verteidigungsbündnisses aktiv werden! Nicht nur in den USA, auch in Deutschland werden Stimmen laut, die einer hoch-riskanten Militarisierung das Wort reden.

In einem vom Wuppertal Institut herausgegebene Buch sagt Brigadegeneral a. D. Dieter Farwick, Deutschland müsse endlich zu seinen vitalen Interessen wie zum Beispiel der Sicherstellung von Energie und strategischen Rohstoffen stehen - notfalls eben auch mit militärischen Mitteln. Nicht so Außenminister Steinmeier. Er fordert die Einrichtung einer so genannten „Energie-KSZE“, die zwar auf Kooperation und Konsultation setzt, sich aber einer Wende hin zu alternativen Energien und somit langfristig friedlichen Wegen zu einer weitgehenden Energiesouveränität der Staaten bislang eher verschließt.

Innerhalb der großen Koalition gibt es eine Debatte um die Forderung nach einer rein energie-utilitaristischen Ausrichtung der Entwicklungspolitik. Der CSU-Abgeordnete Christian Ruck fordert die „strategische Neuorientierung und bessere Verzahnung der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“.

Die Aktivitäten sollen sich auf diejenigen Länder konzentrieren, „die für den Zugang zu den für unsere Wirtschaft unverzichtbaren Auslandsmärkten und Rohstoffen besonders wichtig sind“.

In einem aktuellen Gesetzantrag der SPD/CDU zur „stärkeren Verzahnung von Energie- und Entwicklungspolitik“ schreiben sie, Deutschland solle die eigenen Interessen stärker betonen, insbesondere die Energieversorgung. Schaut man sich nun den EU-Reformvertrag von Oktober dieses Jahres an, dann sind bedeutende Änderungen in der Außenpolitik vorgesehen. Dort verpflichten sich die Mitgliedstaaten unter dem Stichwort „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, ihre militärischen Fähigkeiten zu verbes-

sern. Außerdem: Mit der Schaffung der EU-Battlegroups sichert sich Europa unter anderem die Möglichkeit, in zukünftigen Ressourcenkriegen binnen 5 - 15 Tagen auch militärisch zu intervenieren. Soviel zur strategischen Neuausrichtung!

Meine Herren und Damen, ich nenne einige aktuelle Beispiele, an denen sich die Bedrohung durch Ressourcenkriege schon heute abzeichnet: In der so genannten „strategischen Ellipse“ befinden sich derzeit 71 Prozent der konventionellen Welterdölreserven und 69 Prozent der Welterdgasreserven.

Das Gebiet zieht sich der Länge nach von Sibirien bis zum Jemen und in der Breite von der Türkei bis nach Pakistan und beinhaltet wiederum zwei Regionen, in denen bereits heute massive Konflikte um die Verfügungsgewalt über die fossilen Rohstoffe bestehen bzw. drohen: Den Mittleren Osten und die Kaspische Region. Im Mittleren Osten alleine lagern 62 Prozent der weltweiten Erdölvorräte. Schon heute ist die Konzentration in dieser sicherheitspolitisch äußerst fragilen Region ein großes Problem für die Versorgungssicherheit der importabhängigen Staaten.

So ist der Irakkrieg für die Erdölförderung in der Region bis heute allein aus Sicherheitsgründen eine Katastrophe. Die Nahost- und Energieexpertin Karin Kneissl prognostiziert ein Auseinanderbrechen des Iraks entlang von Pipelineverläufen und Erdölfördergebieten. Weitere militärische Konflikte in der Region wären vorprogrammiert, siehe aktueller kurdisch/türkischer Konflikt.

Bereits im 19. Jahrhundert wurde die geopolitische Auseinandersetzung um die Herrschaft in der zentralasiatische Region als „Great Game“ bezeichnet. Heute wird der Begriff wieder benutzt, um den erneuten Wettlauf um die Vormachtstellung in Zentralasien und der Kaspischen Region zu beschreiben. Der kasachische Präsident Nasarbajew interpretierte die „Strategie für eine neue Partnerschaft der EU mit Zentralasien“ dahingehend, dass Europa sich bemüht nicht weiter hinter den in der energiereichen Region stark vertretenen Großmächten Russland, China und den USA zurückzubleiben.

Zusätzlich streiten sich die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres Kasachstan, Aserbaidschan, Turkmenistan, Iran und Russland um die Aufteilung der Rohstoffe, die unter dem Meeresgrund lagern. Aserbaidschans Präsident Alijew rüstet mit dem Geld aus dem Erdölgeschäft militärisch massiv auf. Erst kürzlich drohte er seinen Nachbarn, sein Staat sei nun „der stärkste in der Region.“

Auch an schmelzenden Gletschern der Pole ergeben sich Streits um Territorialrechte. Es ist die Paradoxie der kapitalistischen Wirtschaftsweise, dass gerade der Klimawandel Anlass gibt, am Nordpol nach Öl zu suchen. Russland erhebt dort seinen Machtanspruch. Die Kanadier haben bereits mit der Errichtung einer Militärbasis, dem Bau eines Tiefseehafens sowie dem Ein-

satz zusätzlicher bewaffneter Patrouillenboote in der Region reagiert. Die USA planen wegen der Nordpolarfrage den Einkauf von Eisbrechern und die Aufstockung der Mittel für die Küstenwache.

„Kalter Krieg unter dem Packeis – Der Kampf um die Bodenschätze der Antarktis hat begonnen ...“, titelt „Monde Diplomatique“.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, so unumgänglich es ist, endlich eine Energiewende zur Herstellung einer Friedensdividende einzuläuten, so begrenzt sind die bisherigen politischen Ansätze. Die Suche nach Instrumenten hat begonnen. Als politische gesellschaftliche Kraft müssen die Linken Ideen für einen Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter als wichtiges Element einer emanzipatorischen Außenpolitik entwickeln.

Um kommende Ressourcenkonflikte zu umgehen, bedarf es alternativer Konzepte, die alle internationalen Politikbereiche, Institutionen einbeziehen und eine Reform des UN-Völkerrechts und eine zeitgerechte Repräsentanz der Völker der Welt im UN-Sicherheitsrat einbeziehen. Denn es ist vollkommen offensichtlich:

Der Zugang zu sicherer Energie ist eine Frage des Weltfriedens, der wirtschaftlichen Prosperität und der sozialen Sicherheit in allen Ländern der Erde. Kaum ein Faktor gefährdet die Zukunft der friedlichen Entwicklung so sehr wie die immer weiter wachsende Gier nach fossilen Energieträgern.

Einige Ansätze, die wir verfolgen, möchte ich Ihnen abschließend vorstellen:

- Auf UN-Ebene müssen wir eine Weiterentwicklung des Völkerrechts erreichen. Wir brauchen eine Weiterentwicklung des Völkerrechts, in der die soziale und gerechte Verteilung von Energie abgesichert wird, ebenso wie eine ökologische nachhaltige Ressourcenpolitik. Das gehört zu einem zeit- und zukunftsgemäßen Verständnis von Friedenspolitik genauso dazu, wie ein konkreter und ambitionierter Terminplan zur Umstellung auf alternative und regenerative Energiesysteme für Energieeffizienz und Energieeinsparungen weltweit.
- Der Einsatz für eine friedliche Lösung der Konflikte im Nahen Osten ist ein wichtiger Beitrag dafür. Die Befriedung dieser konfliktreichen Region sollte hohe Priorität haben.
- Der Rückgriff auf Nukleartechnologie aus vermeintlichen Klimaschutzgründen ist ein sicherheitspolitisches Desaster.

Wer die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern will, darf international nicht den Bau von Atomkraftwerken fördern!

Gestatten Sie mir noch einen Einschub: Ich komme gerade von der „Kanzlerin-Reise“ nach Indien. Deutschland hat wie die USA die strategische Partnerschaft mit Indien proklamiert und unterstützt den Atomdeal. Innenpolitisch

ist er dank der Kommunisten nicht durchsetzbar. Zu sehr wird eine Westabhängigkeit des Atomwaffenstaates Indien befürchtet. Zu groß wären die Einbußen in der Rolle als unabhängiger Staat in einer Krisenregion. Indien unterhält traditionell gute Beziehungen zum Iran und will sich diese Position bewahren. Auch insofern wollen die indischen Linken auf keinen Fall einem nuklearpolitisch bedingten Kurswechsel hin zu einer Westausrichtung ihrer Außenpolitik zustimmen.

Ich komme zum Schluss:

- Für Europa selbst lässt seine weiterhin bestehende Fixierung auf fossile Energieträger befürchten, dass imperiale Tendenzen in der Außenpolitik zunehmen. Dieser Entwicklung ist entgegenzutreten.
- Von Europa darf kein „Krieg um Rohstoffe“ ausgehen.
- Die für EU-Battlegroups aufgewendeten Finanzmittel müssen umgeleitet werden in die Förderung erneuerbarer Energien und zugunsten eines geringeren Energieverbrauchs.
- Auch die „friedliche“ Ausbeutung der Rohstoffe in Entwicklungsländern ohne soziale und ökologische Folgekosten ist sicherzustellen.
- Es bedarf außerdem eines Moratoriums bezüglich aller Vereinbarungen internationaler Organisationen oder der Industrieländer (OECD, WTO, NAFTA, EU), die eine weitere Liberalisierung und Deregulierung zur Forcierung von Direktinvestitionen beinhalten.
- Es sind länderübergreifende Projekte zur gemeinsamen Nutzung regenerativer Energieträger zu fördern, um einen Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung in Konfliktregionen zu leisten.
- Gerade in diesem Kontext steht eine Weiterentwicklung des Völkerrechts durch eine UN-Reform auf der Agenda. Eine Sicherheitsratsbesetzung nur mit den legalen Atomwaffenstaaten der Welt ist überholt. Diesen Themen widmet die Linke einen Schwerpunkt in der internationalen Politik. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Die Rolle des Militärs bei der Energiesicherung „des Westens“

Vortrag im Forum 5 „FRIEDEN – Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der Außenpolitik“ von Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

Politik hat meist viele Optionen: Sie kann dem üblichen Kauf von Öl und Gas auf den Märkten freien Lauf lassen, sie kann andererseits die Bedeutung der Kohlenwasserstoffe durch den Ausbau erneuerbarer Energien mindern, aber sie kann zur Energieversorgungssicherung auch auf das Instrument des Militärs setzen. Hier soll es um Letzteres gehen. Im Folgenden geht es nicht um Seeraumüberwachung durch NATO-Kriegsschiffe insbesondere an den Choking-Points der Weltmeere oder um Piratenabwehr. Das findet ohnehin ständig statt, sondern es geht um den militärisch gestützten Zugriff auf Rohstoff- und Energiequellen. Dokumente und Beschlüsse der US-Administration, der NATO, der EU und aus Deutschland belegen, dass Militär für die Sicherung der Energiezufuhr eingesetzt werden soll. Belege dafür lassen sich in der Praxis natürlich auch finden.

1. USA

Im Mai 2001 stellte US-Vizepräsident Cheney seinen Bericht über die Entwicklung der US-Energiepolitik, kurz Cheney-Report genannt, vor.¹ Sein wesentlicher Inhalt:² Die tägliche US-Rohöleinfuhrmenge muss von 2001 bis 2020 um 60 Prozent steigen. Seine Schlussfolgerung: Das Weiße Haus muss nunmehr die Energiesicherung zur „Priorität“ der US-amerikanischen Handels- und Außenpolitik machen.³ Und zwar so: Erstens: Die Länder des Nahen Ostens sollten dazu gebracht werden, ihre Exporte zu erhöhen. Zweitens: Die Einfuhrländer müssen diversifiziert werden. Auf Afrika bezogen heißt das heute: Zur Zeit kommt 15 Prozent der US-Rohöl-Einfuhr aus Afrika, bis 2015 sollen es 25 Prozent sein.⁴ In diesem Zusammenhang erhält die Verlagerung der US-Kommandozentrale Africom von Stuttgart vor Ort nach Afrika ihre Bedeutung. Von Kriegführen um Öl steht im Cheney-Report nichts,

¹ Report of the National Energy Policy Development (Cheney-Report,) 16.5.2001, 170 Seiten, <http://www.whitehouse.gov/energy/National-Energy-Policy.pdf>

² Michael T. Klare, Schnell, mobil, tödlich, - Das Zeitalter der US-Hegemonie, le monde diplomatique, 15.11.2002, Fußnote 5, siehe U.S. Department of Energy, Energy Information Administration (Hg.), „International Energy Outlook 2002“, Washington, D. C., 2002, S. 183 und 242: „In absoluten Zahlen werden die US-Ölimporte von den heutigen rund 10,4 Millionen Barrel pro Tag bis 2020 auf schätzungsweise 16,7 Millionen Barrel pro Tag ansteigen.“

³ Cheney-Report, Seite 8-4.

⁴ Financial Times Deutschland 8.7.2003.

jedoch sagt der Cheney-Report über die Golfregion, in der zwei Drittel der weltweiten Erdöl- und 40 Prozent der Gasreserven lagern: „Diese Region wird für die US-Interessen lebenswichtig bleiben.“⁵ Das war 2001.

Kommen wir zum Irak. Im März 2003 griff eine US-geführte „Koalition der Willigen“ im flagranten Bruch des Völkerrechts den Irak an. Die Begründungen waren bekanntlich erstunken und erlogen. Der Irak hat die drittgrößten nachgewiesenen Ölreserven von 115 Mrd. Barrel.⁶ Spätestens nun – im fünften Kriegsjahr – stellt sich die Frage, ob es der reinen Spendierfreude Uncle Sams geschuldet ist, jährlich über 100 Milliarden Dollar Steuergelder (bisher rund 500 Mrd.) in die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten im Irak zu stecken, oder ob nicht doch handfeste materielle Interessen dahinter stecken. Einen Beleg für Letzteres lieferte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im April.⁷ Sie schrieb von großem Druck aus Washington, im Irak endlich im Parlament das Ölgesetz zu verabschieden, und lässt unkommentiert einen Irakfachmann zu Wort kommen, der sagt: „Die Hetze ist Anlass zu großer Besorgnis. Was von dem Gesetz bekannt wurde, gleicht eher dem, was man von einem kleinen Ölstaat irgendwo in Afrika erwarten würde, aber nicht von dem Land mit den zweitgrößten Ölreserven der Erde, [...]“. Besorgt ist er besonders darüber, dass auf amerikanischen und britischen Druck fast zwei Drittel der irakischen Ölfelder internationalen Ölkonzernen überlassen werden. Überlassen? Heißt doch: geben, schenken. Leichte Rechnung: Bei einem Rohölpreis von zurzeit 90 US-Dollar pro Barrel errechnet sich ein Ölwert von insgesamt 10 000 Milliarden Dollar. Zwei Drittel davon sind über 6600. Heißt: 6600 Mrd. US-Dollar ist der Wert des irakischen Öls, das den Ölmultis aus den USA und Britannien überlassen werden soll. Das Gesetz soll für alle bereits prospektierten Ölquellen gelten – aber auch für alle unentdeckten. Experten gehen davon aus, dass das noch einmal soviel sein könnten. Es werden den Konzernen zwar noch Kosten für die Konzessionen und die Erschließung entstehen, aber an Zynismus ist es kaum überbietbar: Krieg scheint sich doch zu lohnen, wenn das Ölgesetz so durchkommt. Kurz zum Iran: Das Land mit den zweitmeisten nachgewiesenen Erdöl- und Gasreserven.⁸ Die US-Rhetorik verschärft sich ebenso wie die Sanktionen. Ein Eskalationsszenario, wie wir es aus der Vorphase des letzten Irakkrieges sattem kennen, scheint allmählich Fahrt aufzunehmen. Es wird gewaltiger Anstrengungen bedürfen, einen Iran-Krieg abzuwenden.

⁵ Cheney-Report, Seite 8-4, „This region will remain vital to U.S. interests.“ Übers. L.H.

⁶ 9,6 % des Weltvorrats, Rang 3, BP Statistical Review of World Energy 2007, 48 Seiten, Seite 8, http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2007/STAGING/local_assets/downloads/pdf/statistical_review_of_world_energy_full_report_2007.pdf

⁷ FAZ 5.4.2007, Zeitdruck in Bagdad.

⁸ Irans Anteil an den weltweiten Gasreserven 15,5 %, an Ölreserven 11,5 %.

2. NATO

Im strategischen Konzept der NATO vom 24. April 1999 erklärt sich die Allianz für die militärische Rohstoffsicherung zuständig:⁹

„24. Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf das Gebiet der Bündnispartner, aus welcher Richtung auch immer, finden Artikel 5 und 6 des Vertrags von Washington Anwendung. Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassenderer Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. [...] Im Bündnis gibt es Mechanismen für Konsultationen nach Artikel 4 des Washingtoner Vertrags sowie gegebenenfalls zur Koordinierung der Maßnahmen der Bündnispartner einschließlich ihrer Reaktionen auf derartige Risiken.“

3. Europäische Union (EU)

3.1. Schnelle Eingreiftruppen

Seit Anfang 2001 ist die bis dahin zivile EU formell ein Militärpakt, weil sie von der WEU die sogenannten Petersberger Aufgaben übernommen hat, die unter anderem „Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens“ – kurz Krieg – beinhalten. Um das auch wirklich zu können, baut die EU eine schnelle Eingreiftruppe auf. Sie soll 80 000 Soldaten umfassen. Ihre faktische Einsatzfähigkeit wird für 2010 angestrebt. Als Kriegsmaterial sollen ihr rund 100 Schiffe, darunter vier Flugzeugträger, fünf U-Boote, mindestens 17 Fregatten und zwei Korvetten sowie rund 400 Kampfflugzeuge zur Verfügung stehen.¹⁰ Deutschland stellt daran mit 18 000 Soldaten das größte nationale Kontingent.

3.2. Battlegroups¹¹

Die Speerspitze dieser schnellen Eingreiftruppe bilden sogenannte Battlegroups, jeweils 1 500 Mann stark, für die die EU-Staaten im Zeitraum 2005 bis 2012 Kontingente für 22 Battlegroups gemeldet haben, von denen jeweils

⁹ Das neue Strategische Konzept der NATO (dt. Sprache) <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/1999-strategie.html>

¹⁰ The Military Balance 2002/2003, S. 219

¹¹ EU-Institute for Strategic Studies, Paris, Februar 2007, 94 Seiten, Tab. S. 90 (Zeitraum 2007 bis 2011), <http://www.iss-eu.org/chaillot/cha97.pdf>.

zwei ein halbes Jahr lang in ständiger Einsatzbereitschaft stehen. Deutschland meldete Kontingente für acht Battlegroups an, wobei es in vieren die Führungsübernahme anstrebt. Das ist die häufigste Teilnahme und die häufigste Führungsübernahme aller EU-Staaten. Deutschland beteiligt sich also in höchstem Maße an der Militarisierung der EU. Das Battlegroup-Konzept benennt vorrangig Afrika als Einsatzgebiet. Das zur EU-Hardware. Nun zur Beschlusslage:

3.3. Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)

Im Dezember 2003 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU verbindlich eine „Europäische Sicherheitsstrategie“ (ESS).¹² Markante Sätze daraus sind:

„Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl - und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 Prozent durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70 Prozent erreicht haben. Die Energieeinfuhren stammen zum größten Teil aus der Golfregion, aus Russland und aus Nordafrika.“ [...] „Für ein handlungsfähigeres Europa [...] müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden.“ [...] „Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und, wenn nötig, robustes Eingreifen fördert.“ [...] „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art.“

3.4. Vorschlag für ein Weißbuch der EU-Militarisierung

Nicht zu unterschätzen ist der Einfluss des EU-eigenen Instituts für Sicherheitsstudien (ISS) in Paris. Ihr 140-Seiten starkes „European defence“¹³- Papier vom Mai 2004 verstehen die Autoren als Vorschlag für ein Weißbuch. Darin wird in einem speziellen „Szenario eines Regionalkrieges zur Verteidigung europäischer Interessen“ konkret die Golfregion behandelt. Aus der Annahme heraus, dass „Europas Reichtum und Sicherheit direkt bedroht wird, zum Beispiel in Form der Unterbrechung der Ölförderung und/oder des massiven Anstiegs der Kosten der Energieressourcen, der Unterbrechung des Waren- und Dienstleistungsflusses [...]“¹⁴, empfiehlt das ISS, Europa solle die Zuschauerrolle ablegen und sich militärisch an die Seite der USA stellen. Für

¹² Europäische Sicherheitsstrategie: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ vom 12.12.2003 <http://www.unikassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html>.

¹³ European defence, A proposal for a White Paper, Paris, 140 Seiten, <http://www.iss-eu.org/chailot/wp2004.pdf>.

¹⁴ a.a.O. S. 81.

die militärische Umsetzung eines Golfkrieges schlägt das ISS folgende ganz konkrete Militärkontingente vor: „Die EU trägt 10 Brigaden (60 000 Soldaten) bei. Das Heer wird von 360 Kampfflugzeugen, Unterstützungsflugzeugen, zwei Marine-Spezialeinheiten mit insgesamt 4 Flugzeugträgern, 16 Amphibienschiffen, 12 U-Booten, 40 Überwasserkampfschiffen, 2 Kommandoschiffen, 8 Unterstützungsschiffen und 20 Patrouillenbooten unterstützt.“¹⁵

4. Deutschland

Im Bundeswehr-Weißbuch sind auch Interessen wirtschaftlicher Natur festgehalten: Ein Zitat daraus:

„Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen.“¹⁶ Folglich, so heißt es, „muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden.“¹⁷ Der Begriff Energieinfrastruktur schließt die gesamte Versorgungskette – beginnend an der Quelle – ein.

Offensichtlich waren Kanzlerin Merkel diese Aussagen noch nicht prägnant genug. Das Weißbuch war noch gar nicht veröffentlicht, da ließ sie ihren CDU-Bundesvorstand bereits einen außenpolitischen Leitantrag für den bevorstehenden CDU-Parteitag im November letzten Jahres formulieren: Die CDU beschloss daraufhin: „Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist die deutsche Wirtschaft mehr als zuvor auf den freien Zugang zu den Märkten und Rohstoffen der Welt angewiesen. Die Bundeswehr kann als Teil der staatlichen Sicherheitsvorsorge im Rahmen internationaler Einsätze zur Sicherung der Handelswege und Rohstoffzugänge beitragen.“¹⁸ Das sind keine Sandkastenspiele. Denn die Bundeswehr wird bis 2010 strukturell zur weltweiten Angriffsfähigkeit aufgerüstet. Vorrangig erhalten die sogenannten Eingreifkräfte, die für die schnellen Eingreiftruppen von EU und NATO vorgesehen sind, neues Gerät. Ich will abschließend eine kleine Auswahl derjenigen Waffen und Ausrüstungen nennen, die in besonderem Maße die weltweiten Aspirationen und auch die Aggressivität belegen: Dazu zählen das deutsche radargestützte Satellitenspionagesystem SAR Lupe, welches für weltweite Aufklärung sorgen soll, und die 60 Airbusse A 400 M für den weltweiten Transport von Waffen und Soldaten. 600 Marschflugkörper Taurus machen die Luftwaffe angriffsfähig, und Marschflugkörper auf extra neu hergestellten

¹⁵ a.a.O. S. 84.

¹⁶ www.weißbuch.de, 165 Seiten, Oktober 2006, S. 19.

¹⁷ ebenda.

¹⁸ Beschluss des 20. Parteitags der CDU „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“, Dresden 28./29.11.2006, 20 Seiten, http://www.cdu.de/doc/pdfc/061127_Beschluss_A_end.pdf, CDU, S. 9.

hochseegängigen Korvetten sollen den Landbeschuss aus sicherer Entfernung ermöglichen - Reichweite mindestens 200 km. Interkontinental einsetzbare unbemannte Flugkörper wie der Global Hawk ermöglichen Aufklärungsdaten, die den Zeitvorteil im Krieg bringen sollen, und das Luftverteidigungssystem MEADS soll die Soldaten im Ausland unverwundbar machen. Schlussbemerkung: Wir werden uns auf ein aggressiveres Auftreten der deutschen Außenpolitik einstellen müssen. Für den Einsatz zur Rohstoffsicherung sind Grundsatzbeschlüsse gefasst worden und die militärischen Mittel dafür werden beschafft.

Militarisierung der Außenpolitik

Vortrag im Forum 5 „FRIEDEN – Das Ende des billigen Öls und die Militarisierung der Außenpolitik“ von Gabi Zimmer, MdeP, DIE LINKE

Zwei Vorbemerkungen

1. Wie die Überschrift verrät, geht es um die offizielle Außenpolitik, das heißt um die der Regierung bzw. der Europäischen Union. „Überflüssige Bemerkung“ könnte man meinen. Aber mir geht es um mehr – nämlich zum einen um Polemik gegen ein Politikverständnis im Sinne des Mainstreams, wo „Politik“ eine Sache von Verwaltungen und Parteien ist. Und zum anderen um die klare Aussage: Die Regierung militarisiert nicht „nur“ die Außenpolitik, sondern insbesondere die Entwicklungspolitik und zugleich die Innenpolitik. Braucht es nach Heiligendamm und den Fällen eines unmenschlichen „Schutzes“ vor vermeintlichen Flüchtlingsströmen noch eines Beweises, dass die herrschende Politik insgesamt mit Militarisierung einhergeht?
2. Was das alles mit Energiepolitik zu tun hat? Sehr viel. Denn nicht nur, dass es in Heiligendamm auch um Energiepolitik ging, sondern dass die geheimdienstlichen Sicherheitsüberprüfungen in trauter Zusammenarbeit von EU- und US-Behörden auch die Beschäftigten von Energieunternehmen betrifft. Was tut es da, dass die entsprechende Rechtsgrundlage dafür noch fehlt – die Erfahrungen besagen, dass die schon irgendwann nachgeliefert wird.

In den verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesverteidigungsministeriums heißt es: „Angesichts der gewachsenen Bedrohungen des deutschen Hoheitsgebietes durch terroristische Angriffe gewinnt der Schutz von Bevölkerung und kritischer Infrastruktur im Inland an Bedeutung und stellt zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der Aufgabenwahrnehmung im Inland ...“ Zur „kritischen Infrastruktur“ gehören die Energiekonzerne. Die „gewachsenen Bedrohungen“ haben selbstverständlich mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu tun und die mit Rohstoff- und Energieinteressen ...

Militarisierung der Entwicklungspolitik

Ich könnte hierzu noch Vieles sagen und es wurde hierzu eben schon Vieles dazu gesagt ... Daher möchte ich nunmehr mehr auf die Militarisierung der Entwicklungspolitik zu sprechen kommen. Dabei geht es in erster Linie um die Entwicklung der eigenen Konzerne bzw. des „Wirtschaftsstandortes“

Deutschland bzw. EU, nicht um „Entwicklung“, damit die Menschen in den armen Ländern endlich schrittweise selbstbestimmt in Würde leben können.

Anfang Dezember sollen auf dem EU-Afrika-Gipfel in Lissabon die neokolonialen Freihandelsabkommen EPA zwischen der EU und ihren ehemaligen Kolonien abgeschlossen und zugleich die EU-Afrika-Energie-Partnerschaft auf die Gleise gesetzt werden. Die sozialen, ökologischen und demokratiepolitischen Folgen der EPAs werden verheerend sein. Die EU-Afrika-Energie-Partnerschaft soll in erster Linie der EU Erdöl und Erdgas sichern. Beide Arten von Abkommen ignorieren die Millennium Development Goals, die die Regierungen der EU-Mitgliedsländer unterschrieben haben.

Ich möchte Euch erstens zur Teilnahme am Global Action Day gegen die EPAs, dem 7.12.2007 motivieren. Und zweitens zu der Grundposition, dass alle internationalen Vereinbarungen, die mit den armen Ländern geschlossen werden, unmittelbar auf die Erfüllung der MDG gerichtet sein müssen. Alle anderen Verhandlungen innerhalb der WTO, zwischen der EU und diesen Ländern sollen einem Moratorium unterliegen. Es darf nicht sein, dass ungebrochen Zerstörerisches verhandelt und signiert wird, während elementare – sowieso viel zu niedrig angesetzte – Regierungsvereinbarungen durch die Regierungen der reichen Länder de facto wieder aufgekündigt werden!

Über 50 Entwicklungsländer sind weitgehend auf den Export von Erdöl, Gas und Mineralien sowie von erneuerbaren Ressourcen wie Nutzholz angewiesen. Trotz dieses Reichtums müssen in diesen Ländern ca. 1,5 Mrd. Menschen mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag auskommen. Zwölf Länder, die vor allem von Einnahmen aus Erzvorkommen, und sechs Länder, die von Erlösen aus Erdöllieferungen abhängig sind, gelten als hoch verschuldet. 26 der 36 Länder der Welt, die über reiche Erdölvorkommen verfügen, rangieren unter den korruptesten Staaten der Welt. In vielen Fällen haben die Förderung und Lieferungen von Naturreichtümern – insbesondere von Erdöl – den Armen eine Zuspitzung ihrer Nöte gebracht. Umweltzerstörung, die Zerstörung sozialer Beziehungen und Strukturen und vielfach dadurch begünstigte Spannungen und blutige Konflikte erklären den Begriff „Ressourcenfluch“.

Die Herrschenden in den Industrieländern sind dennoch weder bereit, sich von ihrem Wachstumsparadigma zu verabschieden, noch mit den Entwicklungsländern zu beraten, wie Ressourcenexporte zum Einstieg in eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung genutzt werden können. Keineswegs sehen sie die Herausforderung, darüber nachzudenken, wie sie gemeinsam mit den Armen aus der atomar-fossilen Energiewirtschaft aussteigen, wirksam gegen Klimawandel, ökologische Probleme, soziale Nöte und Menschenrechtsverletzungen vorgehen können.

Im Jahre 2005 hatten 547 Millionen Afrikaner/innen keinen Zugang zu Elektrizität. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Elektrizität ist im Zeitraum von 1980 bis 2000 von 431 kWh auf 112 kWh gefallen. Noch etwas genauer und dann höre ich auch mit den Zahlen auf: Nur 37,8 % der afrikanischen Bevölkerung hat Zugang zu Elektrizität, 25,9 Prozent in der Sahara-Zone. 19 Prozent der Bevölkerung in Afrikas ländlichen Räumen können Elektrizität nutzen. In der Sahara-Zone sind es 8 Prozent. Afrikas Anteil an der Weltproduktion kommerziell genutzter Energie liegt bei 10 Prozent. Sein Anteil am globalen Energieverbrauch beträgt gerade einmal 3 Prozent.

70 Prozent der afrikanischen Bevölkerung nutzt Biomasse (insbesondere zum Kochen) in der traditioneller Art und Weise. Damit wird die Zerstörung der Regenwälder befördert. Afrikas Energieexporte gehen zu 55 Prozent nach Europa, zu 30 Prozent nach Nordamerika, zu 5,4 Prozent nach Lateinamerika, zu 7,2 Prozent nach Asien und nur 1,6 Prozent machen die innerafrikanischen Exporte aus.

Die meisten afrikanischen Länder sind Erdölimporteure. Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Investitionen wird getätigt, um Energie- und Rohstoffimporte zu sichern. Dafür werden Banken wie die Europäische Investitionsbank aktiv. Sie begründen ihre Tätigkeit mit Unterstützung für die afrikanische Energiewirtschaft, damit sie im Interesse der Bevölkerung ihre Ressourcen erschließen kann. Aber gerade dafür werden meist keine Großprojekte gebraucht: Dezentralisierte Energieversorgungssysteme auf der Basis erneuerbarer Energien - kleine Wasserkraftwerke, Windkraft, Sonnenenergie, Geothermie und Biomasse – sind die einzig angemessenen Lösungen für die ländlichen Gebiete und entsprechen den Bedürfnissen kleiner Betriebe.

Was die Entwicklung von Technologien bzw. den Technologietransfer angeht, so wären die Prioritäten: Kochen und Heizen, die Elektroenergieerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energien und die sozial und ökologisch nachhaltige Produktion von Biokraftstoffen. Biokraftstoffe könnten Importabhängigkeiten abbauen helfen.

Da es hingegen der Europäischen Union insgesamt – allerdings nicht allen Ländern gleichermaßen – in erster Linie um sich selber geht, geht es ihr um die Sicherung der Förderung und des Transports von Energie in ihre Mitgliedsstaaten. Da darf dann auch mal einfach Wald vernichtet werden, um Plantagen für die Bioethanolproduktion anzulegen. Und für diese Produktion dürfen auch Gentechnologien eingesetzt werden. Weder das Klima noch die ökologischen Systeme interessieren, schon gar nicht die Menschen, deren Lebensräume und Sozialstrukturen weichen müssen und die die ersten Opfer weiterer globaler Erwärmung sind. Dadurch begünstigte Konflikte legitimieren weitere Waffenexporte.

Der Afrika-Experte Stephan Klingebiel hatte auf eine Frage der Bundeszentrale für politische Bildung erklärt: „Ich meine, die Bundeswehr sollte keine Entwicklungshilfemaßnahmen übernehmen. Die Bundeswehr sollte dort tätig werden, wo es um die Stabilisierung geht. Die Entwicklungspolitik kann und sollte keine militärischen Aufgaben übernehmen, und umgekehrt ist die Bundeswehr nicht dazu da, zivile Aufgaben zu lösen.“ (http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=Q7MF6E). Das klingt einerseits konsequent, aber andererseits werden Auslandseinsätze der Bundeswehr also als etwas ganz Normales angesehen. Und bei der Haushaltsdiskussion 2006 ging man noch einen Schritt weiter: So schlug der CDU-Politiker Ole Schröder vor, humanitäre Einsätze der Bundeswehr künftig aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu finanzieren. „Missionen wie zum Beispiel in Nordafghanistan und im Kongo sind eindeutig Entwicklungshilfe“, zitierte die „Bild“-Zeitung. Der insbesondere von den Grünen gehörte Protest kann so ernst nicht genommen werden. Denn mit ihrer Regierungsbeteiligung wurde in der Europäischen Union schon Jahre zuvor eine entsprechende Praxis eingeführt.

Vor zwei Jahren hatte UN-Generalsekretär Kofi Annan erklärt, dass endlich die Weichen zu stellen seien, wenn die Anfang des Jahrtausends von den Regierungschefs der Welt vereinbarten Entwicklungsziele auch erreicht werden sollen. Das Internationale Konversionszentrum Bonn hatte daraufhin betont, dass ohne Kurskorrekturen und neue Prioritäten die Millenniumsziele Papier bleiben würden und dass Abrüstung und Konversion einen wirksamen Beitrag zum Abbau der weltweiten Armut leisten können. Das träfe vor allem für Afrika zu. Bei etwa einem Drittel der bewaffneten Konflikte spielte bzw. spielt der Faktor Rohstoffe eine wichtige Rolle - d. h. der Konflikt wurde durch die Ausbeutung von Rohstoffen verursacht, ausgelöst, verschärft oder finanziert.

Während die Erhöhung der Entwicklungshilfe hinter den Erfordernissen und Zusagen zurückgeblieben ist, gab es gleichzeitig erhebliche Steigerungen in den Militärhaushalten. Die öffentliche Entwicklungshilfe nahm zwischen 1999 und 2003 um zehn Milliarden US-Dollar zu, die regulären Militärausgaben stiegen dagegen real um 28 Milliarden US-Dollar, also um fast das Dreifache an. Hinzu kamen Ausgaben für die Kriege in Irak und Afghanistan von weiteren mehr als 150 Milliarden US-Dollar. Die Militärausgaben der Bundesrepublik übertreffen die deutsche Entwicklungshilfe um etwa das Fünffache.

Die sogenannten Geberländer zur Erlangung der Millennium Development Goals, allesamt Mitglieder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), müssen alle fünf Jahre ihre Entwicklungspolitik durch zwei andere OECD-Länder begutachten lassen. 2005 erfolgte das Peer Review der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durch ein französisch-

niederländisches Expertenteam. Neben der Sammlung allgemeiner Kennziffern und Befragungen von Mitarbeitern in Behörden wurde die deutsche Zusammenarbeit am Beispiel von zwei Empfängerländern, Äthiopien und Nicaragua, vor Ort analysiert.

Obwohl man also einander gegenseitig evaluiert, fiel die Zensur für Deutschland negativ aus: Erstens sei die deutsche Entwicklungszusammenarbeit „bislang“ zu wenig auf die Armutsbekämpfung ausgerichtet, und zweitens würden die Konzepte und Programme zu sehr von der Warte des „Gebers“ ausgehen.

Wenn sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit an der Energiepolitik orientiert und auf die Stabilisierung „linkspopulistischer Krisenherde“ konzentriert, bleibt für Ernährung nicht mehr viel übrig, und Länder wie Malawi oder Mosambik fallen hinten runter.

Allerdings ist die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ im Kommen. Vor allem seitens der Außen- und Sicherheitspolitik wird eine aktive Beteiligung der Entwicklungspolitik bei der Milderung von Konflikten immer mehr erwartet und gefordert.

Action Aid International subtrahierte alles, was nicht auf Armutsbekämpfung gerichtet war, von der offiziell ausgewiesenen „Entwicklungshilfe“ und kam zu dem Ergebnis, dass 2004 die tatsächlich für die Armutsbekämpfung zur Verfügung eingesetzten Mittel 0,14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Geberländer entsprachen – ein Fünftel des 35 Jahre alten, bisher nie erreichten Zieles von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes als „offizielle Entwicklungshilfe“ ODA. Von den vorgeblich 79 Milliarden US-Dollar weltweiter ODA des Jahres 2004 waren 37 Milliarden US-Dollar Phantomhilfen. Die Bundesrepublik rangiert hier im Mittelfeld (Klaus Pedersen: Zum eigenen Nutzen; Bundesregierung betreibt Militarisierung der „Entwicklungshilfe“; <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Entwicklungspolitik/militarisierung.html>).

Der EU-Sicherheitschef Solana hat in einem Beitrag zur entwicklungspolitischen Diskussion von der „zielgerichteten Einbindung und Unterordnung von Entwicklungspolitik in kurzfristige politische und militärische Strategien“ gesprochen. Insbesondere gehe es um die weitreichende Nutzung von Instrumenten der Entwicklungspolitik (...) im Rahmen militärischen Vorgehens, wie z. B. bei den Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Und weiter: „Entwicklungspolitik finanziert nichtzivile Maßnahmen und Einsätze: Hier gibt es verschiedene aktuelle Beispiele, die sich vom Charakter her als Grenzverschiebung dessen bewerten lassen, was Entwicklungspolitik traditionell praktiziert hat.“ Konkret zu nennen wären: Umschichtungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zur Unterstützung des Militäreinsatzes der „Economic Community of West African States“ in Liberia, die im November 2003

beschlossene Einrichtung einer „Peace Facility for Africa“, ein aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds finanziertes militärisches Projekt, und die Tatsache, dass Deutschland seine Pflichtbeiträge zu militärischen UN-Missionen als ODA abgerechnet hat.

So also wird endlich „Kohärenz“ in der Entwicklungspolitik hergestellt! Und noch etwas dazu: Der größte Einzelposten unter den zwölf Schwerpunktbereichen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 2005 war der Bereich „Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft“.

Der am 18. Juli 2003 vom Europäischen Konvent vorgelegte Entwurf für eine europäische Verfassung schrieb die Formulierungen früherer Verträge fort und stärkte die Kohärenz der Ziele im außenpolitischen Handeln. Allerdings ermöglichten die Bestimmungen im Abschnitt zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eine weitgehende Instrumentalisierung der gemeinsamen Entwicklungspolitik. Die wurde sogar noch gestärkt und findet sich „selbstverständlich“ im Entwurf des EU-Reformvertrages wieder.

Auch auf der Ebene institutioneller Reformen zeichnet sich insbesondere seit 2002 die politisch motivierte Subordination originärer entwicklungspolitischer Ziele unter die GASP deutlich ab. So wurde 2002 die Auflösung eines eigenständigen Entwicklungsministerrates durch den Europäischen Rat verfügt. Seit Jahren werden Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds für militärische Zwecke eingesetzt.

2006 hatte sich die Bundesregierung schwer getan, den Kongo-Einsatz der Bundeswehr durch den Bundestag zu bringen. Es war ihr gelungen, und sofort ging es um einen Einsatz im Sudan. Schließlich hatten die NATO-Außenminister über eine Aufstockung der derzeitigen UNMIS-Truppen im Südsudan beraten. Die Argumente klangen gleich: Im Kongo waren es die Absicherung der Wahlen und die Stabilisierung der Demokratie, im Sudan die Absicherung des Friedensvertrages und das Elend in Darfur.

Der Bürgerkrieg im Sudan reicht bis in die frühen achtziger Jahre zurück. Er hat etwa zwei Millionen Tote gekostet und über zwei Millionen Flüchtlinge. Trotz dieses grausamen Krieges berichtete die Neue Züricher Zeitung anerkennend, dass es trotz der widrigen Umstände „ausländischen Firmen gelungen [ist], mitten im Krisengebiet pro Tag rund 20 000 Fass Erdöl zu produzieren und über eine 1 600 Kilometer lange Pipeline zu transportieren“.

Die Vorwürfe gegen die kanadische Talisman Energy Inc., sie nähme Menschenrechtsverletzungen in Kauf und trüge dazu bei, den Krieg zu finanzieren, treffen wohl alle in der Erdölförderung und Minenindustrie tätigen Firmen. Chevron wurde 1980 im Südsudan aktiv und steckte Milliarden Dollar in die Erkundung von Öllagerstätten. Sie schätzt deren Reserven größer als die im Irak und in Saudi-Arabien zusammen ein. Chevron wurde alsbald durch die

sudanesische Befreiungsarmee (SPLM) vertrieben. Danach unterstützte Washington die SPLM im Guerilla-Krieg mit Waffen und Ausrüstung, weil sie die Exklusivrechte für die Vermarktung des sudanesischen Öls erhofften. Da war man erst mal sauer.

Nunmehr sind Unternehmen aus etwa zehn Ländern in der sudanesischen Ölindustrie tätig. Ihre größten Probleme sind die Sicherheit und die Grenzziehung zwischen den Ölfeldern. Auch Darfur ist mittlerweile aufgeteilt, und Konzessionen sind an Unternehmen aus China, Indien, Pakistan und Malaysia vergeben. Die USA meinten, zu kurz gekommen zu sein. Da muss man doch verstehen, dass Bush eine NATO-Beteiligung an der UN-Truppe haben wollte.

Und noch ein Beispiel: Die im Januar 2007 als Nachfolgerin der dubiosen „Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC) proklamierte „Al Qaida im Islamischen Maghreb“ wurde schnell als Urheberin der Anschläge in Algier vom April ausgemacht. Ihre Existenz rechtfertigt erneut den Schulterchluss mit Washington im „Antiterrorkampf“.

Zugleich dient sie den USA als Begründung für die beschleunigte Einrichtung des direkt dem Pentagon unterstellten US-Oberkommandos „Africom“. Das soll nun nicht mehr vom US-Oberkommando in Stuttgart abhängig sein, wie Verteidigungsminister Robert Gates erklärte. Ryan Henri, stellvertretender Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten des Pentagon, hat flugs sechs afrikanische Länder bereist, um den Ort für die Etablierung dieses Oberkommandos festzulegen, das bereits operationsfähig sein soll.

Die im Frühjahr zunächst verkündete Distanzierung Algiers von den USA ordnet sich eher in die regionale Großmachtstrategie Algeriens ein: Nachdem Russland im vergangenen Jahr zu verstehen gab, es könne seine Energieressourcen auch als politisches Druckmittel einsetzen, stieg Europas Interesse am Erdgasexporteur Algerien. Und schon im Juni verhandelte man.

Bereits jetzt beziehen die EU-Staaten über Pipelines via Tunesien nach Italien und via Marokko nach Spanien und über Flüssiggas-Transporte zwölf Prozent ihrer Erdgasimporte aus Algerien. Aus Russland sind es derzeit 28 Prozent. Im Januar 2007 beschlossen die algerische SONATRACH und die russische Gasprom eine enge Zusammenarbeit bei der Förderung und Vermarktung von Erdgas. Die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen auf ihrem Gipfeltreffen im März die – bereits erwähnte - Energiepartnerschaft mit Afrika.

Der Wettlauf der Großen um die Energiesicherung ist ein verdammt gefährliches Spiel: So brauchen die USA zur Rechtfertigung ihrer militärischen Strategie „Greater Middle East“ eine reale Bedrohung durch den Terrorismus. Für diese wird die Bush-Administration schon sorgen. Und die Hinweise der Eu-

ropäischen Sicherheitsstrategie und der deutschen Leitlinien zur Verteidigungspolitik zur Notwendigkeit gegebenenfalls auch militärischer Ressourcensicherung sind deutlich genug. Sind terroristische Gruppen erst einmal aktiv, werden sie zwischen den USA und der EU kaum unterscheiden. Warum auch? Und so läuft die EU Gefahr, wie im Mittleren Osten zur Geisel der USA und ihrer mittels des „Krieges gegen den Terror“ betriebenen Ressourcensicherung zu werden.

Anmerkung:

Die Staats- und Regierungschefs von 179 Ländern der Welt hatten beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000 in New York versprochen: Bis 2015 soll der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen an der Weltbevölkerung halbiert werden. Dieses Ziel sei jetzt in „höchster Gefahr“, stellt das Bonner „Internationale Konversionszentrum“ (BICC) in seinem am Dienstag veröffentlichten Jahrbuch fest. Grund dafür sei vor allem der weitere Anstieg der Militärausgaben. 2003 ist das letzte Jahr, für das bereits gesicherte Informationen vorliegen. In diesem aktuellsten Jahr lagen die deutschen Ausgaben für Entwicklungshilfe laut BICC bei 6,8 Milliarden US-Dollar, die Ausgaben für Militär dagegen bei 32 Milliarden. Während 2003 weltweit insgesamt 90 Milliarden für die Entwicklung ausgegeben wurden, waren es rund 950 Milliarden für Krieg und Waffen.

DIE LINKE – Programmatische Positionen, Forderungen und Strategien für Klimaschutz und Energieversorgung

Einführungsbeitrag auf der Podiumsdiskussion „Die LINKE – Programmatische Positionen, Forderungen und Strategien für Klimaschutz und Energieversorgung“ von Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN

Erinnern Sie sich noch an den Arbeitsplatzkampf bei Airbus? Es ist allgemein bekannt, dass das Flugzeug Klimakiller Nr. 1 und Airbus Rüstungsproduktion darstellt. Eine politische Kraft, die sich der Abrüstung und dem Klimaschutz verpflichtet fühlt, hätte in dieser Auseinandersetzung auch einmal die Frage aufwerfen müssen – was da eigentlich produziert wird und ob die Gesellschaft dieses Produkt überhaupt braucht.

Doch DIE LINKE kämpfte wacker für den Erhalt der Arbeitsplätze, ohne diese heiklen Fragen auch nur anzusprechen. Dieser Umstand deutet auf ein Problem hin, welches es genauer zu beleuchten gilt, wenn es DIE LINKE ernst meint mit ihrem Einsatz für den Klimaschutz.

Klima und Energie macht Arbeit – so Titel der heutigen Veranstaltung. Und ich wurde gebeten, etwas zum Stellenwert von Klimaschutz in der Programmatik der LINKEN zu sagen. Nun liefern die programmatischen Eckpunkte und unserer Engagement im Bundestag genügend Stoff für eine 20-minütige Beweisführung, warum DIE LINKE für alle Wählerinnen und Wähler, denen der Klimaschutz besonders am Herzen liegt, die beste Adresse ist.

Doch diese Konferenz ist dann erfolgreich, wenn es gelingt, Klimaschutz in all seiner Konsequenz stärker in der LINKEN zu verankern. Dies setzt eine ehrliche Problemanalyse voraus. Dass am Anfang die schonungslose Analyse der bestehenden Verhältnisse stehen sollte – dieses methodische Erbe von Karl Marx sollte auch dem Klimaschutz zu Gute kommen.

Auch wenn ich in den letzten Jahren vorrangig für Soziales zuständig war, so habe ich doch die Politik meiner Partei immer durch die kritische Brille der Ökologin betrachtet. Schließlich führte mein Weg in die Politik über den kommunalen Umweltschutz. Sechs Jahre lang war ich in Sachsen für die Verkehrspolitik zuständig. Dem Politikfeld, in welchem zentral über Sein oder Nichtsein von Klimaschutz entschieden wird.

Und ich muss kritisch feststellen: Es gibt drei zentrale Denkbarrieren, welche unsere Partei vom konsequenten Klimaschutz trennen: Die Wachstumsideologie, die Neigung, beim Straßenbau der Mehrheit nach dem Munde zu reden, und den Arbeitsfetischismus.

Zur Wachstumsideologie

Das Schneller–Höher–Weiter – also der kapitalistische Komparativ ist ökologisch gesehen einfach nicht zum Nulltarif zu haben. Wachstum zielt immer auf quantitatives Mehr. Dieses Mehr kann weniger oder mehr Umwelt zerstörend sein, aber niemals ökologisch neutral.

Wer eine qualitative Weiterentwicklung will, der rede nicht von Wachstum, sondern von Entwicklung. Insofern setzt der ökologische Umbau der Gesellschaft den Bruch mit der Wachstumslogik voraus. Soweit der kapitalistische Komparativ einer neoliberalen Wirtschaftslehre folgt, ist DIE LINKE sich einig in der Ablehnung. Doch auch die keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik folgt der Wachstumslogik. Ohne Frage ist der Keynesianismus aus sozialer Sicht ein Fortschritt gegenüber dem Neoliberalismus. Jedoch bleibt auch diese Wirtschaftslehre in der Wachstumsideologie verhaftet. Der Keynesianismus stellt eben nicht die Systemfrage, sondern vertritt lediglich einen klug geleiteten Kapitalismus.

Zur Untermuerung dieser Aussage möchte ich aus einem Artikel zitieren, den Rudolf Hickel anlässlich des 60. Todestag von John Maynard Keynes verfasste: „Schlicht unseriös ist“ - so Hickel – „die Behauptung [...], die gesamtwirtschaftliche Nachfragepolitik“ - also der Keynesianismus – „verließe den Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung.“

Die keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik bleibt ergo innerhalb der marktwirtschaftlichen Logik. Die LINKE muss demzufolge lernen, wirtschaftspolitisch über den begrenzten Horizont des Keynesianismus hinaus zu denken, wenn sie die Systemfrage stellen möchte – auch aber nicht nur im Sinne eines konsequenten Klimaschutzes.

Zum Straßenbau: Konsequenter Klimaschutz verlangt nach einer verkehrspolitischen Wende. Eine solche Wende muss weniger Verkehr insgesamt und vor allem weniger LKW- und weniger Autoverkehr zur Folge haben. Alle mir bekannten Studien zur Veränderung des Modal splits zeigen: Es bedarf sowohl Pull-Faktoren als auch Push-Faktoren. Soll heißen: Bus, Bahn und Rad müssen einerseits attraktiver werden, und andererseits muss das Autofahren unattraktiver werden. Spätestens, wenn die verkehrspolitische Wende bedeutet, aktiv gegen neue Autobahnen vorzugehen, setzt bei so manchem bekanntlich der Wankelmut ein. Dabei spricht die Empirie eine klare Sprache: Breitere Straßen führen letztlich nur zu noch mehr Autoverkehr.

Ich erinnere mich noch gut an eine verkehrspolitische Debatte zu den Auswirkungen einer sächsischen Autobahn. Ich hatte damals die Staatsregierung sowohl nach den wirtschaftlichen als auch nach den umweltrelevanten Auswirkungen gefragt. Die Staatsregierung konnte keinen einzigen Indikator

nennen, der nachwies, dass die Autobahn die wirtschaftliche Situation der betroffenen Regionen verbesserte hatte.

Die ökologische Bilanz hingegen war eindeutig negativ. Durch schnellere Straßenverbindungen geriet das Verkehrsmittel Bahn ins Hintertreffen. Mehr Menschen stiegen aufs Auto um. Ein Mehr an klimarelevanten Abgasen war die Folge. Eine solche Faktenlage hätte an sich zu Nachdenklichkeit führen müssen. Doch nichts dergleichen geschah.

Stattdessen machte sich der CDU Redner darüber lustig, dass sich die PDS mit dem Schmelzen der Pole beschäftige. Die Heiterkeit im Saal unterstrich nur zu deutlich die tiefe Überzeugung, das Schmelzen der Pole habe nichts, aber auch gar nichts, mit der sächsischen Verkehrspolitik zu tun. Man suhlte sich in der Gewissheit, dass das Schmelzen der Pole auch keinerlei Rückwirkung auf die Situation in Sachsen habe.

Als dann im Jahr 2002 halb Dresden überschwemmt wurde, war die Betroffenheit groß. Und diese Überschwemmung war womöglich nur ein kleiner Vorgeschmack auf die Klimakatastrophen, die uns noch bevorstehen.

Doch wenden wir uns dem Thema DIE LINKE und die Arbeit zu. Sozial ist, was Arbeit schafft – Diesen Slogan hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, das neoliberale Propagandainstitut schlechthin, nicht ohne Grund versucht, in die Köpfe einzupflanzen. Denn: Sozial ist, was Arbeit schafft – bedeutet Arbeit, egal zu welchem Preis, sei sozial. Und sei es zu einem Lohn von 1 Euro die Stunde oder zum Preis einer zerstörten Umwelt. Sozial ist, was Arbeit schafft, diese Logik konsequent zu Ende gedacht, bedeutet auch, Sklavenarbeit und Kinderarbeit sei sozial. Es gab Zeiten, da blamierte sich die PDS mit Plakaten wie „Arbeit muss das Land regieren!“ Von solchen Slogans ist es nicht mehr weit zu einem Denken a la sozial ist, was Arbeit schafft. Der schlichte Ruf nach einfach mehr Arbeit und mehr Beschäftigung, ohne die Frage nach dem Inhalt der Arbeitsplätze ist Ausdruck des Schlafes der menschlichen Vernunft.

Insofern ist es ein diskursiver Fortschritt, wenn wir jetzt nicht einfach nach mehr Arbeit rufen, sondern gute Arbeit fordern. Aber was verstehen wir unter guter Arbeit? Schaut man sich die Vorschläge der Fraktion an, so meint gute Arbeit vor allem sichere Arbeit, gut bezahlte Arbeit mit Qualifikationsschutz. Dies ist alles nicht gering zu schätzen.

Und doch fällt auf, dass die ökologischen Auswirkungen von Arbeit ausgeblendet werden. Dabei gibt es Betriebe, die zwar Arbeitsplätze schaffen und Profite abwerfen, aber gesamtgesellschaftlich keinen Reichtum, sondern nur mehr Elend und Umweltverschmutzung bringen. Oder will ernsthaft jemand behaupten, Betriebe, in denen Landminen hergestellt werden, leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Reichtum?

Oder was ist mit Betrieben, in denen Tamagotchis hergestellt werden? Bewirken die nicht vor allem unnötigen Ressourcenverbrauch und unnötige Emissionen? Ist bei solchen Arbeiten nicht Unterlassung die wahre Leistung gegenüber der Gesellschaft? Doch wer meint, nur Erwerbsarbeit ist Leistung, ist schnell blind gegenüber der schädlichen Auswirkung so mancher Arbeit auf die Gesellschaft. Außerdem sollten doch gerade wir Linken um den entfremdeten Charakter von Erwerbsarbeit im Kapitalismus wissen. Doch leider scheinen gerade diejenigen, die sonst so gerne Karl Marx zitieren, seine Ausführungen zum entfremdeten Charakter von Arbeit völlig auszublenden.

Leider ist innerhalb der LINKEN die verkürzte ökonomistische Sicht auf Arbeit immer noch dominant. Nur das, was sich im entlohnten Arbeits- und Kapitalbereich abspielt, wird als Leistung erachtet. Die vielen Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit werden hingegen schnell gering geschätzt.

Dabei werden in unserem Land rund 100 Mrd. Stunden jedes Jahr in unbezahlter Tätigkeit, also Haus- und Erziehungsarbeit sowie Ehrenamt vollbracht. Dass ist übrigens fast doppelt soviel wie die Summe der in Erwerbsarbeit verbrachten Stunden. Diese Zahlen belegen es, unsere Gesellschaft basiert in ihrem inneren Zusammenhalt und ihrem gesellschaftlichen Reichtum in viel stärkerem Maße auf den Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit. Und doch wird nur die Säule Erwerbsarbeit mit Leistung gleichgesetzt.

In ihrem Buch „Die neuen Grenzen des Wachstums“ kommen die Autoren Meadows und Randers zu einem Fazit, welches in dem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben sollte: „Solange Egoismus und Unersättlichkeit das Gemeinwesen regieren, wird uns die schönste Effizienzrevolution nicht retten können. Solange als Arbeit nur das anerkannt wird, was den Umsatz steigert, kann der Naturverbrauch nicht dauerhaft gebremst werden.“

Der ökologische Umbau erfordert also den Bruch mit dem blinden Arbeitsfetischismus. Dieser programmatischen Herausforderung muss sich auch die neue LINKE stellen.

Oder um diesen Abschnitt mit einer kleinen Hommage an Andre Gorz zu vollenden: „Wir müssen“ – und hier zitiere ich aus seinem Werk „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ – „den Mut aufbringen, den Exodus aus der ‚Arbeitsgesellschaft‘ zu wagen. Sie besteht nicht mehr und kehrt auch nicht wieder zurück. Wir müssen sie begraben, statt ihr nachzutruern, damit aus ihren Trümmern eine andere Gesellschaft entstehen kann.“

Um es zusammenzufassen: Die Wachstumsideologie, die Neigung, beim Straßenbau der Mehrheit nach dem Munde zu reden, und der Arbeitsfetischismus - diese drei Barrieren gilt es zu überwinden, wenn der Klimaschutz mehr als ein Wahlkampfschlager werden soll! Dies stellt eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für DIE LINKE dar. Doch dieser Bruch nach

vorn ist es wert. Denn konsequenter Klimaschutz gehört zu den ureigensten Anliegen der Linken.

Sechs Argumente, warum konsequenter Klimaschutz im originären Interesse der Linken liegt:

1. Die Brisanz des Klimaschocks ist nicht mehr zu leugnen

Der Klimaschock ist durch menschliches Handeln verursacht. Unverbesserliche Skeptiker führen gelegentlich an, dass Vulkane mehr CO₂ produzieren als der Mensch. Diesen Skeptikern sei jedoch gesagt: Menschliche Ursachen hinterlassen einen anderen Fingerabdruck als natürliche Quellen. Mit Hilfe der so genannten Fingerabdruckmethode konnte man mit fast 100-prozentiger Wahrscheinlichkeit ermitteln, dass der Mensch den Klimawandel zu verantworten hat.

Wir rasen mit Höchstgeschwindigkeit auf den Klimaschock zu. So ist in diesem Jahr die Nordpolregion auf seine geringste Ausdehnung seit Beginn der Satellitenbeobachtung vor 30 Jahren geschrumpft. In nur einem Jahr ist das Eis um eine Million Quadratkilometer geschmolzen. Die Folge: extreme Überschwemmungen. Andernorts hingegen führt der Klimaschock zu extremer Dürre.

2. Klimaschutz ist eine Frage der internationalen Gerechtigkeit

Der zweite Bericht des Klimarates der Vereinten Nationen bringt erschreckende Prognosen zu tage: Der ärmere und verwundbare Teil der Menschheit wird vom Klimawandel zuerst betroffen sein. Afrika wird zu den großen Verlierern gehören.

In den kommenden 13 Jahren werden zusätzliche 75 bis 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden. Internationale Solidarität gehört zu den wichtigsten Traditionen der Linken. Internationale Solidarität im 21. Jahrhundert bedeutet vor allem Klimaschutz. Wer vor Ort den Klimaschutz unterstützt, leistet somit auch einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Leid und Elend in Afrika.

3. Nachhaltiger Klimaschutz stellt in der Parteienlandschaft eine Leerstelle dar.

Für die CDU bedeutet Klimaschutz nur eins: die energiepolitische Rolle rückwärts ins atomare Zeitalter. Und so scheinbar couragiert Frau Merkel George Bush zum Klimaschutz drängt, so couragiert vertritt sie in Europa die Interessen der Verschmutzerindustrie. Als man in der EU über höhere Schadstoffgrenzen für Autos diskutierte, war es die deutsche Kanzlerin, die ein Veto einlegte.

Für die FDP ist Klimaschutz vor allem ein Investitionshindernis, welches die Freiheit der Konzerne beschränkt. In der SPD gibt es zweifelsohne engagierte Klimaschützer. Doch summa summarum hat sich die SPD leider von dem Ziel verabschiedet, die Macht der großen Konzerne fürs Allgemeinwohl einzuschränken. Und letztlich ist es ein SPD-Minister, der den Börsengang der deutschen Bahn voranbringt. Ob daran das Votum des SPD-Parteitages etwas ändert, bleibt fraglich.

Wären da noch die Grünen. Sicherlich, in punkto erneuerbare Energien gehen von ihnen immer noch Impulse aus. Jedoch stehen die Grünen für eine Energiepolitik, bei der die Ärmsten besonders zu Kasse gebeten werden.

Neulich brachte ich im Sozialausschuss einen Antrag ein, die steigenden Energiekosten beim Wohngeld stärker zu berücksichtigen. Auf diesen Zuschuss zur Miete haben vor allem Geringverdiener Anspruch. Die leben bekanntlich in den billigeren Wohnungen, die nicht besonders wärmedämmend sind und deswegen besonders hohe Heizkosten verursachen. Die Grünen argumentierten gegen unseren Antrag. Wer Heizkosten erstattet bekomme, habe – so der Vertreter der Grünen - keinen Anreiz zum Energiesparen. Nun bin ich selber ein großer Fan des Energiesparens. Meine WG-Mitbewohner können ein Lied davon singen, wie ich beständig auf der Suche nach Energieeinsparquellen bin. Aber eine Politik, wie sie die Grünen betreiben, bei der der Klimaschutz vor allem auf den Rücken der Armen ausgetragen wird, ist nicht nur sozial ungerecht. Eine solche Politik untergräbt außerdem die Akzeptanz für Klimaschutz in der Bevölkerung. Nachhaltige Klimaschutzpolitik sieht anders aus.

Nachhaltiger Klimaschutz bittet nicht vorrangig die Armen, sondern vor allem die Konzerne zu Kasse. Ein solches Verständnis von Klimaschutz stellt in der Parteienlandschaft eine Leerstelle dar. Wir sollten diese Leerstelle noch gründlicher ausfüllen.

4. Die Transformationskompetenz, welche DIE LINKE im Osten gewinnen konnte, macht sie sensibler für einen Strukturwandel jenseits der alten Aufschwungspropaganda.

Es gibt in diesem Land abgehängte Regionen, die vom wirtschaftlichen Niedergang gezeichnet sind. Diese Regionen gibt es nicht nur in Ostdeutschland aber dort treten sie häufiger auf. Erwerbslosigkeit ist in diesen Regionen Alltag. Die alte Wachstumsideologie hilft dort schon lange nicht mehr weiter. Die blühenden Landschaften, die Helmut Kohl nach der Wende versprach, kommen in diesen Gegenden nur noch im wortwörtlichen Sinne vor – als brachliegende Flächen, die sich die Natur langsam zurückholt.

Der Dokumentarfilm „Neuland“ von Holger Lauinger und Daniel Kunle hat diese Entwicklung in anschaulicher Art und Weise eingefangen. Dieser Film handelt vom Abschied von einst vertrauten Konstanten. Die Botschaft ist klar: Die Wachstumsideologie ist gescheitert. Die Menschen werden aber weiter in einem Spiel gehalten, dessen Grundlagen erodieren. Es wird Arbeit simuliert, die an sich niemand braucht. Doch „Neuland“ ist weit mehr als die Dokumentation der Verödung. Dieser Film zeigt Wege, mit dem eigentümlichen Luxus der Leere umzugehen. Auch für einen Ort ohne Zukunft gibt es die Zeitform Futur. Und so werden Betreiber von Umsonstläden ebenso wie Menschen in Landkommunen zu Raumpionieren.

Der Film „Neuland“ schafft keine Helden, aber er macht Mut zum Denken und Handeln jenseits der Resignation und jenseits der Illusion vom Wachstums- und Beschäftigungswunder. So begeistert beispielsweise die Idee, ein Dorf mit vor Ort erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien wie Biomasse und Wind zu versorgen. Mittels regional erzeugter Energie soll das Einkommen in die Fläche zurückgeholt werden, anstatt sie den Energiekonzernen in den Rachen zu werfen. Je teurer die Energie der großen Konzerne wird und je mehr Raum und Zeit vor Ort im Überfluss vorhanden ist, desto mehr überzeugt diese Idee. Von dieser Form von Transformationskompetenz kann der Klimaschutz bundesweit profitieren.

5. Die Privatisierungswelle ist ein Angriff auf den Klimaschutz.

Wo privatisiert wird, bleibt die volkswirtschaftliche Effizienz auf der Strecke. Wohin die sogenannte Liberalisierung im Paketbereich führte, kann jeder vor der eigenen Haustür beobachten. Manchmal halten die Autos der unterschiedlichen Paketdienste kurz hintereinander. Jeder hat aber nur wenige Päckchen anzuliefern. Dies ist volkswirtschaftlich höchst ineffizient. Würden

all die Pakete von nur einem Auto ausgeliefert, könnte viel Sprit gespart werden.

Zu den großen Verlierern der Privatisierungen gehören neben den Verbrauchern und Beschäftigten die Demokratie sowie der Klimaschutz. Gewählte Abgeordnete geben Entscheidungskompetenzen freiwillig in die Hände von privaten Firmen. Sie werden somit in Sinne von Jacques Derrida zunehmend strukturell inkompetent.

Ist die Bahn erst einmal an der Börse, können Politiker Fahrpreissteigerungen nur noch kritisieren, aber nicht mehr verhindern. Sind die Stadtwerke einmal verscherbelt, können weder Bürgerinnen noch der Stadtrat die Förderung von Ökostrom in die Wege leiten. Wenn also eine Stadt aktiv zum Klimaschutz beitragen möchte, muss sie weiter bei den Stadtwerken das Sagen haben.

DIE LINKE versteht sich als Antiprivatisierungspartei. Unternehmen in öffentlicher Hand eröffnen mehr Möglichkeiten, den Klimaschutz zu befördern. Insofern sollte der Kampf für öffentliche Unternehmen auch immer im Zeichen einer ökologischen Weichenstellung stehen.

6. Konsequenter Klimaschutz braucht das Primat der Politik und den Einfluss auf Produktionsbedingungen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist Klima- und Umweltschutz eine Notwendigkeit, denn die Folgekosten werden für die Gesellschaft unbezahlbar sein. Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht hingegen ist Umweltverschmutzung meist profitabler. Solange die Spielregeln des Kapitalismus gelten, kann ein Unternehmen sich kaum um volkswirtschaftliche Belange kümmern, sondern muss betriebswirtschaftlich denken. Wo Profite im Mittelpunkt stehen müssen, bleibt der Klimaschutz schnell auf der Strecke.

Konsequenter Klimaschutz braucht also eine wehrhafte Politik, die die Verfügungsgewalt der Eigentümer über ihre Produktionsmittel - z. B. durch strenge Umweltauflagen - einschränkt. Klimaschutz braucht das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft. Denn es gilt auch aus Sicht des Klimaschutzes, den Terror der Ökonomie einzuschränken.

Der Kampf um gesellschaftliche Verfügungsgewalt über die Produktionsbedingungen stellt eine lange Tradition in der Geschichte der Linken dar. Wenn wir heute die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft fordern, wenn wir heute die Verstaatlichung der Energienetze fordern, dann knüpfen wir an einer wichtigen linken Tradition an – den Kampf um Verfügungsgewalt über die Produktionsbedingungen.

Konsequenter und nachhaltiger Klimaschutz liegt im ureigensten Politikverständnis der Linken und knüpft darüber hinaus an zentralen linken Traditionen wie den Kampf um Verfügungsgewalt und die internationale Solidarität an. Wir haben also allen Grund, uns dem Klimaschutz in aller Konsequenz zu stellen – auch wenn wir uns dabei mit der Wachstumsideologie und dem Arbeitsfetischismus anlegen müssen.

Ökologische Zeitenwende einleiten

Einführungsbeitrag auf der Podiumsdiskussion „Die LINKE – Programmativische Positionen, Forderungen und Strategien für Klimaschutz und Energieversorgung“ von Marko Ferst, Ökologische Plattform bei der LINKEN

In Deutschland werden rund 13 % des Stroms bereits aus Wind, Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik etc. gewonnen. Über 30 Länder übernahmen das Erneuerbare-Energien-Gesetz, darunter auch China. Schon 2004 waren 130 000 Menschen in Deutschland durch den solaren Energiesektor beschäftigt. Erfolge sind also möglich. Die Linke positionierte sich 2005 im Wahlprogramm klar, bis 2050 soll alle Energie hierzulande aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Wir setzen uns dafür ein, auf der Ebene der Vereinten Nationen eine internationale Agentur für erneuerbare Energien aufzubauen.

Doch der weltweite Energiehunger ist gewaltig. Nach wie vor gehen global erheblich mehr fossile Kraftwerke an die Netze als solare Energien. Alle paar Tage wird ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb genommen. Selbst in Deutschland sind für 25 - 30 Anlagen zumindest Planungen vorhanden. Kanzlerin Merkel redet zwar viel von Klimaschutz, ebenso wie SPD-Umweltminister Gabriel. Wer aber die Energiezukunft mit neuen Kohlekraftwerken auf Jahrzehnte festlegt, der kommt nicht zu einer kohlenstofffreien Wirtschaftsweise, wie sie etwa der Klimaforscher Mojib Latif einfordert. Das Europa der 15 wird die Ziele des Kyoto-Protokolls nicht erreichen. Acht Prozent Minderung an CO₂-Ausstoß sind bisher nicht mal im Ansatz erkennbar. In den USA gab es seit 1990 mehr als 20 % Zuwachs.

Wir müssen Energie sparen und ökoeffizienter einsetzen. Eng verknüpft mit diesen Verbrauchsfragen sind die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft leiten. Insgesamt müssen sie um den Faktor 10 reduziert werden, meint Friedrich Schmidt-Bleek. Jeder Deutsche schleppt im Jahr einen ökologischen Rucksack von 70 Tonnen Feststoffen hinter sich her, jeder Japaner jedoch nur 40. In Japan ist die Faktor-10-Strategie bereits 2001 als nationale Wirtschaftspolitik beschlossen worden. Wenn jeweils das energieeffizienteste Gerät innerhalb von 3 Jahren den gesetzlich vorgeschriebenen Standard in Deutschland vorgeben würde, ließen sich schneller Erfolge erzielen.

Solange man in Deutschland 70 % der Steuern auf Arbeit und nur 5 % auf Energie erhebt, werden Arbeitsplätze gestrichen und nicht Energie und Ressourcen gespart. Dazu braucht man einen ökologischen Umbau des gesamten Steuersystems. Damit bestraft sich jede Verschwendung von selbst auf allen Stufen der Herstellung, im Handel, dem Transport und dem Konsum.

Abfälle werden zu echten Wertstoffen, Reparaturdienstleistungen rechnen sich wieder. Als Linke müssen wir hier substantziellere Strategien ausarbeiten.

Sinnvoll wäre zudem eine modifizierte Mehrwertsteuer. Für die unbedingt notwendigen sozialen Grundbedürfnisse könnte sie völlig wegfallen. Für zahlreiche Produkte bliebe alles wie bisher, während für klimaschädliche Luxusprodukte um 30 % zu entrichten wären. Konkret: Die Bahnfahrt zur Arbeit bliebe unbesteuert, während der Flugzeugtrip oder die Mercedes S-Klasse die hohe Last zu tragen hätten.

Gelänge es in Deutschland, um 2030 herum den Stromverbrauch auf ein Drittel zu senken, könnte dieser bereits vollständig aus solaren Quellen stammen. Dazu ist nur etwas mehr als eine Verdopplung des bisherigen Potenzials nötig. Selbst wenn man ein solches Ziel nicht schafft, zeigt die Fragestellung an, in welche Richtung man gehen muss. Deutschland und andere Industriestaaten besitzen Vorbildwirkung auf die übrige Welt. Gedacht in den bisherigen Koordinaten, könnten China und Indien 2030 bereits 50 % des weltweit ausgestoßenen CO₂ beitragen.

Ohne ausreichend Öl würde das industriewirtschaftliche System zusammenbrechen, weil der Rohstoff in unzähligen Bereichen Anwendung findet. Wir haben die Spitzenförderung an Ölmengen inzwischen erreicht. Danach sinkt das Angebot unter die ständig steigende Nachfrage. Das wird eine Dauer-Ölkrise mit immer neuen Preisgipfeln. Die Bevölkerung büßt das mit sinkenden Einkommen. Eine solare Energiewende, ökoeffizienter Energieeinsatz und preiswerter öffentlicher Verkehr statt Börsenbahn und ausgedünnter Nahverkehr würden diese Schocks deutlich abmildern können.

Allzu warme Winter, Rekordsommer wie 2003, zurückweichende Gletscher etc. zeigen immer deutlicher an, der Klimawandel hat rasant Fahrt aufgenommen. In der Arktis sind die Veränderungen den Berechnungen um 30 Jahre voraus. Die Ozeane verzögern die Treibhauswirkung an Land um Jahrzehnte, weil sie große Mengen an Wärme und CO₂ aufnehmen. Einstweilen dämpfen die Rußpartikeln aus Industrie, Verkehr und Regenwaldabholzung die Sonneneinstrahlung. Die BBC-Dokumentation „Global Dimming“ verweist darauf, dieser Effekt ist viel stärker als angenommen. Ohne ständigen Nachschub an Aerosolen wird sich der Planet deutlich stärker aufheizen, um 8 - 10 Grad bis 2100. Beide Prozesse täuschen uns eine geringere klimatische Veränderung vor, als wir sie schon ausgelöst haben.

Allein im Permafrostboden des Planeten schlummern 400 Mrd. Tonnen vom Treibhausgas Methan, in der Barentsee könnte Methaneis schon bei einem Grad Temperaturerhöhung freigesetzt werden. Kommt in diese Prozesse richtig Dynamik, verschwindet unsere ganze Zivilisation bis auf die Grund-

mauern. Die Vorräte, die an den Festlandsockeln der Ozeane eingefroren sind, betragen im Minimum geschätzte 10 000 Mrd. Tonnen, beim Maximum sind zwei Nullen dranzuhängen.

Das vom Ozean aufgenommene CO₂ zerschneidet durch die Versauerung die Nahrungsketten. Wird langfristig Grönland wieder Grünland und bricht das westantarktische Schelfeis auf, stiege der Meeresspiegel um rund 13 Meter. Auch in der Warmzeit vor 125 000 Jahren lag der Meeresspiegel um rund 6 Meter höher bei zwei Grad mehr gegenüber der jetzigen Warmzeit.

Die schwierigste Frage ist die nach den Maßen, um die Klimabalance zu erhalten. Die Menschheit hat 20 Jahre weitgehend verschenkt. Weitere Jahre werden im Kampf um Minimalien verstreichen. Jedes verschenkte Jahr engt den Handlungsspielraum weiter ein. 10 - 15 Länder sind dabei, zum verschwenderischen Lebensstil des Nordens schrittweise aufzuschließen. Zugleich wird die Erdbevölkerung bis 2050 auf 9 - 10 Milliarden ansteigen. Alles Faktoren, die zu berücksichtigen sind. Wenn jeder Mensch gleich viel Treibhausgase verursachen und analoge Umwelträume nutzen darf, wirft das auch für linke Politik hierzulande fast unlösbare Dilemmata zur Umweltgerechtigkeit auf. Jeder Amerikaner nutzt 9,7 ha Umweltraum, der EU-Bürger kommt auf 4,7 ha und der Inder auf 0,7 ha.

Studien weisen darauf hin, die vielzitierte Zwei-Grad-Grenze, die man nicht überschreiten dürfe, wird mit Sicherheit gebrochen, weil die Klimasysteme mit starker Verzögerung reagieren und der Betrag faktisch längst gebucht ist. Der Punkt, von dem es keine Rückkehr mehr gibt, ist überschritten. Kohlendioxid bleibt ca. 100 Jahre in der Stratosphäre klimaaktiv. Selbst wenn man innerhalb weniger Jahre den Ausstoß global halbieren könnte und nicht bis 2050 darauf wartet, baut sich die Klimagefahr weiter auf, weil jedes Jahr Milliarden Tonnen zur bereits angesammelten Menge dazu kommen.

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen. Das bedeutet z. B., Wälder sind so anzulegen, dass sie extremem Klimastress widerstehen können. In alpinen Regionen müssen wegen Gletscherseen, Murengänge etc. gefährdete Ortsteile umgesiedelt werden. An Nord- und Ostsee sind Schutzmaßnahmen dem steigenden Meeresspiegel anzupassen. Die Landwirtschaft sollte sich auf zunehmende Trockenperioden und Starkregen vorbereiten und ihre Anbaumethoden grundlegend umgestalten. Wir brauchen regenerierte Landschaften, die eine starke Kühlfunktion wahrnehmen können und zugleich Bodenerosion verhindern. Trinkwasserreservoirs sind zu schonen und für künftige Generationen zu bewahren. Sollten sich Szenarien für einen erheblich beschleunigten Klimawandel bestätigen, ist die gesamte Infrastruktur unserer Gesellschaften schnell und grundlegend zu verändern.

Wir müssen den langfristigen sozialen Interessen Vorrang einräumen. Wirtschaftliches Wachstum zu Lasten der Lebenschancen zukünftiger Generationen zerstört die ökonomische Basis und richtet nichtbezahlbare Milliarden-schäden an. Ungebremste globale Klimaveränderungen würden große Teile der Bevölkerung ins soziale Nichts stürzen und zwischen Arm und Reich in ungekanntem Ausmaß polarisieren, mit entsprechendem Konfliktpotential.

Wenn weite Teile von Afrika verwüsten, hält niemand die gigantischen Flüchtlingsströme auf. Als Linke sollten wir darüber nachdenken, ob nicht die reichen Staaten, um die Folgen der Klimaveränderungen in zahlreichen ärmeren Ländern abzdämpfen, auch einen erheblichen finanziellen und logistischen Beitrag leisten müssen. Schließlich tragen sie in hervorgehobener Weise Schuld an dieser Situation.

Die Berliner Republik kann ähnlich schnell verschwinden wie die Weimarer vor ihr. Wenn der heutige Kapitalismus scheitert, wird er neuartige totalitäre Gebilde hervorbringen. Gleichzeitig muss man aber sehen, es gibt viele politische Instrumente vom Erneuerbare-Energien-Gesetz über ordnungspolitische Vorgaben etc., mit denen man die Gesellschaft in neue Bahnen lenken kann. Auch Instrumente, die eine antiplutokratische Ordnung auf den Weg bringen würden, sind denkbar. Ob eine sozialökologische Volksbewegung zwischen 2020 und 2030 einen neuen Kurs erzwingt, hängt davon ab, ob sich im Laufe der Zeit dafür die geistigen Potenziale herausbilden. Neue gesellschaftliche Konstellationen entstehen in jedem Fall. Eine LINKE, die nur in eingefahrenen parlamentarischen Bahnen agiert, ist viel schwächer als eine Linke, die gesellschaftlichen Protest und Alternativen aktiv mitgestaltet. Darüber hinaus sind die Zielkonflikte dabei zu thematisieren.

Seit 2000 haben sich die globalen CO₂-Emissionen um rund 20 % erhöht. Setzt sich dieser Weg fort, wird vermutlich nur noch in Sibirien, Kanada und Alaska auf aufgetauten Arealen eine kleine Restzivilisation übrig bleiben. Durch Übernutzung der Gebiete durch zu viele Menschen ist auch hier eine schwerwiegende Schädigung vor auszusehen, so dass die Übriggebliebenen in vorzivilisatorische Zeiten zurückfallen.

Wenn die Linke in dieser welthistorischen Herausforderung noch etwas zu Gunsten der Menschen gewinnen will, wird sie über ihre bisherigen Politikmuster hinauswachsen müssen. Laut Bundestagswahlprogramm will die Linke, dass die Treibhausgasemissionen in den Industriestaaten gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um 50 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Diese Zielstellung setzt den Rahmen für alle anderen Politikbereiche. Ein grundlegender Kurswechsel ist am Ende jedoch nur möglich, wenn es gelingt den spekulativen „Casino-Kapitalismus“, der sich weitgehend von realwirtschaftlichen Prozessen abgekoppelt hat, durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu überwinden.

Es ist unerlässlich, die Systemfrage zu stellen. Sieben Antworten der Linken zur Klima- und Energiepolitik

Oskar Lafontaine, MdB, Partei- und Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE

„Freitag“, 30.11.2007

1. Klima- und Energiepolitik sind zwingend Sozial- und Friedenspolitik zugleich.

Wir halten den gegenwärtigen Umgang mit den Energiereserven dieser Erde nicht für akzeptabel. Man kann ja noch verstehen, dass die Staaten versuchen, die vorhandenen Potenziale dieser Welt zunächst für ihren eigenen Wohlstand zu nutzen. Aber wenn dann diejenigen, die dort leben, wo sich die Energiereserven befinden, andere Vorstellungen von deren Nutzung haben, sehen sie sich den Drohungen und der militärischen Gewalt derer ausgesetzt, die diese Ressourcen für ihren eigenen Lebensstandard beanspruchen. Diese Außenpolitik der kalkulierten Gewalt lehnen wir ab.

Sie ist derzeit ganz konkret im Irak und in Afghanistan zu besichtigen. Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die sich darauf festlegt: „Es ist nicht zulässig, sich der Energievorräte dieser Erde mit militärischen Mitteln zu bemächtigen.“

Dieser Verzicht auf Gewalt unterscheidet uns in besonderer Weise auch von den Grünen: Deutschland ist - auch mit Zustimmung der Grünen - mittelbar am Irak-Krieg beteiligt. Das hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt. Deutschland stellt Flughäfen, Überflugrechte und Ähnliches zur Verfügung. Deutschland ist am Afghanistan-Krieg beteiligt, mit Unterstützung der Grünen - der Hamburger Parteitag der SPD hat diese Politik gleichfalls erneut durchgewunken.

Der Afghanistan-Krieg wird letztendlich auch als Energie-Krieg geführt, weil es hier um strategische Transitrechte für Öl und Gas geht, woran die Amerikaner nie einen Zweifel ließen. Es ist einfach naiv zu glauben, man wolle dort in erster Linie „Nationenbildung“, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voranbringen.

Gerade sind mehrere Studien angesehener Forschungsinstitute in London und Washington zu den Folgen von Energieverknappung und Klimawandel erschienen. Beschrieben wird unter anderem das Risiko bewaffneter Konflikte in 46 Staaten mit 2,7 Milliarden Einwohnern. In weiteren 56 Ländern mit 1,2 Milliarden Menschen erwarten die Forscher politische Instabilitäten schon

ab 2040. Somit wären 3,9 Milliarden Menschen von klimabedingten Gewaltausbrüchen bedroht. Das Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington prophezeit gleichfalls brutale Verteilungskämpfe um schwindende Energiereserven.

Der aufkeimende Streit zwischen Dänemark und Russland um die mutmaßlichen Öl- und Gasvorkommen am Nordpol lässt ahnen, was auf uns zukommt. In den heraufziehenden Verteilungskämpfen sieht das CSIS den freien Weltmarkt untergehen, wovon der Exportweltmeister Deutschland mit 45 Prozent Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt massiv betroffen wäre.

Deshalb ist die Linke für eine Politik der gerechten Lastenverteilung und fühlt sich durch den Friedensnobelpreis für Al Gore und dessen Kampf gegen den Klimawandel bestärkt - Klimapolitik muss eine Politik des Ausgleichs und des Friedens sein.

2. Die Linke verbindet globale Energiepolitik mit der globalen sozialen Frage.

Wir diskutieren einen globalen Emissionshandel, der den ärmeren Ländern und ihrer Fähigkeit, klimaschonend zu wirtschaften, zugute kommt. Wie kann das aussehen? Die UNO könnte hier zunächst einmal die Instanz sein, die diesen globalen Emissionshandel in Szene setzt, indem sie festlegt, wie viel CO₂-Emissionen global zulässig sind. Aus dieser Menge ergäbe sich dann ein zulässiger Pro-Kopf-Ausstoß von Kohlendioxid, der für alle Erdenbürger gleich ist, weil alle das gleiche Recht haben, die unteilbaren Umweltgüter in Anspruch zu nehmen.

Wenn man diesen Ansatz billigt, ergibt sich für die Entwicklungs- und Schwellenländern ein deutlich geringerer Ausstoß von CO₂ als für die Industriestaaten. Dieses Missverhältnis würde dadurch entschärft, dass diejenigen, die mehr emittieren als ihnen pro Kopf zusteht, entsprechende Beträge bei einer UN-Instanz oder der Weltbank einzahlen und damit quasi bei den Entwicklungsländern Ausstoßrechte kaufen. Diese Erträge sollten jedoch nicht einfach auf die Konten der jeweiligen Machthaber fließen, sondern den betroffenen Ländern nur für den Import moderner Umwelttechnologien und zum Schutz der Menschen vor den Folgen des Klimawandels zur Verfügung stehen.

3. Das Herumfummeln an den Laufzeiten der Atomkraftwerke ist nicht verantwortbar.

Die Forderung der Energie-Oligopolisten und besonders von der Union, man solle die Laufzeiten gerade der Kraftwerke verlängern, die den größten Risikofaktor darstellen, da die Anlagen veraltet seien, ist der Bevölkerung nicht zuzumuten. Wir bleiben dabei: Die Nutzung der Atomkraft ist nicht geeignet, die Energieversorgung der Zukunft zu sichern. Ungelöst sind die Abfallprobleme - nicht beherrschbar ist die gefährliche Gratwanderung zur militärischen Nutzung. Die Linke will daher eine Energieversorgung ohne Atomkraft.

Der Verweis auf die Notwendigkeit längerer Laufzeiten von Kernkraftwerken, wenn man keine Kohlekraftwerke baut, ist nicht richtig. Geht man von den Gesamtkapazitäten der Bundesrepublik für die Energieerzeugung aus, zeigt sich: Auch Verbrauchsspitzen lassen sich problemlos bedienen. Wir haben noch Luft, Atomkraftwerke stillzulegen, ohne weitere Großanlagen bauen zu müssen. Und wenn man schon neue Kraftwerke plant, dann kleine Anlagen, dann Blockheizkraftwerke mit Kraftwärmekopplungen - keine Großprojekte. Hier ist die Linke die einzige politische Kraft, die sich konsequent gegen die Oligopole in diesem Land stellt. Die anderen Parteien, einschließlich der Grünen, haben es in den vergangenen Jahren versäumt, gegen die Monopolisierung der Energiemärkte vorzugehen und durchgreifende Vorschläge zu machen, wie man dem hätte begegnen können.

Dies hat etwas mit Lobbyismus im Bundestag zu tun. Werden irgendwelche Energiegesetze vorgelegt, treten die Energiefachleute der Fraktionen an, die oft über enge Verbindungen zu den vier großen Energiekonzernen verfügen, so dass Gesetze verabschiedet werden, die deren Interessen entsprechen. Nur sind das eben nicht die Interessen der Verbraucher, auch nicht die Interessen der Wirtschaft, geschweige denn der Umwelt.

4. Eine Rekommunalisierung der Energieversorgung ist ein Markenzeichen der Linken.

Wir sind gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, weil dies zu höheren Preisen, sozialen Unzumutbarkeiten und privaten monopolartigen Strukturen führt. Als - zum Beispiel - der Hamburger Senat noch seine Anteile bei der HEW besaß, konnte er natürlich von deren Einnahmen profitieren. Die wiederum ließen sich für den öffentlichen Nahverkehr verwenden, wie das früher in allen großen und mittleren Städten der Bundesrepublik üblich war - bis hin zur Finanzierung eines Sozialtickets. Womit es nach dem Verkauf der HEW-Anteile prompt vorbei war.

Die von der Linken geforderte Rekommunalisierung hat viele Vorteile. Ich will das am Beispiel der Stadt Saarbrücken darstellen. Ich war dort Oberbürgermeister und weiß daher, wovon die Rede sein muss. Diese Stadt war nie abhängig von E.ON, RWE oder Vattenfall, sie hatte eine eigene Energieerzeugung und konnte die auch steuern. Da gab es den Anteil an einem Kohlekraftwerk - kein Wunder in einem Land, in dem Kohle gefördert wurde -, da gab es auf der anderen Seite eben ein Heizkraftwerk, das mehrere Brennstoffe einsetzen konnte. Es stand mitten in der Stadt und stellte sehr früh eine ganz moderne Form der Energieversorgung dar. Es gab eine Gasturbine, um für den Spitzenverbrauch gerüstet zu sein. Das Entscheidende aber war: Saarbrücken konnte selbst seine Energiepreise festlegen. Niemand brauchte Umsatzrenditen von 20 bis 30 Prozent, wie sie heute von den Energiemonopolisten angestrebt werden und als brutale Abzocke nur möglich sind, weil weder die EU-Kommission noch die Bundesregierung rechtzeitig eine stringente Wettbewerbsordnung geschaffen haben.

Die Rekommunalisierung der Energieversorgung ist ein Markenzeichen der Linken. Nur in kommunaler Verantwortung kommen auch kleine Anlagen zu ihrem Recht - kleine Blockheizwerke, die Strom- und Wärmeerzeugung koppeln, bis hin zum Gebrauch von Solaranlagen und Erdwärme.

Es glaube doch niemand, dass EnBW, RWE, E.ON oder Vattenfall ernsthaft bereit wären, eine dezentrale, kleinräumige Energieversorgung zu unterstützen. Sie sind aufgrund ihrer Interessen umweltschädlich und nicht umweltfreundlich, so sind sie strukturiert, und so sind sie aufgebaut.

5. Exakte Preisregulierung muss die schamlose Abzocke bei den Verbrauchern beenden.

Ein weiterer Punkt, in dem wir uns von allen anderen Parteien unterscheiden, ist die Preiskontrolle, die es in der Bundesrepublik Deutschland über viele Jahrzehnte gab. Als ich Ministerpräsident des Saarlandes war, musste jede Strompreiserhöhung selbstverständlich angemeldet und genehmigt werden - heute ist das von allen anderen Parteien abgeschafft worden. Die Linke fordert daher, wie die Monopolkommission, eine exakte Preisregulierung, um das schamlose Abkassieren bei den Verbrauchern zu beenden und einen funktionierenden Wettbewerb zu sichern.

6. Die überregionalen Netze in öffentliche Verantwortung überführen

Dass die großen vier Energiekonzerne neben den Großkraftwerken auch noch die Netze in der Hand haben, das ist - wenn man so will - eine Einla-

derung zur Preistreiberei. Deshalb müssen die Netze in öffentliche Verantwortung überführt werden, damit der Staat tatsächlich so etwas wie Wettbewerb organisieren kann und nicht die Kartellabsprachen der Großen weiterhin die Netze beherrschen. Deshalb ist die Linke gegen eine Regelung, die sich die Bundesregierung von den marktbeherrschenden Großen Vier hat einreden lassen. Diese Anreizregulierung heißt, statt die Netze in öffentliche Verantwortung zu geben, soll eine Art gebremster Kostensenkungswettbewerb veranstaltet werden, der natürlich wieder die Großen bevorteilt, weil sie mehr und größere Möglichkeiten der Kostensenkung haben. Die kleinen Erzeuger - wenn es die überhaupt noch gibt -, also die Stadtwerke, geraten in Schwierigkeiten, und die Konzentration wird forciert.

Das dauernde Wortgeklingel der großen Koalition zu Energiefreundlichkeit, Umwelt- und Klimaschutz entlarvt sich als Augenwischerei, wenn es um konkrete Lösungen geht. Daher unsere Position: Kein Anreizsystem zur Förderung der Interessen der Großkonzerne, sondern Überführung der Netze in öffentliche Verantwortung, damit ein funktionierender Wettbewerb organisiert werden kann.

7. Ist dieses Wirtschaftssystem geeignet, unsere Zivilisation zu bewahren?

Wir sind die politische Kraft, die die Systemfrage stellt. Die Frage: Ist der herrschende Finanzkapitalismus, der auf die kurzfristige Rendite zielt und auf größeren Umsatz sowie größeren Gewinn orientiert - ist ein solches Wirtschaftssystem geeignet, die Umwelt zu schützen und unsere Erde zu bewahren? Die Formulierung der Grünen von der grünen Marktwirtschaft ist ein Placebo. Wer ernsthaft will, dass dem Anspruch, die Zivilisation zu erhalten, auch eine irgendwie tragfähige Antwort gegenübersteht, der muss diese Wirtschaftsordnung hinterfragen, die nicht auf Nachhaltigkeit hin orientiert ist. Die Antwort der Linken ist nun nicht: Alle Elemente unserer marktwirtschaftlichen Ordnung lehnen wir ab, aber sobald es um vorausschauende Weichenstellungen unserer Gesellschaft geht - Strom und Gas und Wasser sind nun einmal elementare Güter nicht nur der Wirtschaft, sondern der Zivilisation insgesamt -, da brauchen wir die öffentliche Verantwortung. Da brauchen wir staatliche Regulierung. Der bisherige Irrweg der Deregulierung bis zur Gesetzlosigkeit und der Privatisierung - sprich: der Auslieferung an das kurzfristige Gewinnmaximierungsdogma des Finanzkapitals - hat die Umwelt immer stärker belastet, die soziale Frage verschärft und notwendige Veränderungen verzögert.

Die Linke möchte den besseren Weg gehen, dafür werben wir.

Dezentral gegen den Durchbruch erneuerbarer Energien. Stellungnahme wider den Dezentralismus und für die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien – nicht ganz ohne Polemik

Streitschrift von Dr.-Ing. Dipl.-Phys. Gregor Czisch

Der Beitrag entspricht inhaltlich wesentlichen Schwerpunkten des auf der Konferenz gehaltenen Vortrags „Interkontinentales Ökostromnetz – warum und wie?“ (siehe auch Folienpräsentation unter www.die-linke.de).

Wir befinden uns in einer Situation, in der sich sowohl die Ressourcen- als auch die Klimafrage immer weiter zuspitzen, und dennoch werden keine effektiven Maßnahmen ergriffen, den Problemen entgegenzutreten. Die folgende Stellungnahme befasst sich mit den politischen Hintergründen eines der politischen Lager – dem Lager der Befürworter weitestgehend dezentraler Energie-Versorgung (Dezentralisten), das sich üblicherweise mit der Nutzung erneuerbarer Energien identifiziert und dennoch deren Durchbruch stark behindert.

Präambel?

Das vorliegende Papier greift eine – lange Zeit nur zögerlich geführte – Debatte über den Sinn einer „rein“ dezentralistisch orientierten Nutzung erneuerbarer Energien auf. Es versucht Hintergrundinformationen sowohl zur Verfestigung der Position des Dezentralismus als auch zu alternativen Positionen zur Nutzung regenerativer Energien in großräumigen Strukturen zu geben. Die großen Spannungen zwischen den Lagern der Vertreter dezentraler Nutzung erneuerbarer Energien einerseits und pragmatischer orientierten Befürwortern der Nutzung erneuerbarer Energien andererseits erlauben vielfach keine Preisgabe der Autoren verwendeter Zitate. Somit entzieht sich dieses Papier den Kriterien einer streng wissenschaftlichen Veröffentlichung. Dennoch schuldet der Autor nicht zuletzt seiner wissenschaftlichen Reputation eine korrekte Wiedergabe der zitierten Positionen.

Dezentrale Strukturen der Energieversorgung und erneuerbare Energien - zwei Seiten einer Münze?

Vielfach wird im Lager der Befürworter erneuerbarer Energien eine Dezentralisierung der Energieversorgung als Mittel zur Zerschlagung des bisherigen Systems der Energieversorgung angesehen. So sagte der SPD-

Bundestagsabgeordnete, Präsident von *EUROSOLAR* und Sprecher des Vorsitzenden-Komitees des *Weltrats für Erneuerbare Energien* Hermann Scheer zur Feier des 15-jährigen Bestehens von *EUROSOLAR* (2003) „Wir wollen uns nicht mehr allein auf die Förderung der alternativen Energien konzentrieren, wir müssen vielmehr das bisherige System der Energieversorgung in seiner Gesamtheit angreifen und für dessen Ablösung sorgen.“ Eine dementsprechende Aussage – ebenfalls aus relativ einflussreichen Kreisen bei den vermeintlich Ökobewegten – ist folgende: „Erst insoweit die lokalen und regionalen Potentiale **das** nicht hergeben [den Energiebedarf vor Ort bereitzustellen], kommt die Bereitstellung von Energie auf dem Transportweg oder über Fernleitungssysteme in Betracht. Es liegt auf der Hand, dass die Idee der Energiesouveränität sich von den dominanten Energieträgern des fossil-industriellen Zeitalters – Kohle, Erdöl, Erdgas, Nuklearkraft – verabschiedet und ihre vollständige Substitution durch solche erneuerbaren Energieträger verlangt, die sich für dezentrale Energiestrategien eignen. Sonne, Wind, kleine Wasserkraft, Meeresströmungen, Biomasse, regionale Geothermie und die „passiven“ Potentiale der Solarenergie sind Ressourcen für Energiesouveränität.“

Hier verkommen die erneuerbaren Energien als Mittel zum Zweck der Durchsetzung von Energiesouveränität. Es geht nicht vordringlich um die Lösung der Klima- und Ressourcenproblematik, sondern um die Erreichung von Energiesouveränität. Die Auswirkungen der Forderung nach „Energiesouveränität“, „Energieautonomie“, „Energiesuffizienz“ oder „Energieautarkie“ – um nur einige der verwendeten Begriffe zu nennen – wurden kürzlich in der Dezentralismusdebatte in grünen Kreisen folgendermaßen zugespitzt. „Die Frage, ob und wie Deutschland autark werden könnte, haben ja sehr intensiv die Wissenschaftler im Dritten Reich untersucht. Es war insofern nicht nur reine Propaganda, dass Hitler mehr Raum für ‚sein Volk‘ forderte, sondern auch Ergebnis seiner Forscher. Damals wurde (unter damaligen Produktionsbedingungen) genau analysiert, wie viele Quadratmeter Anbaufläche pro Person in Deutschland benötigt werden, wie viele Rohstoffe vorhanden sind etc. Das Ergebnis kennen wir: Es ging schon damals nicht! Und diese Erkenntnis, dass das ‚Deutsche Volk‘ in Deutschland in den damaligen Grenzen nicht ‚autark‘ sein kann, d. h. sich nicht selbst suffizient versorgen kann, war dann auch eine wichtige Begründung für den zweiten Weltkrieg: ‚Mehr Raum für’s Deutsche Volk‘. Jeder, der heute regionale Suffizienz fordert, sollte diese Deutsche Geschichte ‚in mind‘ haben - und den extrem problematischen Beigeschmack.“ Und weiter: „Wer regionale Energiesuffizienz fordert, fordert zugleich die Großstädte zu entvölkern, die Handelsbeziehungen einzustellen, die WTO aufzulösen und ‚vor Ort‘ zu bleiben. Dabei möchte ich keinesfalls so verstanden werden, dass ich die Globalisierung-Entwicklungen ausschließlich positiv oder ausbauwürdig finde. Nur muss man sich im Klaren sein, dass es

witzlos ist, sich energetisch autark zu rechnen, während man den großen Teil der Futtermittel aus fernen Ländern importiert und dort zig Quadratkilometer große ökologische Fußstapfen hinterlässt.“

Es stellt sich die Frage, ob wir in diesem hochbrisanten Feld wirklich die Zeit hätten, erst mal die ganze zentrale Energieversorgung zu zerschlagen und neue dezentrale Strukturen aufzubauen, ob wir die Zeit hätten, erst eine nationale Energieautonomie aufzubauen, und natürlich auch, ob das überhaupt wirtschaftlich, gesellschaftlich oder ökologisch sinnvoll, erwünscht und möglich ist. Dem VDE zufolge müssen bis 2020 allein in Deutschland bis zu 80 W Kraftwerksleistung neu installiert werden und bis zu 200 GW in Europa. Sollen das nicht alles Kohlekraftwerke sein oder Kernkraftwerke, gilt es aus diesem Grund, keine Zeit zu verlieren. Allein mit dezentralen Ansätzen ist keine Option eines fristgerechten Umbaus unserer Energieversorgung zu skizzieren. Ohne eine alternative Zukunftsperspektive wird der Neubau klimaschädlicher Kraftwerke vorangetrieben werden, der sonst durch eine zeitweilige Ertüchtigung bestehender Kraftwerke im Hinblick auf eine andere klimaverträgliche Energieversorgung wahrscheinlich noch zu verhindern wäre. Allein mit dezentralen Ansätzen werden wir der drängenden Klima- und Ressourcenproblematik keinesfalls gerecht. Die Antwort auf diese Probleme ist eine großräumige Nutzung regenerativer Energien in internationaler Kooperation. Die Möglichkeiten, die sich durch die großräumige internationale Nutzung regenerativer Energie ergeben, sollten mit in die Strategien für die Realisierung einer nachhaltigen Energiewirtschaft einbezogen werden. Ein einseitiges Setzen auf dezentrale Strukturen verliert in Anbetracht der drängenden Klima- und Ressourcenproblematik die eigentlichen Zukunftsaufgaben aus dem Auge.

Ebenfalls aus dem Kreis einflussreicher „Dezentralisten“ konnte letztens folgende Aussage registriert werden: *„Die bisher ausschließlich eingesetzte Technik von Groß-Windmühlen folgt insofern noch den Mustern des fossilen Zeitalters, als sie dazu zwingt, Energie fernab der Städte zu gewinnen. Auch in der Windkraft sind aber innovative Entwicklungssprünge zu mehr Energie-souveränität nicht ausgeschlossen. Kleinere Dachanlagen liefern Windstrom in den Städten selbst, nur den Zusatzbedarf an Strom decken Windkraftwerke in ländlichen oder küstennahen Zonen und im Meer („offshore“) ab.“* Es geht dabei offensichtlich nicht vordringlich um einen schnellen effizienten Umbau unserer Versorgungsstrukturen im Sinne der Nachhaltigkeit, sondern um das „übergeordnete“ Ziel einer Dezentralisierung. Wie ineffizient die Umsetzung des oben genannten Vorschlags – aufgrund von Skaleneffekten und beispielsweise den niedrigen Windgeschwindigkeiten im urbanen Umfeld – sein würde, scheint bei solcherlei Prioritätensetzung keine Überlegung wert zu sein.

Die Dezentralisten verweisen die Rolle der erneuerbaren Energien in den Sandkasten des „Small is beautiful“, dem diese tatsächlich schon lange entwachsen sind. Weder bei den großen Windparks an Land noch bei den großen Photovoltaikanlagen (bis zu 40 MW in Planung) noch bei der Nutzung der Offshore-Windenergie kann man von dezentraler Nutzung sprechen. Bei einem konsequenten Übergang zu regenerativer Energieversorgung ist deren großräumige Nutzung von entscheidender Bedeutung, um in der gebotenen Eile zu einer wirtschaftlich vertretbaren Lösung des Klima- und Ressourcenproblems zu kommen. Eine hauptsächliche Orientierung auf dezentrale Ansätze ist nicht zielführend. Es ist unverständlich, wieso im Bereich der Energieversorgung ein Weg des „Do-it-yourself“ mit „selbstgestricktem Strom“ beschritten werden sollte, der auf die Nutzung von Skaleneffekten verzichtet und bei konsequenter Umsetzung auch sonst eine Vielzahl von Ineffizienzen sowie unvertretbar lange Umsetzungszeiten mit sich bringen würde. Die Strategie der Dezentralisierung hat etwas von dem Versuch, eine verkehrspolitische Strategie zu fahren, die darin besteht, als erstes die Autokonzerne zurückzudrängen oder am besten aufzulösen, um dann in vielen dezentralen Manufakturen Öko-Autos bauen zu lassen ... Der Rückfall ins Heimwerkertum und der implizite Verzicht auf hohe Produktivität bei der Energieversorgung scheint u. a. in mangelndem Vertrauen der Dezentralisten in die (demokratische) Steuerbarkeit großer Strukturen begründet zu sein. Dennoch wird die Forderung nach einer Rückbesinnung auf die „Handarbeit“ nicht in allen Teilen der Wirtschaft propagiert. Warum gerade in der Energieversorgung?

Vor dem Entschluss zu einer derartigen Dezentralisierungs-Strategie würde sich doch die Frage stellen, was denn das gewünschte vorrangige Ergebnis ist. In einer Rezension – der Rezensent möchte nicht genannt werden – des Buches „Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien“ von Hermann Scheer wird diese Frage folgendermaßen gestellt. *„Muss denn in einer verstädterten zivilisierten Gesellschaft der Strom nicht nur aus der eigenen Steckdose, sondern auch noch aus dem eigenen Kraftwerk oder dem eigenen Genossenschaftskraftwerk kommen? Wenn dem so wäre, müsste man konsequent auch fordern, dass man sich aus seinem eigenen Garten ernährt und von seiner eigenen Frau die Haare schneiden lässt etc. etc. Für den Rezensenten kann dies kein Ideal sein. Die Zeit, die man bei der Energieproduktion oder –akquirierung dadurch einspart, dass man dies einem großen Unternehmen überlässt, kann man doch in vielfältiger Weise zu eigenem Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft verwerten. Natürlich, und da hat Scheer irgendwie wieder recht, müssen die mächtigen Energieversorger von der Gesellschaft an der Leine gehalten werden, die Liberalisierung und die Eigeninteressen dürfen nicht übertrieben werden; aber vielleicht geht dies auch mit einem viel weniger weitgehenden marxistischen Konzept: dem Gemeineigen-*

tum oder zumindest doch der demokratischen Kontrolle in den Schlüsselbereichen der Grundversorgung des Bürgers.“

Dezentrale Nutzung erneuerbarer Energien effizienter?

Es gibt auch im Energiebereich gute Gründe dafür, dass immer größere Strukturen entstanden sind. Beispielsweise sind große Kraftwerke i. d. R. effizienter als kleine. Dem Effizienzgewinn muss aber bei der Konzeption zukünftiger Versorgungsstrukturen gerade im Falle stark limitierter Ressourcen, wie z. B. bei der energetisch nutzbaren Biomasse, die in Deutschland etwa ein Potential von 10 Prozent des heutigen Primärenergieverbrauchs aufweist, insbesondere aufgrund deren Beschränktheit ein wichtiges Augenmerk zukommen. Kleine dezentrale Strukturen sind da oftmals nicht die beste Wahl. Beispielsweise sind die elektrischen Wirkungsgrade kleiner Biomassekraftwerke für Festbrennstoffe meist außerordentlich gering. Derartige Biomassekraftwerke im Sub-MW-Bereich weisen vielfach elektrische Wirkungsgrade unter 10 Prozent auf. *(Dies ist durchaus von einiger Wichtigkeit, wie folgendes einfache Beispiel illustriert: Rechnen wir mit einem kleinen Biomassekraftwerk mit 10 Prozent elektrischem Wirkungsgrad und einem großen im zig MW-Bereich mit 40 Prozent. Dabei gehen wir davon aus, dass wir die ganze relative elektrische Mehrerzeugung des großen Kraftwerks dezentral in Wärmepumpen mit einer jahresmittleren Leistungszahl von 4 zur Wärmeerzeugung einsetzen. Beide Heizkraftwerke sollen den gleichen – heute üblichen – energetischen Gesamtnutzungsgrad von 90 Prozent haben. Das kleine Kraftwerk wandelt 10 Prozent der eingesetzten Energie in elektrische Energie um und 80 Prozent in Nutzwärme, beim großen ist das Verhältnis 40 Prozent zu 50 Prozent, weshalb 30 Prozent für die Wärmepumpen genutzt werden können, die damit zusätzliche 120 Prozent Nutzwärme generieren können. (Die Nutzwärme die sich durch den Einsatz der 30 Prozent elektrischer Energie generieren lässt, errechnet sich zu Leistungszahl mal Strom-einsatz, also zu $4 \times 30 \text{ Prozent} = 120 \text{ Prozent}$). Das große Kraftwerk in diesem Beispiel ist also bei dieser Nutzungsweise – bezogen auf die gesamte nutzbare Energie von $120 \text{ Prozent} + 50 \text{ Prozent} + 10 \text{ Prozent} = 180 \text{ Prozent}$ – genau doppelt so effizient wie das kleine.)*

Die höhere energetische Effizienz großer Kraftwerke ist ein wichtiges Argument, da sie bei gegebenem Potential über die Höhe der Endenergie beim Nutzer entscheidet und damit über den Anteil des Bedarfs, der befriedigt werden kann. Gleichzeitig liegen die spezifischen Investitionskosten der großen Kraftwerke bei einem Bruchteil der Kosten von Kleinkraftwerken (ähnlich auch die Betriebskosten), was in Anbetracht sozialverträglicher Energiekosten auch als wesentliches Argument zu werten ist.

Auch aus systemischer Sicht wäre es enorm wichtig, die Biomasse so effizient wie möglich einzusetzen. Da sie – entgegen einiger anderer regenerativer Energien – weitgehend verlustlos regelbar ist, sollte sie mit möglichst hohem elektrischem Wirkungsgrad genutzt werden, um – mit ihrem begrenzten Potential – möglichst viel Backup-Leistung zum Ausgleich schwankender Erzeugung und schwankenden Verbrauchs für die Stromversorgung bereitstellen zu können. (Wärmepumpen könnten zudem negative Regelleistung bereitstellen, was die oben angegebene Fahrweise noch attraktiver macht.) Ein Kraftwerk mit hohem Wirkungsgrad kann überdies eher auch mal eingesetzt werden, wenn die Abwärme – aus Mangel an Wärmebedarf, beispielsweise im Sommer – nicht oder nur zu kleinen Teilen genutzt werden kann, weshalb es einen deutlich höheren Nutzwert für die Stromversorgung aufweist.

Die Weichen müssen also so gestellt werden, dass Kraftwerke mit hohem elektrischem Erzeugungsanteil gebaut werden, um Skaleneffekte bei Effizienz und Kosten zu berücksichtigen. Auch die – von Dezentralisten – vielfach bemühten Behauptungen, Stromtransport sei zu teuer und zu ineffizient, halten einer kritischen Überprüfung nicht stand. Es sind heute Technologien entwickelt und im Einsatz, die einen kostengünstigen Stromtransport über tausende von Kilometern mit relativ geringen Verlusten erlauben. Dabei sind die auftretenden Verluste um ein Vielfaches geringer als bei den teuren kleinen Speichern, die für dezentrale Versorgungskonzepte notwendig wären. Gleichzeitig können viel ertragreichere Standorte erschlossen werden, die die Wirtschaftlichkeit nochmals erheblich zugunsten der Versorgungsoption mit großräumigem Stromtransport verschieben.

Großräumige Nutzung erneuerbarer Energien zur bedarfsgerechten Stromerzeugung

Für den Ausgleich der schwankenden Erzeugung aus Wind und Solarenergie bis hin zur Erzielung saisonaler Ausgleichseffekte kann der großräumige internationale Stromtransport eingesetzt werden sowie die großräumige Nutzung der bestehenden Speicherwasserkraftwerke in einem länderübergreifenden Stromverbund. Diese internationale Kooperation ermöglichte nicht nur eine kostengünstige Stromversorgung aus erneuerbaren Energien (s. z. B. Hintergrundinformationen unten). Sie ermöglicht auch außerordentlich interessante entwicklungspolitische Perspektiven. All dies bedingt aber die Etablierung von großen Versorgungsstrukturen. In ihnen haben zwar auch dezentrale Elemente Platz, mit dezentralen Versorgungsstrukturen allein wird sich aber mit erneuerbaren Energien – wenn überhaupt – keine kostengünstige und nachhaltige Energieversorgung aufbauen lassen. Und schon gar nicht zeitnah! Die großräumige internationale Stromversorgung mit erneuerbaren

Energien bietet dagegen unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und damit auch der Kosten (die ja zudem auch immer eine soziale Komponente haben) sowie unter dem Aspekt der Ressourceneffizienz und damit dem der Minimierung der ökologischen Kosten – Flächenverbrauch ... – als auch aus entwicklungspolitischer Sicht sehr vielversprechende Perspektiven.

Bei den Überlegungen vieler Dezentralisten spielt die wirtschaftliche Überlegenheit der großräumigen Optionen gegenüber der rein dezentralen keine Rolle – damit wird die Frage der Stromkosten auch nicht als soziale Frage wahrgenommen – genauso wenig wie die viel schnellere Umsetzbarkeit, die sich u. a. darin begründet, dass die großräumige Option keinerlei Entwicklung neuer Technologien voraussetzt. Alle notwendigen Technologien sind bereits auf dem Markt. Es kommt lediglich darauf an, sie sinnvoll einzusetzen. Die rein dezentralen Lösungen hängen dagegen von der Entwicklung neuer Last- und Einsatzmanagementverfahren mit deren technologischer Umsetzung und Einführung ab (z. B. von der Entwicklung bidirektionaler Kommunikation mit Kleinstanlagen im Energiemanagement) sowie von der Entwicklung von verschiedensten Speichertechnologien. Aufgrund der Begrenztheit der Ressourcen hängen sie auch von wesentlichen Fortschritten bei der Energieeinsparung ab und stoßen schnell an die Grenzen der Machbarkeit. Die rein dezentralen Lösungen sind zudem – mal abgesehen vielleicht von besonders günstigen Einzelfällen – um ein Vielfaches teurer (in aller Regel auch wesentlich ineffizienter, wie schon erläutert) und können daher wohl allenfalls in den reichen Industrienationen überhaupt finanziell bewerkstelligt werden. Das Klimaproblem wird aber nicht nur dort zu bewältigen sein. Das rein dezentrale Projekt würde Jahrzehnte verschlingen, als wäre Zeit im Überfluss vorhanden. All das mag manch einen Ideologen nicht anrühren, bei dem es gleich die „Solare Weltwirtschaft“ (so der Titel eines anderen Buches von Hermann Scheer) sein muss und der für Sachargumente kein Ohr und keinen Sinn hat. Unseren dringlichsten Aufgaben werden wir so aber nicht gerecht.

Schon heute findet z. B. die Stromerzeugung aus Windkraft vielfach in großen Windparks mit einigen zig MW statt, die relativ weit von den Verbrauchern entfernt stehen und somit nicht als dezentral verbrauchernah aufgefasst werden können. Übliche Windkraftanlagen haben heute Leistungen von mehreren MW. Mit der wünschenswerten Installation von Windkraftanlagen in Nord- und Ostsee sprengt diese Technik jeglichen Rahmen, der als dezentral bezeichnet werden könnte. Mit ihr und auch schon mit dem weiteren Ausbau der Windenergie an Land ist zwangsläufig der Netzausbau verbunden. Die heutige Nutzung regenerativer Energien hat nur mehr wenig mit dem früheren Image des Dezentralen und des „Small is beautiful“ zu tun. Diese Entwicklung gilt es zur Kenntnis zu nehmen und sie zu gestalten, statt sie durch die Etablierung ungeeigneter dezentraler Strukturen zu bekämpfen. Die Entwicklung birgt viele Vorteile und Chancen, die zum Wohle Aller nutzbar gemacht wer-

den sollten. Wenn man vor diesem Hintergrund von alt gedienten einflussreichen Ökobewegten Aussagen hört wie *„Wir haben 20 Jahre gegen jede Hochspannungsleitung gekämpft und sollen jetzt ihren Bau vorantreiben, das ist mit uns nicht zu machen“*, dann wird einem bewusst, wie sehr man es mit ideologisch verfestigten Positionen zu tun hat, die keine kritischen Reflektionen zulassen. Ähnlich dezidierte Aussagen sind auch von Fabio Longo zu hören – u. a. durch gemeinsame Veröffentlichungen mit Hermann Scheer verbunden – der letztens auf einer Veranstaltung in Kassel folgendes vortrug: *„Bevor nicht auf jedem Dach in Deutschland eine Photovoltaikanlage steht, sind wir gegen den Ausbau der Kuppelleistungen zwischen den Ländern [zwischen den Europäischen Ländern war gemeint] und nach Marokko wird es nie eine Leitung geben.“* (Leistungsstarke Leitungen waren wohl gemeint zum Export von Strom aus erneuerbaren Energien nach Europa, andere gibt es ja bereits, von denen auch Fabio Longo wissen könnte.)

Dabei stand Marokko stellvertretend für außereuropäische Länder allgemein und für den Ansatz der großräumigen Kooperation. Die Frage, wie lang es wohl dauern würde, bis auf jedem Dach eine Photovoltaikanlage stehen würde, war dabei dem Anschein nach keiner Überlegung wert.

Mit seiner Formulierung spricht der Dezentralist Fabio Longo das aus, was von vielen anderen nur gedacht wird. Aber dieses Denken scheint das Handeln ganz wesentlich zu prägen. Mit dem Angebot Islands, Strom aus Wasserkraft über Seekabel nach Deutschland und in andere Länder Europas zu liefern, lag viele Jahre eine Möglichkeit vor, in die internationale Nutzung erneuerbarer Energien einzusteigen. Warum wurde darauf nie zurückgegriffen? Heute böte sich wieder die eine oder andere Gelegenheit, einen Anfang zu machen. Wie der Schweizer Sender DRS1 kürzlich mitteilte, prüft man derzeit *„auch beim (Schweizer) Bundesamt für Energie die Potentiale ausländischer Windkraftwerke“*. Und auch der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* hat sich jetzt in seinem *Politikpapier 5* für die großräumigen Versorgungsoptionen mit regenerativen Energien stark gemacht, indem er als *Leuchtturm 1* ein *Europäisches Supernetz* fordert. Und die DPA meldet am 12.3.07, *Ökostrom aus Nordafrika könnte nach Ansicht des Vorstandschefs des Energiekonzerns EnBW, Utz Claassen, den Durchbruch zu einer klimafreundlichen Stromversorgung in Europa bringen*. Solche Vorschläge gälte es aufzugreifen und die Protagonisten beim Wort zu nehmen anstatt sich in ideologischen Grabenkämpfen zu verstricken.

Dezentral gegen die Offshore-Windenergie

Ein Bereich, in dem wohl der Dezentralismus ganz entscheidend den Durchbruch erneuerbarer Energien behindert, ist bei der Offshore-Windenergie. So

drängt sich geradezu der Verdacht auf, dass die Installation durch die ausufernden Umweltverträglichkeitsprüfungen, für die u. a. das Umweltbundesamt gesorgt hat, gezielt behindert wurde. Dementsprechend ist auch von gut informierten Kreisen zu hören, der frühere Umweltminister Trittin habe sich tatsächlich für die Offshore-Windenergie eingesetzt. Dieses Anliegen sei aber massiv durch überbordende Umweltauflagen und Forderungen nach Forschungsnachweisen zur Umweltverträglichkeit und, und, und ... behindert worden, ebenso wie durch die strikte Herausnahme von Wattenmeergebieten oder extreme Anforderungen an unterseeische Kabeltrassen. Noch deutlicher ist die Behinderung im Bereich der Finanzierung, die bisher hauptsächlich daran scheiterte, dass es keine Versicherer gab, die das – aufgrund der neuen Technik – relativ hoch einzuschätzende Risiko möglicher Ausfälle bei der Windstromproduktion auf dem Meer zu tragen bereit waren, was wiederum die Banken davon abhielt, Kredite zu vergeben. Ohne Kredite lassen sich aber die teuren Anlagen auf See nicht wirtschaftlich realisieren. Dieser gordische Versicherungsknoten ließe sich jedoch durch entsprechende staatliche Bürgschaften leicht durchschlagen. Dass diese Idee noch keinem der Verantwortlichen gekommen sein sollte, ist kaum vorstellbar. Vielmehr legen Aussagen wie die des Parteigenossen Scheers und Staatssekretärs im *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit* Michael Müller „*Offshore-Windenergie wollen wir nicht, die ist ja nicht dezentral und stützt nur die Strukturen der bestehenden Energiewirtschaft*“ nahe, dass auch hier in sehr starren Schemata gedacht und dementsprechend gehandelt wird. Es ist demnach wohl anzunehmen, dass der verfestigte Dezentralismus zur Verhinderung des Durchbruchs dieser Form der Nutzung erneuerbarer Energien nicht unwesentlich beiträgt. Bei den relativ einflussreichen – dezentralistischen – Kreisen der Ökobewegten findet man teils sogar eine Ablehnung der heutigen Nutzung von Windkraft. Wie oben bereits zitiert war beispielsweise vor kurzem aus diesen Kreisen zu vernehmen: „*Bisher ausschließlich eingesetzte Technik von Groß-Windmühlen folgt insofern noch dem Mustern des fossilen Zeitalters, als sie dazu zwingt, Energie fernab der Städte zu gewinnen. Auch in der Windkraft sind aber innovative Entwicklungssprünge zu mehr Energiesouveränität nicht ausgeschlossen. Kleinere Dachanlagen liefern Windstrom in den Städten selbst, nur den Zusatzbedarf an Strom decken Windkraftwerke in ländlichen oder küstennahen Zonen („offshore“) im Meer ab*“. Diese Aussage ist symptomatisch für die Denkweise der Dezentralisten. Das Ideal der Stromerzeugung auf dem eigenen Dach ist so hoch aufgehängt, dass Fragen der wirtschaftlichen und energetischen Effizienz gar nicht erst gestellt werden, ebenso wenig wie nach den sozialen Auswirkungen hoher Energiekosten. Ein ehemals führender Mitarbeiter der Deutschen Energie-Agentur (DNA) macht einen Konflikt zwischen „Landschaftsschützern“ und Klimaschützern aus, bei dem sich die Landschaftsschützer gegen den – für den zukünftigen Ausbau der Windenergie insbesondere auf See

notwendigen – Bau neuer Höchstspannungsleitungen richten und damit gegen die Interessen der Klimaschützer. Dieser Bruch erstreckt sich nach seinen Angaben auch mitten in das Umweltbundesamt hinein, wo der Konflikt aber nicht ausgetragen wird, weil alle Seiten die hierfür notwendige Auseinandersetzung scheuen. Eine andere Lesart lässt auch diese nicht geführte Auseinandersetzung als eine zwischen Dezentralisten und pragmatischer veranlagten Zeitgenossen erscheinen, in der die Dezentralisten Landschafts- und Naturschutz instrumentalisieren.

Mit dem Nachsatz von Michael Müller, die Offshore-Windenergie stütze „*die Strukturen der bestehenden Energiewirtschaft*“ mag er ja im Übrigen nicht ganz Unrecht haben. Die Energiewirtschaft könnte damit wohl schon leben, wenn sie den Aufwand bezahlt bekäme. Aber es kann ja wohl in Anbetracht des Klimaproblems keine *Conditio sine qua non* sein, dass eine Maßnahme zur Entschärfung dieses Problems gleichzeitig der Energiewirtschaft schaden muss, auch wenn eine demokratische Kontrolle der großen Unternehmen sicher wünschenswert wäre. Vielleicht können sich die Dezentralisten dazu durchringen, ihre erklärte Feindschaft gegenüber der Energiewirtschaft nicht im Drängen auf ineffiziente kleinteilige Strukturen der Energieversorgung auszuleben, sondern durch die Entwicklung und Verabschiedung von Gesetzen, die den Unternehmen innerhalb der Spielregeln einer demokratisch verfassten Gesellschaft Richtung weisen und Schranken setzen.

Verankerung des Dezentralismus in der politischen Landschaft

In den meisten Parteien gibt es auch energiepolitisch höchst unterschiedliche Strömungen. Dabei kann man ein Spannungsfeld zwischen den Lobbyisten der Kernenergie, denen der Kohleverstromung und denen des Dezentralismus ausmachen, die im Gewand der Befürwortung erneuerbarer Energien erscheinen. Bei der SPD sowie bei der Linkspartei/WASG sind alle drei Pole zu finden, wenn auch die Kernenergie dort derzeit weit von einer Mehrheitsfähigkeit entfernt ist. Bei den Grünen dominieren die Dezentralisten. Für die vielversprechenden Ansätze der großräumigen Stromversorgung mit erneuerbaren Energien hat sich bisher keine praktisch relevante politische Kraft herausgebildet. Bei der SPD ordnen sich die Dezentralisten um den Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer. Die Ängste sind groß. Angesprochen auf die Möglichkeit, das Thema – rein dezentrale oder auch großräumige Nutzung regenerativer Energien – in den Ring zu werfen, konnte man von hoch angesehenen politischen Vertretern, die sich der Nutzung der erneuerbaren Energien verschrieben haben, beispielsweise folgende Antwort bekommen. „*Ich kann das nicht machen, Hermann Scheer ist ein Freund von mir.*“ Her-

mir.“ Hermann Scheer kommt dabei wirklich die Rolle einer Schlüsselfigur der Dezentralisten zu.

Folgendes schrieb Gerhard Knies, der Vorsitzende des Hamburger Klimaschutzfonds über das Buch „Solare Weltwirtschaft, Strategie für die ökologische Moderne“ von Hermann Scheer: *„Dort schreibt er auf Seite 82 über die Kosten des Betriebs von Stromnetzen (ohne allerdings Zahlen zu geben) und folgert daraus über Strom aus erneuerbaren Energien: ‚Deren (der erneuerbaren Energien) wirtschaftliche Chance liegt damit nicht bei Großkraftwerken mit weitgespannter Netzinfrastruktur. Dies spricht nicht gegen große solarthermische Kraftwerke, aber gegen den Versuch, damit eine interregionale oder gar internationale Stromversorgung aufzubauen.‘ Wir müssen davon ausgehen, dass er dementsprechend jeden Versuch der Nord-Süd-Zusammenarbeit zur gemeinschaftlichen Nutzung der großen Nordafrikanischen Solarpotentiale zur CO₂ Reduktion durch Solarstromübertragung nach Europa behindern oder bekämpfen wird. Sein ganzes Buch liest sich wie eine Kampfansage an dieses Konzept. Im Übrigen passt das zu der starken Kohle-Orientierung der SPD. Es ist für mich unbegreiflich, weshalb er diese Option, die Klimaschutz mit Völkerverständigung und Mehrung von globaler Gerechtigkeit verbindet, bekämpft. Aber das ganze Buch ist davon durchzogen.“*

Anlässlich eines geplanten „Side Events“ auf der RENEWABLES 2004 in Bonn schrieb das Mitglied der *Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation* Evert du Marchie van Voorthuysen: *„In the Side Event two main points should be stressed: a. the necessity of big-scale investments of cheap (or nearly cheap) renewable sources in the right countries and long distance transport of electricity. This is not an easy job, the influence of „Small-is-Beautiful“ ideologists like Hermann Scheer will be very large in Bonn.“* In einem Leserbrief von Februar 2004 schrieb Gerhard Knies folgende Zeilen zum weit verbreiteten Dezentralismus: *„War die Dezentralisierung einmal ein Mittel, um die monopolistische Macht einer offensichtlich überzentralisierten Stromerzeugungswirtschaft und deren Blockade gegen erneuerbare Energien aufzubrechen, so ist sie inzwischen für manchen zu einer Heilslehre geworden. In einer Art Dezentralisierungstheologie wird sie als Heilmittel gegen alles Schlechte in der Welt gepriesen. Weniger die CO₂-Emissionen, sondern das Zentrale ist das eigentliche Böse.“* Auch wenn die Grünen in ihrem Wahlprogramm 2005 mit der Formulierung *„Um unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen, wollen wir auch die Stromversorgung international stärker vernetzen. Die vielfältigen Potenziale der erneuerbaren Energien können dann noch breiter und effizienter ausgeschöpft werden.“* den großräumigen Versorgungsoptionen schon andeutungsweise Rechnung getragen haben, war dieses Thema auch bei ihnen ein heißes Eisen. Das hat sich – wie bereits erwähnt – auch in der Energiepolitik von Rot-Grün niedergeschlagen. Die Formulierung fand in den Wirren der vorgezogenen Wahl Eingang in das Pro-

gramm, als schnelle Kompromisse und wenig Diskussion gefordert waren. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesem Thema fand erst später statt und mündete jetzt am 3.3.2007 im Beschluss der Bundes-AG Energie der Grünen **„Mit einem modernen Europäischen Stromnetz auf dem schnellsten Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien“** in die Forderung nach einem **„Ausbau des Transeuropäischen Stromnetzes“**, der wesentliche Aspekte der großräumigen Versorgungsoption nennt. Dies ist als ein erster Durchbruch zu werten, auch wenn der größte Teil des Textes von den enormen Schwierigkeiten zeugt, die die tiefe Verankerung des Dezentralismus bei den Grünen mit sich bringt. Wie dieser Beschluss in Außenwirkung gebracht wird, ist jetzt von entscheidender Bedeutung. Ein ähnlich großer Schritt – wie bei den Grünen – steht bei Linkspartei/WASG und SPD noch aus. Bei Union und FDP bestehen gegen großräumige Versorgungsoptionen vielleicht weniger Vorbehalte, allerdings ist zumindest in Teilen der Union eine große Nähe zur Energiewirtschaft und auch zur Kernenergie auszumachen, die einen Einsatz für eine konsequente Nutzung der erneuerbaren Energien wohl bisher nicht zugelassen hat.

Mit der Strategie für dezentrale Strukturen der Energieversorgung in die atomare Zukunft?

Mit den dezentralen „Ansätzen“ lässt sich ein zeitnahe Umstieg der Energieversorgung zur – klimaverträglichen, und nachhaltigen – Nutzung erneuerbarer Energien schwerlich skizzieren – wenn überhaupt. In diese Kerbe schlug auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel, als sie am politischen Aschermittwoch 2007 zum vorgesehenen Atomausstieg in Richtung SPD sagte, wer bis 2020 aus der Kernenergie aussteigen will, müsse auch sagen, wo er einsteigen will. Ironischerweise sagt selbst der Vorstandsvorsitzende der Windkraftfirma RE-Power Fritz Vahrenholt Sätze wie: *„Eine sichere Energieversorgung muss auf Kohle, Kernkraft und erneuerbare Energien setzen.“* Das Fehlen einer wahrnehmbaren und wirksamen Kraft, die sich für pragmatische, großräumige Ansätze der Nutzung erneuerbarer Energien einsetzt, ruft in einer Zeit, in der sich die Klima- und Ressourcenproblematik zuspitzt, wieder die Kernenergielobby auf den Plan. Hier wittert man nicht nur Morgenluft sondern entfaltet weltweit enorme Aktivitäten zur Entfesselung dieser Versorgungs-„option“. So setzt der Schweizer Bundesrat wieder auf Kernenergie, was der SP-Energieminister Moritz Leuenberger kürzlich mit den Worten verkündete: *„Bundesrat erachtet den Bau neuer Kernkraftwerke für notwendig.“* In der Spiegelausgabe vom 15.1.07 ist von einem *„Planungsfieber für neue Kernkraftwerke“* die Rede. 29 Atomkraftwerke seien weltweit im Bau und weitere 222 geplant oder projektiert. Davon wiederum 64 in konkreter Planung. Die Meldungen zur Lebensdauererlängerung von Kernkraftwerken oder dem

Neubau von Kernkraftwerken häufen sich zusehends. Meldungen wie „Gazprom prüft Bau von 40 Kernkraftwerken“ oder „Niederlande planen den Bau neuer Kernkraftwerke“ oder das „ungarische Kernkraftwerk Paks (4 Reaktoren à 470 MW) soll nach Parlamentsbeschluss für mind. 20 Jahre weiter in Betrieb bleiben“ oder „Die Südafrikanische Regierung hat im Okt. 2004 beschlossen, einen Hochtemperatur-Reaktor („Kugelhaufenreaktor“) zu entwickeln und zu vermarkten.“ oder „Pakistan verhandelt mit China über den Kauf von 6 - 8 Atomreaktoren in den kommenden 10 Jahren“ oder „Die USA haben die Laufzeitverlängerung für bisher 39 ihrer 104 KKWs von 40 auf 60 Jahre genehmigt.“ oder „Die Schweiz hat für ihre KKWs eine unbefristete Betriebsgenehmigung erteilt.“ oder „Das einzige KKW der Niederlande (Borssele) darf 20 Jahre länger und damit 60 Jahre bis 2033 laufen.“ oder „In Rumänien ist ein 2. KKW im Bau“ oder „In der Ukraine sind 2 KKWs im Bau. Sie will bis 2030 11 neue KKWs bauen.“ oder „Uran erlebt eine Renaissance, wegen weltweit steigenden Bedarfes für 120 bis 140 neue Kernkraftwerks-Projekte, die in den nächsten 10 Jahren realisiert werden, die Hälfte davon in China und Indien.“ oder „Die rotgrüne Regierung in Norwegen hat ihre atomkritische Haltung aufgegeben. Sie hat bei ihrem Forschungsrat eine Analyse über Möglichkeiten und Risiken von Thorium zur Energieproduktion bestellt. Norwegen verfügt vermutlich über die drittgrößten Thorium-Vorräte der Wel.t“ lieben sich noch lange fortsetzen. Zuletzt kam die Debatte auf dem EU-Gipfel hoch. Gleichzeitig wurde und wird von den Dezentralisten die Debatte um die großräumige Nutzung der regenerativen Energien nicht offen geführt. Sie leisten sich den Luxus, keine gangbaren Alternativen einer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien zu erarbeiten und zu vertreten. Das zeigte sich auch in der rot-grünen Forschungspolitik. Hier war gegenüber den Etats der schwarz-gelben Regierung sogar ein Rückgang der Forschungsmittel im Bereich erneuerbarer Energien zu verzeichnen, entgegen aller anderslautenden Lippenbekenntnisse. Von den Forschungsgeldern für den Einsatz erneuerbarer Energien entfiel der größte Teil auf Entwicklungen im Zusammenhang mit dezentraler Nutzung erneuerbarer Energien, wie beispielsweise der Photovoltaikforschung, die den Löwenanteil der Forschungsgelder bekam. Die Abhängigkeiten in der Forschungslandschaft führten dazu, dass auch von dort – hierzulande – keine wahrnehmbaren Impulse in die richtige Richtung ausgingen. Unvoreingenommene Forschung fand nur als Randdasein statt. Möglichkeiten des Stromimports oder die der Offshore-Windenergienutzung wurden nicht oder nur halbherzig verfolgt. Bei ihrer einseitigen Politik scheinen die Dezentralisten gar nicht zu bemerken, wie ihnen immer mehr die Felle wegzuschwimmen drohen. Das Fehlen der gangbaren Wege im politischen Bewusstsein könnte jetzt einem Sieg der „Lieblingsfeinde“ der Dezentralisten, den großen Energieversorgern, mit ihren Atomträumen zum Durchbruch verhelfen. Selbst wenn ein Stromversorger sich auch andere Wege vorstellen könnte, wie beispielsweise die Axpo, der größte Stromversorger der Schweiz,

der sich kurzzeitig glaubhaft für die großräumigen Versorgungsoptionen mit erneuerbaren Energien interessierte und diese auch weiterhin für umsetzbar hält, findet er keinen politischen Partner, mit dem er das Projekt angehen könnte. Dementsprechend konsequent ist der Rückzug der Axpo auf bekanntes Terrain, auf die Kernenergie für die Schweiz. Ohne einen starken politischen Willen ist der Umstieg zu den erneuerbaren Energien nicht zu schaffen, schon gar nicht der vollständige.

Mit der Strategie der Energieautonomie zurück in eine Zukunft mit Kohlestrom?

Auch die Kohlelobby wittert wieder Morgenluft. Da der Atomausstieg noch (?) nicht zurückgenommen wurde und sich keine klare und breit getragene Strategie zum konsequenten Umbau der Stromversorgung zu einer nachhaltigen und wirtschaftlich gangbaren Lösung mit erneuerbaren Energien abzeichnet, tut sich eine Lücke auf, die sich jetzt die Kohlefreunde zunutze machen.

Allein bis etwa 2015 sollen der Bundesnetzagentur zufolge in Deutschland 45 neue Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 44 Gigawatt gebaut werden. Dabei ist nur bei zweien eine CO₂-Abscheidung vorgesehen. Letztere soll – nach Verlautbarungen der Stromkonzerne – auch erst in 2015 verfügbar sein, was zumindest eine interessante zeitliche Koinzidenz darstellt. Was eine Umsetzung dieser Pläne – insbesondere bei den langen Lebensdauern solcher Kraftwerke – für den Klimaschutz bedeuten würde, muss hier wohl nicht eigens erklärt werden.

Die Politik scheint sich trotzdem nicht zu zieren, wenn es um die Erteilung der Emissionsrechte für die neuen Kraftwerke geht. Zur politischen Durchsetzung der Genehmigung des Baus neuer Kohlekraftwerke wird aber – und das soll hier herausgehoben werden – interessanterweise von der Kohlelobby mit der – von Seiten der Dezentralisten ebenfalls gern genutzten – Energieautonomie argumentiert. Beim Bundestags- und CDU-Mitglied Laurenz Meyer hört sich das beispielsweise folgendermaßen an: *„Wir werden auf die Braunkohle insgesamt nicht verzichten können, auch nicht wollen, weil sie die einzige Energiequelle ist, die wir in Deutschland haben, die wirtschaftlich nutzbar zur Verfügung steht.“* Hier gehen also die Dezentralisten mit ihren Lieblingsfeinden, den Energiekonzernen und Kohlelobbyisten, argumentativ Hand in Hand. Vielleicht lässt sich ja so die Kohlelobby dazu gewinnen, auf jedem neuen Kohlekraftwerk eine dezentrale Photovoltaikanlage zu errichten. Dann hätten beide Erfolge zu feiern, das Klima hätte freilich das Nachsehen.

Handlungsbedarf

Das Klimaproblem fordert eine konsequente Herangehensweise. Da ist weder Platz für ideologische Scheuklappen noch für politischen Opportunismus und politische Feigheit. Wer dies bei seinem – insbesondere politischen – Handeln nicht berücksichtigt, begeht ein Verbrechen an denen, die von den Folgen der Klimaveränderung getroffen werden, denen sie die Lebensgrundlage entziehen wird, an denen, die nicht die wirtschaftlichen Mittel haben werden, sich vor ihren Auswirkungen zu schützen, an Abermillionen Menschen heutiger und zukünftiger Generationen. Wer die zeitliche Brisanz des Themas (insbesondere des Themas der Klimaveränderung, aber auch des Themas der Ressourcenverknappung) bewusst ignoriert, weil er andere Absichten verfolgt, für die er das Thema instrumentalisiert, handelt verantwortungslos. Es wird höchste Zeit, dass sich die Befürworter der Nutzung erneuerbarer Energien von ideologischen Ansätzen befreien und geschlossen weltweit auf einen pragmatischen Umstieg der Energieversorgung hinwirken. Das gemeinsame Ziel muss ein schneller, sozial- und klimaverträglicher, ressourcenschonender Umbau der Energieversorgung sein. Zu dessen Erreichen bedarf es einer Sammlung aller Kräfte.

Hintergrundinformation zur großräumigen Stromversorgung: Interkontinentale Vernetzung regenerativer Energien http://www.bine.info/magazin_folgeseite.php/magazin_thema=12/seite=31

Szenarien zur zukünftigen Stromversorgung – Kostenoptimierte Variationen zur Versorgung Europas und seiner Nachbarn mit Strom aus erneuerbaren Energien <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/handle/urn:nbn:de:hebis:34-200604119596>

Konferenz: Linke Energiepolitik

junge Welt, 17.10.2007, wop

Unter dem Titel „klima & energie –macht – arbeit“ veranstaltet Die Linke in Hamburg Anfang November eine bundesweite energiepolitische Konferenz. Drei Tage lang werden vom 2. bis zum 4.11. im Berufsförderungswerk der Hansestadt Mitglieder der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes über die künftige Energieversorgung, über Preiskontrolle und Klimaschutz diskutieren. Eingeladen sind unter anderem auch Sprecher von ATTAC, Eurosolar, dem Bundesverband Erneuerbare Energien, dem Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und der Friedensbewegung.

Auf dem Programm stehen Diskussionen über steigende Ölpreise und Friedenspolitik, über Arbeit und Versorgungssicherheit, die Rolle der Energiekonzerne sowie die Frage der Gerechtigkeit in der internationalen Klima- und Energiepolitik. Eröffnet wird die Veranstaltung mit Beiträgen von Gregor Gysi über „Linke Alternativen in der Klima- und Energiepolitik“ und Rudolf Hickel über „Das Ende des fossilen Zeitalters – Ende des kapitalistischen Wachstumsmodells?“. Im Anschluss daran werden die Redner auf dem Podium mit Angelika Zahrt vom BUND, dem ehemaligen PDS-Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, Wolfgang Methling, und der Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter diskutieren, die in der Linksfraktion für den Klimaschutz zuständig ist. Da die Konferenz auch als Unterstützung der Hamburger für ihren Wahlkampf gedacht ist, darf natürlich auch Oskar Lafontaine nicht fehlen, der den Freitagabend mit seiner Rede abschließen soll.

Schon vor der energiepolitischen Konferenz gibt es – zumindest in der Bundestagsfraktion – den Konsens, dass gegen die Stromkonzerne andere Saiten aufgezogen werden müssen. Der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Hans-Kurt Hill, forderte jedenfalls eine „wirksame Strompreisaufsicht und eine Zerschlagung der kartellartigen Konzernstrukturen“. Die Reibach-Konzerne ließen sich weder durch das lasche Kartellrecht noch durch die Regulierung der Netzpreise aufhalten.

Energiewende - sozial, ökologisch, friedlich

Pressekonferenz DIE LINKE, 31.10.2007

Im Vorfeld der energiepolitischen Konferenz „klima & energie - macht - arbeit“ von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE (2. bis 4. November in Hamburg) haben Prof. Dr. Wolfgang Methling, Mitglied des Parteivorstandes, und Hans-Kurt Hill, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, heute das von Partei und Fraktion erarbeitete Thesenpapier „Energiewende - sozial, ökologisch, friedlich“ vorgestellt.

Die Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen. DIE LINKE widmet der Energiefrage die gleiche herausgehobene Aufmerksamkeit wie den Fragen der Arbeit, des Einkommens oder der Bildung.

„Die Verteilungskämpfe um schrumpfenden Öl- und Gasreserven nehmen zu. Der Klimawandel verschärft bestehende Konflikte. Eine Energiewende weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energien ist nicht nur zentral für den Kampf gegen die Erderwärmung. Sie ist auch eine wichtige friedenspolitische Investition und damit zentral für linke Politik“, so Wolfgang Methling.

Um die Energiewende voranzutreiben, müssen die Oligopole der Energiewirtschaft zerschlagen werden. Die Energiekonzerne blockieren jedwede anspruchsvolle Klimapolitik und füllen sich die Taschen auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher. „Das Wehklagen darüber ist groß“, so Hans-Kurt Hill, „wirksame Gegenmaßnahmen unternimmt die Große Koalition nicht. Stärkere Regeln für die Energiewirtschaft sind das Gebot der Stunde. Die Energieversorgung sollte sich am Gemeinwohl statt an Profitmaximierung orientieren. Deshalb brauchen wir kurzfristig eine wirksamere Energiepreisaufsicht und letztlich eine Rekommunalisierung der Energieversorgung.“

Die Gesellschaft ist gefordert, ihre politischen Konzepte unter dem Gesichtspunkt einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung zu überprüfen, zu verändern und neu zu denken.

Der Klimawandel ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Die ökologische Frage ist dabei eng mit der sozialen Frage verwoben. Eine elitäre Umweltpolitik wird scheitern. „Steigende Energiepreise müssen sozial abgefedert werden. Klimaschutz braucht soziale Akzeptanz“, so Wolfgang Methling.

Das Thesenpapier „Energiewende - sozial, ökologisch, friedvoll“ von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE stellt linke Positionen in der Energie- und Klimapolitik dar. Es wurde anlässlich der gemeinsamen energiepolitischen

Konferenz „klima & energie - macht - arbeit“ veröffentlicht, die vom 2. bis 4. November 2007 in Hamburg stattfindet. Dort diskutieren Partei und Fraktion gemeinsam, wie die fossil-atomare Energiewirtschaft überwunden und die Energiewende sozial und ökologisch gerecht gestaltet werden kann.

21 Jahre nach dem Hamburger Kessel. Bündnis von LINKEN und Umweltaktivisten

Neues Deutschland, 01.11.2007, Birgit Gärtner, Hamburg

Dass die Linkspartei Hamburg als Veranstaltungsort für ihre energiepolitische Konferenz gewählt hat, scheint angesichts der Bürgerschaftswahlen in der Hansestadt am 24. Februar 2008 naheliegend. Ausschlaggebend dürften aber auch die Bedeutung des Themas und die Verankerung der Umweltbewegung in der Region sein.

Hamburg ist von vier Atomkraftwerken umzingelt. Eines von ihnen, Brokdorf, gilt als das Symbol der Anti-AKW-Bewegung. Der berühmte Hamburger Kessel von 1986 war die Reaktion auf eine Demonstration gegen dieses Kernkraftwerk und die Polizeigewalt gegen Demonstrierende am Bauzaun.

Das politische Klima in der Hansestadt ist auch von den Castor-Protesten stark geprägt. Durch die Millionenstadt werden Atommüll-Behälter transportiert. In der Vergangenheit kam es deshalb häufig zu Protesten in der City. Greenpeace hat seine Zentrale in Hamburg, und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club veranstaltet jährlich, unterstützt von zahlreichen Organisationen und Parteien wie der LINKEN, eine Sternfahrt als Zeichen gegen den CO₂-Ausstoß im Straßenverkehr. Die Friedensbewegung hat den Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Krieg hier früh thematisiert und in der Umweltbewegung neue Akzente gesetzt. Die Fahrradsternfahrt 2007 wurde mit einem „Friedensstrahl“ vorbei an den Produktionsstätten der Rüstungsindustrie in Hamburg ergänzt.

Schon 2001 schlossen sich linke und fortschrittliche Kräfte in der Hansestadt zu Wahlbündnissen und offenen Listen zusammen – in der Vergangenheit unter Federführung von „Regenbogen“, der Abspaltung von den Hamburger Grünen (GAL) nach dem Jugoslawien-Krieg 1999, bei den bevorstehenden Wahlen unter dem Namen „Die LINKE“. 2001 bekam die Regenbogenliste, auf der auch die PDS-Landessprecherin Christiane Schneider kandidierte, aktive Schützenhilfe von Gregor Gysi. Jetzt unterstützt Regenbogen Die LINKE. Die Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahlen in Altona wird angeführt

von Norbert Hackbusch, einem ehemaligen GAL- und späteren Regenbogen-Abgeordneten.

Diese Einheit verhindert nicht nur gegenseitigen Stimmenklau, sondern garantiert auch eine breite Palette an Wahlkampfthemen. In diesem Falle profitiert Die LINKE von den „grünen“ Akzenten, die von Regenbogen und anderen Umweltaktivisten gesetzt werden.

Die Eigentumsfrage stellen

Interview mit Eva Bulling-Schröter

Neues Deutschland, 01.11.2007, S. 14

Eva Bulling-Schröter: LINKE hat eigene Ansätze bei Energiethemen

Am kommenden Wochenende veranstaltet die LINKE in Hamburg eine umfangreiche energiepolitische Konferenz. Ihre Partei wird künftig in Sachen Klima und Energie noch aktiver werden, sagt Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Das Thema werde künftig zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehören.

Mit der Landessprecherin der LINKEN in Bayern sprach Kurt Stenger.

ND: Was verspricht sich Ihre Partei von der Konferenz in Hamburg?

Bulling-Schröter: Neue Erkenntnisse, interessante Diskussionen, auch Treffen von Aktivisten und Motivation, im Bereich Ökologie und Energiewende noch aktiver zu werden.

In Hamburg ist zurzeit ja Wahlkampf. Geht es auch darum zu zeigen, dass die LINKE den Grünen in diesem Politikbereich nicht das Feld überlässt?

Unsere Ansätze zur Energiewende unterscheiden sich auch von den Grünen. Wir stellen die Eigentumsfrage, wollen Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung. Wir stellen die Energiewende unter die Überschrift „Keine Militarisierung zur Energieressourcensicherung“. Im Unterschied zu den anderen Parteien lehnen wir die Auslandseinsätze ab. Und die soziale Frage ist für uns ein weiterer Schwerpunkt. Wir fordern 40 Prozent CO₂-Reduzierung bis 2020, aber ohne soziale Ausgrenzung.

In Hamburg wird ein energiepolitisches Thesenpapier der LINKEN vorgestellt. Findet dort eine ergebnisoffene Diskussion mit Wissenschaftlern und Vertretern von Umweltverbänden darüber statt?

Sicher werden wir mit allen Beteiligten diskutieren. Ich halte es für ein sehr gelungenes Papier, das die wichtigsten Schwerpunkte umfasst. Es zeigt, dass die LINKE ihren Namen zu Recht trägt.

Erhoffen Sie sich auch ein engeres Verhältnis zu den Umweltverbänden, die traditionell eher den Grünen zugeneigt sind?

Es gibt schon viele Kontakte, etwa im Bereich des Bundestages bei der Vorbereitung von Anfragen und Anträgen, aber auch vor Ort bei Aktionen. Wir werden uns massiv an den Protesten gegen den Transrapid in Bayern beteiligen.

Würden Sie sich wünschen, dass die Umweltverbände die soziale Frage ernster nehmen?

Ich gehe davon aus, dass wir gegenseitig voneinander lernen. Die Umweltverbände sehen auch immer mehr, dass es eben nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Frage ist.

Wollen Sie mit der Konferenz auch ein Zeichen nach innen setzen? In Ihrer Partei gibt es konträre Positionen. So befürwortet die Landrätin der LINKEN das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin.

Es geht um Aufklärung und darum, sich gegenseitig besser kennenzulernen. Und wir werden natürlich die Gespräche mit den Betroffenen und den Verantwortlichen etwa in Mecklenburg-Vorpommern weiterführen.

An der Konferenz nehmen auch Spitzenpolitiker der LINKEN teil. Hat die Überzeugungsarbeit der Umwelt- und Energiepolitiker nun gefruchtet, dass die Klimafrage ein wichtiges Thema ist? Oder wird das Interesse schnell wieder erliegen, wenn das Modethema aus den Schlagzeilen verschwindet?

Wir haben es endlich geschafft, dass sowohl der Parteivorstand als auch die Fraktion Energie und Klimawandel als Schwerpunkt benannt haben. Das war viel Arbeit. Die Problematik des Klimawandels wird ebenso präsent bleiben wie die soziale Frage. So werden wir beispielsweise im Bundestag erneut Energie-Zuschüsse für sozial Schwache auf die Tagesordnung setzen. Bei der Frage, wie unsere Konsummuster verändert werden können, werden wir weiter diskutieren. Für uns ist es Umweltschutz kein Modethema, sondern ein Politikfeld, das das linke Selbstverständnis stark mitprägt wird.

Nachdenken über ein unverzichtbares Lebensmittel

Kommentar „Energiefragen sind Existenzfragen“ von Wolfgang Methling

Freitag, 02.11.2007

Wolfgang Methling ist umweltpolitischer Sprecher der Partei DIE LINKE.

Mit dem Satz „Die Umweltkrise stellt die Systemfrage“ auf dem Gründungs-
parteitag der Linken hat Oskar Lafontaine für eine gewisse Aufregung in der
bundesdeutschen Öffentlichkeit gesorgt. Eine nachvollziehbare Reaktion,
denn der Satz ist wahr.

Unbestritten ist, dass die Antwort auf die Frage, ob und wie wir heute Um-
weltschutz betreiben, über die Existenz künftiger Generationen - ja der Erde
selbst entscheidet. Es führt kein Weg daran vorbei, das ressourcenfressende
Wachstumsmodell der Industriestaaten in Frage zu stellen. Naturzerstörung
und sozialer Niedergang vieler, vieler Menschen haben national und global
dieselbe Ursache: eine Wirtschaft, die sich selbst genügt und daher Natur
und Menschen als frei verfügbare Güter betrachtet, die sich beliebig ausbeu-
ten, manipulieren und substituieren lassen. Will die Menschheit eine Zukunft
haben, muss daher das ungehemmte eigennützige Agieren der marktbeherr-
schenden Kräfte bekämpft und begrenzt werden. Ansonsten wird Gerechtig-
keit weder im Land noch international zu haben sein. Anders formuliert: Die
soziale Frage wird nicht ohne die ökologische zu lösen sein und umgekehrt.
Verständnis für Natur- und Umweltschutz ist nur dann vorhanden, wenn Wirt-
schaft, Sozialität und Kultur unseres Daseins nicht vergessen werden. Streng
ökologisches Handeln ohne soziale und wirtschaftliche Akzeptanz führt in die
Sackgasse, weil damit Widerstände erzeugt werden, die Umwelt- und Natur-
schutz eher schaden als nützen.

Für den Klimaschutz wie auch die Energiepolitik lässt sich das eindeutig
nachweisen. Bei der Versorgung mit Energie geht es um weit mehr als einen
gesicherten Anspruch auf Strom, Wärme und Kraftstoffe, Wohlstand und
Wirtschaftsleben. Entscheidend muss vielmehr sein, welches Energiesystem
ist klima- und umweltverträglich? Was bedeuten sich weiter verknappende
fossile Rohstoffe für unsere Weltordnung? Wie kann verhindert werden, dass
steigende Energiepreise Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen
zusätzlich belasten? Wer verdient an monopolistischen Strukturen - hat also
die Macht? Und wie wird die gebraucht? Aber auch: Welche Arbeitsplätze
sind zukunftsfähig - welche nicht?

Dank zahlreicher Analysen und Vorschläge der Linkspartei.PDS wollen Partei
und Bundestagsfraktion der Linken auf ihrer ersten gemeinsamen energiepo-

litischen Konferenz vom 2. bis 4. November in Hamburg die Leitlinien linker Energie- und Klimaschutzpolitik weiter ausarbeiten und in die öffentliche Debatte einbringen. Übergeordnete Ziele sind für uns der schnelle Ausstieg aus der Atomenergie und die weitgehende Überwindung der fossilen Energiewirtschaft bis Mitte dieses Jahrhunderts. Vorrang für erneuerbare Energien muss der Slogan sein. Und: Energiefragen sind auch elementare Gerechtigkeitsfragen. Denn Energie ist ein unverzichtbares Lebensmittel, zu dem alle gleichen Zugang haben müssen, mit dem aber zugleich effizient und sparsam umzugehen ist. Die bestehenden Machtstrukturen stehen dem leider entgegen. Deshalb tritt die Linke nicht nur dafür ein, die Stromnetze in die öffentliche Hand zu überführen und eine effektive staatliche Preiskontrolle bis zur Preisbindung zu garantieren. Wir wollen eine weitgehend dezentrale Versorgungs- und Produktionsstruktur auf der Basis erneuerbarer Energiequellen zugunsten regionaler Kreisläufe. Das eröffnet Chancen für neue Arbeitsplätze und die Ökonomie strukturschwacher Regionen, das lässt politische Macht in Konzernzentralen erodieren und Politik weniger erpressbar sein. Es bieten sich mit den erneuerbaren Energien und ihrer vorrangig dezentralen Struktur aber auch demokratische Chancen. Mit einer wachsenden Zahl lokaler Stromerzeuger - jeder Hausbesitzer kann theoretisch zum Stromproduzenten werden - und verringertem wirtschaftlichen Einfluss der Energieriesen kann es gelingen, die Energieversorgung wieder für eine demokratisch legitimierte kommunale Daseinsvorsorge zurückzugewinnen.

Wem kann das mehr von Nutzen sein als den Armen und Machtlosen? Angesichts der unbestreitbaren Prognosen über den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur sowie des Meeresspiegels (und angesichts bereits erfassbarer volkswirtschaftlicher Schäden) darf nicht vergessen werden, dass es für Millionen Menschen um das nackte Überleben geht.

„Umweltpolitisch sind wir radikaler als die Grünen“

Interview mit Hans-Kurt Hill

junge Welt vom 02.11.2007, S. 2, Fragen: Susanne Götze

Die Linke berät am Wochenende über die Energiepolitik. Sie will Umweltthemen noch stärker mit sozialen Fragen verknüpfen.

Gespräch mit Hans-Kurt Hill. Hans-Kurt Hill ist energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag.

Am Wochenende findet die von der Partei Die Linke und ihrer Bundestagsfraktion organisierte energiepolitische Konferenz „klima & energie – macht – arbeit“ in Hamburg statt. Soll die Partei in den nächsten Tagen auf den Ökosozialismus eingeschworen werden?

Ökologie und soziale Fragen hängen sehr eng zusammen. Eine zukunftsfähige Energiepolitik ist auf der einen Seite Klimaschutz und auf der anderen Friedens- und Sozialpolitik. Deshalb ist es richtig, dass sich Die Linke auch mit solchen Themen und nicht nur mit Hartz IV beschäftigt. Energie ist ein öffentliches Gut und sollte auch allen zugänglich sein. Damit hat Die Linke auch bei diesem Thema eine soziale Aufgabe zu erfüllen.

Umwelt und Klima sind zur Zeit Modethemen. Auch die SPD hat sich soeben auf ihrem Parteitag ein grünes Profil zu geben versucht. Worin unterscheidet sich Ihre Partei davon?

Nur wir verknüpfen umweltpolitische Themen immer mit einer sozialen Frage. Bei uns geht es nicht darum, die Vetternwirtschaft der Energiepolitik weiter voranzutreiben. Der Unterschied zwischen der SPD und uns liegt schon darin, dass wir keine Lobbyisten innerhalb der großen Energiekonzerne haben und sie auch nicht haben werden. Die SPD macht sich unglaublich: Einerseits fördert sie weiter den Bau großer fossiler Stein- und Braunkohlewerke, andererseits will sie den Klimaschutz voranbringen. Zudem sind Parteitagebeschlüsse auch nicht bindend. Ich glaube auch nicht, dass die Sozialdemokraten mit ihrem grünen Programm in der Großen Koalition auf Beifall stoßen. Das ist eher ein Feigenblatt.

Am Wochenende sollen in Hamburg auch die Spitzenpolitiker der Linkspartei Oskar Lafontaine und Gregor Gysi auftreten. Ist das ein Signal dafür, dass das einstige Randthema in der Linkspartei an der Spitze angekommen ist?

Das ist schon längst an der Spitze angekommen. Sowohl in der Fraktion als auch in der Partei gehört die Energiepolitik zu den Kernthemen. In der Vergangenheit wurde die Partei nur mit der sozialen Frage in Verbindung gebracht, obwohl sie sich umweltpolitisch schon weit profiliert hat.

Aber oft sieht man die Linke trotzdem nur als die Partei, die für die sozial Schwachen da ist. Doch Energie- bzw. Umweltpolitik betrifft gerade die Benachteiligten: Die Reichen können sich immer Energie leisten, die Schwachen meistens nur noch sehr mühsam.

Was soll in Hamburg besprochen werden?

Ein wichtiges Thema ist der Kampf um die letzten Ressourcen dieser Erde. Energie- und Umweltpolitik ist damit auch eine Frage der Friedenspolitik. Ich erinnere da nur an das Weißbuch des Verteidigungsministers. Dort steht, dass die Ressourcen notfalls auch unter Einsatz der Bundeswehr zu sichern sind. Das zweite ist der Umbau der Energiewirtschaft, und dass die Bürger daran demokratisch beteiligt werden. Wir fragen uns, wie man einen solchen Umbruch gestalten könnte und wie man dann mit Dezentralisierung, mit Braun- und Steinkohle umgeht und wie die Verkehrskonzepte der Zukunft aussehen sollen.

Es sind auch Umweltverbände eingeladen. Gibt es schon eine konstruktive Zusammenarbeit, oder sind die eher noch den Grünen zugeneigt?

Wir sind ständig mit Nichtregierungsorganisationen und Verbänden in Verbindung. Dass das ein Feld der Grünen ist, suggeriert nur die Presse. Wenn es um Atompolitik geht, werden eben immer zuerst die Grünen zitiert. Unsere umweltpolitischen Forderungen sind aber in vielen Punkten gleich, teilweise sogar noch radikaler. Ein Beispiel ist die Rekommunalisierung der Energienetze.

In der Linkspartei gibt es auch Braunkohlefans. Wie verträgt sich das mit Ihren umweltpolitischen Ansprüchen?

Ich kann nur auf unsere Kohleposition verweisen. Ein gutes Beispiel ist auch der Beschluss der brandenburgischen Linkspartei, die die Bürgerinitiative zum langfristigen Ausstieg aus der Braunkohle unterstützt. Bei diesen Themen wird in der Partei nicht mehr mit zwei Stimmen gesprochen.

Rotes Herz und grüne Lunge

taz, 04.11.2007, Marco Carini

Die Führung bemüht sich um ein ökologisches Profil mit eigenem Konzept: Sie verknüpft den Umweltschutz mit der Systemfrage und redet über die Enteignung der Stromkonzerne. Die Linke will private Stromkonzerne rekommunalisieren.

HAMBURG taz. Der Bekehrer ließ sich selbst bekehren. Vor ein paar Jahren, gibt Gregor Gysi zu Beginn des Kongresses zu, habe er sich mit „ökologischen Fragen wenig beschäftigt“. Dann aber habe „der Wolfgang Methling das Umweltbewusstsein schrittweise in mich hineingetragen und mein Denken langsam geöffnet“. Der Angesprochene, acht Jahre lang in Mecklenburg-Vorpommern der bislang einzige Umweltminister der PDS auf Länderebene, lächelt dazu. Dass neben dem Bundestagsfraktionschef Gysi auch der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine am Freitag nach Hamburg angereist ist, um die dreitägige „energiepolitische Konferenz“ der Linken zu eröffnen, ist für ihn „eine Symbolik, auf die die Medien reagieren müssen“.

Die Botschaft, die der Kongress „klima & energie - macht -arbeit“, an dem über 200 Genossen teilnehmen, in die Öffentlichkeit tragen soll, ist: Die Partei, deren Herz links schlägt, hat ihre grüne Lunge entdeckt. Sie will nun auch auf diesem Politikfeld „voll konkurrenzfähig werden“: Es geht um die Wähler, denen Umweltpolitik eine Herzenssache ist und denen die Grünen nicht mehr links genug sind.

„Bislang gab es ein freundliches Desinteresse gegenüber ökologischen Fragen“, sagt Evelin Wittich, Geschäftsführerin der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung. Nun gelte es, „die Gleichrangigkeit von Ökologie und Ökonomie in unserer Partei zu verankern“, sagt Methling.

Vize-Parteichefin Katja Kipping kennt die internen Widerstände: Die Linke sei bei der Verteilungsfrage einer Wachstumsideologie verhaftet, frage beim Kampf um Jobs nicht nach einer ökologisch sinnhaften Produktion und renne bei jedem Straßenprojekt der Mehrheitsmeinung hinterher, dass neue Verkehrsadern einen Aufschwung für die Region bedeuteten. „Der blinde Ruf nach mehr Arbeit bringt uns nicht weiter“, so Kipping. „Mancher Arbeitsplatz muss aufgrund seiner schlechten Ökobilanz abgeschafft werden.“ Das trifft auf den Widerstand mancher Teilnehmer.

Die Linke will den Klimaschutz „mit der Systemfrage verknüpfen“. „Die Grünen können nie eine ökologische Partei sein, weil sie nicht antikapitalistisch sind“, gibt Gysi die Stoßrichtung vor. Der Kapitalismus könne „die ökologi-

sche Nachhaltigkeit nicht herstellen, weil es zu viele Widerstände der Konzerne“ gebe.

So steht auf der Hamburger Klimakonferenz vor allem die Frage nach einer Enteignung der Stromkonzerne und die Rekommunalisierung der Energieversorgung im Vordergrund. Ein Argument dafür haben die in Hamburg Versammelten vor der Haustür, wo unter Regie der SPD die Hamburgischen Electricitätswerke an den Stromriesen Vattenfall veräußert wurden. Kaum war der Verkauf unter Dach und Fach, geriet Vattenfall durch Strompreiserhöhungen, Pannen bei seinen Atomreaktoren in Krümmel und Forsmark und den Plan, in Hamburg ein neues Mega-Kohlekraftwerk zu bauen, in die Schlagzeilen.

„Solche Privatisierungen sind ein Angriff auf den Klimaschutz“, sagt Kipping, die die Chance wittert, „an dieser Frage die linke Tradition des Kampfes um Verfügungsgewalt über Produktionsmittel“ neu zu beleben.

Die Umweltaktivisten von Greenpeace oder dem Bundesverband Erneuerbare Energien, die an dem Kongress teilnehmen, stehen den neuen Tönen aufgeschlossen, aber nicht ohne Vorbehalte gegenüber. Einerseits froh, einen neuen Bündnispartner in der Umweltfrage gefunden zu haben, „sind wir nach den Erfahrungen mit den Grünen doch skeptisch“, sagt Jochen Stay, Sprecher Anti-Atom-Initiative x-tausendmal-quer. Denn eines weiß er: Das Signal, das die Führung der Linken von Hamburg aussenden will, muss erst mal bei ihrer Basis ankommen.

Schamloser Abzocke der Energiekonzerne Einhalt gebieten

Presseerklärung DIE LINKE, 04.11.2007

Unter dem Motto „klima & energie – macht – arbeit“ haben vom 2. bis 4. November 2007 insgesamt mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der energiepolitischen Konferenz der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE in Hamburg aktuelle Fragen und Probleme der Klima- und Energiepolitik diskutiert.

An der Tagung nahmen Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Wissenschaft sowie Natur- und Umweltschutzverbänden teil. Ziel der Konferenz war, deutlich zu machen, dass Klimaschutz und Energiepolitik untrennbar verbunden sind mit Fragen der sozialen, kulturellen und ökologischen Entwicklung. Der bundesweite, dreitägige Kongress sollte zudem dazu beitragen, das öko-

logische, wirtschaftliche und soziale Profil der Partei DIE LINKE zu schärfen und weiter zu entwickeln.

„Die LINKE ist die einzige Partei, die nicht akzeptiert, dass der Zugriff auf die weltweiten Energiereserven mit militärischen Mitteln gesichert wird“, sagte der Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Oskar Lafontaine. Um der Monopolisierung der Energiemärkte konsequent entgegenzuwirken, setzt sich DIE LINKE für die Wiedereinführung effektiver Preiskontrollen sowie die Übertragung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand ein. Darüber hinaus sei die Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energieversorgung erforderlich, um eine soziale und ökologische Energiepolitik zu ermöglichen. „Die Versorgung der Bevölkerung ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir müssen der schamlosen Abzocke der Großkonzerne Einhalt gebieten“, betonte Lafontaine.

Nach Auffassung des umweltpolitischen Sprechers des Bundesvorstandes der LINKEN, Wolfgang Methling, ist Energiepolitik ein höchst aktuelles und besonders markantes Beispiel für die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Politikkonzepte. Der Ausstieg aus der Energieerzeugung auf der Basis fossiler Rohstoffe sei eine der zentralen Fragen im Klimaschutz, weil hier der CO₂-Ausstoß am größten ist. „Dabei müssen alle Facetten der Energiepolitik betrachtet werden. Dies reicht von mehr Energieeffizienz und dem sparsamen Umgang mit Energie über die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, innovativer Alternativen und Lösungen bis zu Gerechtigkeitsfragen bei der Energieversorgung“, sagte Methling. Energie- und Klimapolitik dürfe nicht zu sozialer Ausgrenzung führen. „Energie und Mobilität müssen auch für Einkommensschwache bezahlbar sein.“

„Energie- und Klimapolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie der weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegen wirkt“, betonte auch die umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Eva Bulling-Schröter. Energiepolitik müsse Klima- und Umweltschutzpolitik, Friedens- und Sozialpolitik zugleich sein. Frau Bulling-Schröter verwies auf die schizophrene Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung. „Frau Merkel und andere selbst ernannte Klimaschützer werden nicht müde, in Sonntagsreden an die internationale Verantwortung zu appellieren, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren“, sagte sie. „Andererseits sind auf nationaler Ebene rund 30 neue Kohlekraftwerke geplant, Klimakiller erster Güte.“ Die Linksfraktion im Bundestag setzt sich dafür ein, dass neue konventionelle Kohlekraftwerke auf keinen Fall eine unbefristete Betriebsgenehmigung erhalten. „Hier könnten die Konzerne unter Beweis stellen, wie ernst sie es wirklich mit Umwelt- und Klimaschutz meinen“, betonte Frau Bulling-Schröter. Außerdem fordert die Bundestagsfraktion, dass Extraprofiten der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel besteuert werden. „Es kann nicht sein, dass ein ursprünglich für den Klima-

schutz eingesetztes Instrument zur Gelddruckmaschine für die Konzerne verkommt“, so Frau Bulling-Schröter.

Die Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands (BUND), Dr. Angelika Zahrt, rief auf der Konferenz dazu auf, das in der jüngsten Zeit dramatisch gestiegene Bewusstsein für Klima und Umwelt zu nutzen. „Umweltpolitik steht heute ganz oben auf der politischen Agenda. Bis aber aus diesem Erkenntnisfortschritt effektives Handeln wird, braucht Politik vor allem auch die kritische Begleitung der Umweltverbände“, sagte sie. Erforderlich sei ein ausgewogener Mix aus klimapolitischen Instrumenten, die allerdings sozial ausgestaltet sein müssen. „Wir brauchen Lösungen, ohne neue soziale Ungerechtigkeiten zu schaffen“, betonte Frau Zahrt.

Nach Einschätzung von Wolfgang Methling und anderen Konferenzteilnehmern war die bundesweite energiepolitische Konferenz ein voller Erfolg. „Die energie- und klimapolitische Kompetenz der LINKEN wurde nachdrücklich unter Beweis gestellt“, betonte er. „Zugleich wurde die Bereitschaft zur Beratung und Zusammenarbeit mit Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie anderen außerparlamentarischen Kräften deutlich.“

Der Strom-Mafia endlich das Handwerk legen

Pressemeldung Bundestagsfraktion DIE LINKE, 04.11.2007

Zu den Ermittlungen des Kartellamts gegen die vier großen Stromkonzerne erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Dr. Dagmar Enkelmann:

Der Strom-Mafia in der Bundesrepublik muss endlich das Handwerk gelegt werden. Einen anderen Schluss kann es aus den jüngsten Ermittlungen des Bundeskartellamts, über die der SPIEGEL in der aktuellen Ausgabe berichtet, nicht geben. Dass die Strombranche ein Staat im Staate ist, ist seit langem ein offenes Geheimnis. Und schon 1993 hat der damalige RWE-Chef offen erklärt, sein Konzern sei „keine Sozialeinrichtung“. Und bei der Politik des Abkassierens halfen die jeweiligen Bundesregierungen eifrig. Das muss endlich aufhören.

Das Verhalten der schwarz-roten Bundesregierung gegenüber den Stromkunden ist der Gipfel der Heuchelei: Seit mehr als einem Jahr weiß sie um die Ermittlungsergebnisse des Bundeskartellamts und unternahm nichts. Im Gegenteil: Schwarz-Rot vergoss im Sommer dieses Jahres über die Strompreiserhöhungen noch Krokodilstränen. Wenn die Bundesregierung noch einen Rest an Anstand besitzt, ist angesichts des kommenden Winters schnel-

les Handeln angesagt. Gerade für einkommensschwache Haushalte sind Sozialtarife bei Strom und Gas notwendig.

Gegen die Macht der Stromkonzerne hat sich das Kartellrecht als stumpfes Schwert erwiesen. Die überregionalen Stromnetze, in denen die vier großen Stromkonzerne nach Belieben schalten und walten können, müssen in öffentliches Eigentum überführt werden. In die Regulierungsbehörde gehören Vertreter von Verbraucher- und Umweltverbänden. Auf der Tagesordnung stehen die weitgehende Rekommunalisierung und Dezentralisierung der bundesdeutschen Energiewirtschaft. Was dieses Land braucht, ist eine wirkliche Energiewende.

Grünes Profil Chefsache

junge Welt, 05.11.2007, S. 4, Susanne Götze

Am Wochenende diskutierten etwa 300 Teilnehmer auf einem Linkspartei-Kongress über Energie- und Klimaschutzpolitik

Bei den Linken ist die ökologische Frage offenbar angekommen – diesen Schluss jedenfalls lässt die erstaunlich gut besuchte Linkspartei-Konferenz „klima & energie - macht - arbeit“ zu, die am Wochenende in Hamburg stattfand. Nicht nur Vertreter der Ökologischen Plattform waren gekommen – auch Mitglieder von Umweltverbänden, ehemalige Grüne, Bioladenbesitzer und die sozialistische Basis zeigten sich interessiert. Dass die Spitzenpolitiker Oskar Lafontaine und Gregor Gysi zum Auftakt der Konferenz am Freitag eine ökologische Trendwende forderten, lässt vermuten, dass das Thema jetzt auch Chefsache ist.

Es fehlte auch nicht an Speerspitzen gegen die Umweltpolitik der jetzigen Regierung und ihrer Vorgängerin: „Die Linke ist die einzige Partei, die sich die Energievorräte der Erde nicht mit militärischen Mitteln sichern will“, erklärte der Parteivorsitzende Lafontaine. Zudem unterscheide man sich auch in der sozialen und eigentumsrechtlichen Dimension. Lafontaine unterstrich die Forderung der Linken, die Energieversorgung wieder ins öffentliche Eigentum zu überführen.

Die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Eva Bulling-Schröter, grenzte sich scharf von der „Verkürzung der ökologischen Frage“ durch SPD, Grüne und CDU ab und von deren „plötzlicher Manie, den kleinen Eisbären zu retten“. Die bisherige Regelung zum Emissionshandel führe nicht

zur Einsparung von CO₂, sondern zu mehr privaten Profiten. „Die Maßnahmen der Regierung sind nicht ausreichend“, sagte auch der frühere Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, Wolfgang Methling. Die Große Koalition verstricke sich immer mehr in den Widersprüchen zwischen hohen Klimazielen auf der einen und dem Lobbyismus und der Förderung fossiler Energien auf der anderen Seite.

Referenten wie Lafontaine oder der Autor Joachim Bischoff forderten, linkes ökologisches Denken dürfe sich nicht mit einer „grünen Marktwirtschaft“ zufriedengeben, sondern müsse auch die Systemfrage stellen. Um das postfossile Zeitalter einzuleiten, seien ordnungspolitische Maßnahmen nötig. Außerdem brauche man Investitionsstrategien, die sich nicht in erster Linie nach Profitraten richten.

Gastredner Sven Giegold von ATTAC Deutschland sah im Klimaschutz die einmalige Chance, international mehr Gerechtigkeit herzustellen. Schließlich könnten die Industriestaaten allein das Problem nicht lösen. Allerdings warnte Giegold davor, dass sich die Industriestaaten von ihren Verpflichtungen mit billigen Projekten in Entwicklungsländern freikaufen.

Kein Sozialismus ohne Ökologie

Neues Deutschland, 05.11.2007, S. 2, Susann Witt-Stahl, Michael Sommer

Die LINKE diskutierte am Wochenende ökologische Fragen und gab deutliche Antworten: Wirksamer Klimaschutz ist ohne grundlegende Veränderungen des Gesellschaftssystems nicht zu haben.

Eifrige Debatten prägten die Stimmung in Hamburg am vergangenen Wochenende. „Wir müssen unser ökologisches Profil schärfen“, appellierte da ein Mitglied an seine Genossen. „Und die Vorreiterrolle als Öko-Sozialisten übernehmen“, ergänzte ein anderes die von der Basis vorgetragene Forderung nach einer Rückbesinnung auf ökologische Themen. Die Partei-Spitze räumte Fehler ein: „Ich habe das Umwelt-Thema lange Zeit vernachlässigt“, bekannte Gregor Gysi und gelobte Besserung.

Mehr als 500 Menschen aus allen Teilen der Republik waren am Wochenende der Einladung der LINKEN gefolgt und nach Hamburg gekommen, um auf der dreitägigen Konferenz unter dem Titel „klima & energie – macht – arbeit“ über die Konsequenzen zu diskutieren, die aus dem nahenden Ende des fossilen Zeitalters und kapitalistischen Wachstumsmodells zu ziehen sind.

Radikale Energiewende

Beraten wurde über soziale, ökologische und friedliche Alternativen zur herrschenden Energiepolitik – eine „Energiewende“, zu der die LINKE ein umfangreiches Thesenpapier ausgearbeitet hat. „Energie ist ein unverzichtbares Lebensmittel“, mahnte der Parteivorstand Wolfgang Methling radikale Veränderungen an. Dass den Armen dieser Welt der Zugang nicht abgeschnitten werde, sei „eine elementare Frage sozialer Gerechtigkeit“, so der ehemalige Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern. Methling warnte zudem eindringlich vor einer „Militarisierung der Energieressourcensicherung“, die nicht nur von den USA zusehends aggressiver betrieben werde, sondern auch auf deutschen Regierungsbänken „längst kein Tabuthema mehr ist“.

Bevor sich die LINKEN an die Diskussion ökologischer Nachhaltigkeit machten, brachte die Parteiführung die Hamburger Genossen für die heiße Phase des Wahlkampfs in Stellung: Oskar Lafontaine kritisierte das „ständige Herumgefummel“ an den Laufzeiten der Atomkraftwerke und die Privatisierung der Bahn. „Wir sind die einzige politische Kraft in diesem Land, die sich konsequent gegen die Monopolisierung der Energie- und Verkehrspolitik wendet und die Systemfrage aufwirft“, sagte Lafontaine angriffslustig. Gysi stand ihm zur Seite: „Wir müssen die ökologische Frage sozial gerecht lösen – für ungerechte Lösungen sind die Grünen zuständig.“

Dass die LINKE gar nicht anders kann, als die ökologische Frage gemeinsam mit der Systemfrage zu stellen, daran ließ auch die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping keinen Zweifel. Ohne internationale Solidarität und die Verfügungsgewalt über die Produktionsbedingungen sei konsequenter Klimaschutz undenkbar.

Die Macht der Konzerne zu brechen, so die herrschende Sicht auf dem Kongress, sei die unverzichtbare Voraussetzung gerechter und ökologischer Energie- und Klimapolitik. „Der freie Markt hat sich als Hindernis für eine sinnvolle Energieversorgung erwiesen“, betonte Monika Knoche, Fraktionsmitglied der LINKEN im Bundestag. Die „fatale Fixierung auf Wachstum“ sei Ursache der drohenden Katastrophe.

Konzepte müssen her

Über den Weg zu einer gerechten und klimaschonenden Energieversorgung herrschte noch Uneinigkeit. Von der Rekommunalisierung der privatisierten Energieproduzenten bis zur Regionalisierung der Stromversorgung auf Basis lokaler erneuerbarer Energien wurden Alternativen diskutiert. Nun gelte es,

umsetzbare Konzepte zu entwickeln, betonten Marko Ferst von der Ökologischen Plattform die LINKE und andere Referenten.

Eines aber hat die LINKE unmissverständlich deutlich gemacht: Ökologisches Bewusstsein ist in der Mitte der Partei angekommen. Und zwar als Wille zur Abkehr von einer Gesellschaftsordnung, die immer wieder in krassem Gegensatz zu Gerechtigkeit und Umweltschutz steht. Diese Überzeugung brachte ein Teilnehmer auf den Punkt: „Mit der Vergesellschaftung der Energiekonzerne fangen wir in Deutschland den Sozialismus an!“

Fazit – Was hat die Konferenz gebracht?

Die energiepolitische Konferenz der LINKEN war ein voller Erfolg, waren sich Teilnehmer und Veranstalter einig. „Die energie- und klimapolitische Kompetenz der LINKEN wurde nachdrücklich unter Beweis gestellt“, betonte Wolfgang Methling in seinem Fazit. „Zugleich wurde die Bereitschaft zur Beratung und Zusammenarbeit mit Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie anderen außerparlamentarischen Kräften deutlich.“

Schon dass es gelungen sei, mehr als 500 Menschen für das Thema Ökologie zusammenzubringen, sei bemerkenswert, ergänzt Dagmar Enkelmann, parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion der LINKEN, gegenüber ND. Es sei zudem deutlich gemacht worden, dass die LINKE das Thema Ökologie nicht als reine Umweltfrage, sondern als soziale Frage behandelt. Entsprechend habe der Zusammenhang von Wirtschaftsform und Umweltpolitik eine zentrale Rolle gespielt. „Das ist ein Aspekt, der sonst überhaupt nicht thematisiert wird“, so Enkelmann. Damit habe es die LINKE geschafft, sich als Partei zu präsentieren, die sich mit dem Thema Ökologie ernsthafter als andere Parteien befasst. Darin sieht Enkelmann den größten Erfolg des Kongresses.

DIE LINKE steht noch am Anfang. Praktische Umsetzung der klimapolitischen Bekenntnisse ist gefordert

Interview mit Angelika Zahrt, Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND)

„Neues Deutschland“, 05.11.2007, Fragen: Susanne Götze

ND: Welchen Eindruck hatten Sie auf der Konferenz: Ist es der LINKEN ernst mit dem Klimaschutz?

Zahrt: Die Führungskräfte der Partei, Lafontaine und Gysi, haben gezeigt, dass sie das Thema für wichtig halten. Auch die Teilnehmer haben sehr viel Interesse und Kompetenz bewiesen. Ich glaube deshalb, dass es innerhalb der LINKEN viele Menschen gibt, die Ökologie in der Parteiprogrammatik verankern wollen. Inwieweit das für die ganze Partei gilt, kann ich nicht einschätzen.

Steht die Partei Ihrer Meinung nach also noch am Anfang ihrer grünen Entwicklung?

Ja. In der PDS zählte Ökologie nicht zu den zentralen Themen. Aber auch damals gab es Einzelne, die sich engagiert haben. Jetzt wird versucht, bei der neu gegründeten Partei den Umweltschutz stärker zu verankern. Das ist sicher nicht einfach, da auch die WASG keine ökologische Bewegung gewesen ist.

Momentan setzen alle Parteien auf Klimaschutz. Wodurch unterscheidet sich die LINKE Ihrer Ansicht nach mit ihrer Herangehensweise?

Das kann man jetzt noch nicht richtig erkennen. Die LINKE muss die soziale Frage ernst nehmen und versuchen, diese mit ökologischen Zielsetzungen zu verbinden. Beispielsweise die Pendlerpauschale: Wie ist es möglich, die Streichung der Pauschale - die ökologisch notwendig ist - mit Ausgleichszahlungen für Menschen mit geringem Einkommen zu verbinden, die aus bestimmten Gründen nicht auf die Fahrt mit dem Auto verzichten können?

Oder bei der Wärmedämmung: Wie kann man Mehrkosten, die durch eine Sanierung aufkommen, so gestalten, dass Geringverdiener nicht zu stark belastet werden? Leider liegen dazu noch keine ausgearbeiteten Konzepte vor.

Was fällt in der LINKEN beim Umweltthema immer noch unter den Tisch?

Es gibt eine Strömung, die noch sehr stark darauf setzt, Probleme der Beschäftigung und der Einkommensverteilung über das Wachstum zu lösen. Die ökologisch problematische Seite des Wachstums wird damit oft ausgeblendet. Man muss aufpassen, dass man neben Forderungen nach grundsätzlichen strukturellen Veränderungen nicht übersieht, was es schon für Möglichkeiten in der Politik gibt. Ich würde mir wünschen, dass die LINKE mehr darüber nachdenkt, was in der derzeitigen Situation für Klima und Umwelt getan werden kann.

Werden LINKE und BUND zukünftig enger zusammenarbeiten?

Wir sprechen mit allen Parteien über die aktuellen umweltpolitischen Herausforderungen. Außerdem geben wir Unterstützung bei gemeinsamen Projekten. Ein Beispiel sind die Proteste gegen den Donausausbau, wo auch die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN im Bundestag, Eva Bulling-Schröter, sehr engagiert ist. Je größer das ökologische Profil der LINKEN ist, desto stärker wird die Zusammenarbeit mit uns auch sein. Wenn das alles nur Theorie bleibt, wird sich der Kontakt auch wieder reduzieren.

Koalition handlungsunfähig

Pressekonferenz DIE LINKE, 05.11.2006

Aus dem Statement von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus im Anschluss an die Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes

Zu Beginn der Pressekonferenz würdigte der Parteivorsitzende die erfolgreiche Energiekonferenz von Partei und Bundestagsfraktion in Hamburg mit 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. DIE LINKE habe deutlich gemacht, dass Klimaschutz und Energiepolitik untrennbar mit Fragen der sozialen, kulturellen, und ökologischen Entwicklung verbunden seien. „Die LINKE ist die einzige Partei, die der Monopolisierung der Energiemärkte konsequent entgegenwirkt und sich für die Wiedereinführung effektiver Preiskontrollen sowie die Übertragung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand einsetzt“, so der Parteivorsitzende. Darüber hinaus sei die Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energieversorgung erforderlich, um eine soziale und ökologische Energiepolitik zu ermöglichen. Oskar Lafontaine betonte: „Die

Versorgung der Bevölkerung ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir müssen der schamlosen Abzocke der Großkonzerne Einhalt gebieten.“...

Lafontaine: LINKE gegen Privatisierung

Neues Deutschland, 06.11.2007, Oertel, Berlin

Ko-Partei- und Fraktionschef spricht sich für Rekommunalisierung aus

Für eine Rekommunalisierung der Energie-Versorgung hat sich der Ko-Partei- und Fraktionschef der LINKEN, Oskar Lafontaine, am Montag angesichts der Preisentwicklung und des Verdachtes von Kartellabsprachen im Energiesektor ausgesprochen. Die LINKE habe auf ihrer Energie- und Umweltkonferenz am Wochenende praktikable und wirksame Lösungsvorschläge präsentiert, erklärte Lafontaine vor der Presse in Berlin. Die Kommunen müssten wieder Eigentümer an Energie-Erzeugungsanlagen werden, um nicht die von den Monopolen diktierten Preise nur einfach hinnehmen zu müssen, sondern selbst darüber mitbestimmen zu können.

Lafontaine erinnerte in diesem Zusammenhang an seine Zeit als Oberbürgermeister von Saarbrücken, als die Politiker nicht nur schauen mussten, was RWE oder andere Energie-Großhersteller anbieten, sondern selbst handeln konnten. Derlei habe sich unmittelbar sozial ausgewirkt, nämlich auf günstige Tarife im Nahverkehr. Ganz gegenläufig sei die Entwicklung beispielsweise in Hamburg, konstatierte der Chef der LINKEN. Der einst städtische Energieversorger sei an Vattenfall verkauft worden, und nun sei man ohne kommunales Mitspracherecht mit vermutlich abgesprochenen Monopolpreisen konfrontiert und habe das Sozialticket abgeschafft.

Die LINKE, so Lafontaine, trete für die Rekommunalisierung und gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen ein. Die öffentliche Daseinsvorsorge gehöre in öffentliche Hand, die Eigentumsfrage stelle seine Partei in den Mittelpunkt. Der Linkspolitiker verwies darauf, dass die Diskussion unter anderem auch bei einer Anti-Privatisierungskonferenz in Hannover am kommenden Wochenende fortgesetzt würde und erinnerte in diesem Zusammenhang auch an stattgefundene Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen. Befragt, ob diese Debatten nach den Dresdener Wohnungsverkäufen mit entsprechender Befürwortung von PDS-Politikern beendet seien, erklärte Lafontaine: „In der Bundespartei ist die Richtung klar.“ Jedoch würden die Regeln von der Parteizentrale nicht vorgegeben. Sollten einzelne Kommunal-

politiker anders entscheiden, würde das „vor Ort“ auch mit einem Mitgliederentscheid „geklärt“. Eine Partei, wie DIE LINKE, die sich immer wieder für Volksentscheide ausspreche, müsse folgerichtig auch Mitgliedervoten befürworten, wenn es um solch wichtige Richtungsentscheidungen ginge. Aber diesbezüglich scheint Lafontaine guter Dinge. Schließlich heiÙe Privare Be-rauben, klärte er die Journalisten auf. Schwer vorstellbar, dass sich in der LINKEN jemand dafür aussprechen würde ...